Die Zahl der Asylsuchenden ist im Vergleich zu Mitte der 2000er Jahre deutlich gestiegen. Im Jahr 2013 waren es fast 110.000 Erstanträge auf Asyl. Da die Bundesländer und einzelne Landkreise in den letzten Jahren ihre Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende konsequent abgebaut haben, müssen nun an vielen Orten neue Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet werden. Häufig wird die Eröffnung dieser neuen Wohnheime von vorurteilsbehafteten Protesten der Anwohnerinnen und Anwohner begleitet. Die NPD und andere rechtsextreme Gruppen nutzen diese für ihre Forderung nach Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge.

Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger lehnen die neuen Einwohnerinnen und Einwohner ab. Im Gegenteil: Fast überall bilden sich lokale Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die versuchen, die neuankommenden Flüchtlinge zu unterstützen und zu integrieren. Kommunen versuchen Konzepte, von Willkommenskultur zu entwickeln und umzusetzen.

Diese Handreichung gibt ermutigende Beispiele und Hinweise für Engagierte, Vereine, Sport, Schule, Politik und Verwaltung zur Integration von Geflüchteten und versucht, Initiativen zum Engagement für den Schutz von Flüchtlingen vor rechten Angriffen anzuregen.

REFUGEES WELCOME

Gemeinsam Willkommenskultur gestalten

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Herausgeber

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt/Main
Telefon: 069. 24 23 14 10
proasyl@proasyl.de

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10117 Berlin, Germany
Telefon 030. 240 886 10
Fax 030. 240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion:
Günter Burkhardt, Anna Brausam, Naemi Eifler, Stella Hindemith, Gabi Jaschke, Anetta Kahane, Andrea Kothen, Laura Lambert, Alice Lanzke, Robert Lüdecke, Laura Piotrowski, Timo Reinfrank, Heike Ruhl, Anja Schwalbe, Swantje Tobiassen, Kristin Witte

Mit besonderem Dank an Lucia Bruns, Joschka Fröschner, Kai Jahns, Bianca Klose, Marie Moeller, Judith Rahner, Joachim Wolf und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Gestaltung: Design
Druck: alpha print medien ag, Darmstadt

© Amadeu Antonio Stiftung 2014
Alle Rechte bleiben bei den Autor/innen und Fotograf/innen. Coverfoto mit freundlicher Genehmigung des Grandhotel Cosmopolis, Augsburg

Die enthaltenen Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Die enthaltenen Empfehlungen ersetzen allerdings keine (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen wir keine Gewähr.
Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier.

Inhalt

Warum eine Handreichung zum Thema Willkommenskultur? 4

Deutschland – Fluchtland 5

Asyl in Deutschland?! Wie sieht die Situation von Geflüchteten aus? 7

Willkommenskultur schaffen statt auf die Obrigkeit warten 12

Wie fühlt sich das Ankommen in Deutschland an? Interview mit Elisabeth Ngari 15

Geflüchtete auf Augenhöhe einbeziehen 18

Nach der Anerkennung 20

»Asylsuchende werden als rechtlose, als illegale Menschen betrachtet« Interview mit Andreas Zick 23

Offene Hetze und »bürgerliches« Auftreten: On- und Offline gegen Flüchtlingsunterkünfte 26

»Viele Schritte für das Willkommen« Interview mit Dieter Gadischke 28

Asyl und Flüchtlinge in den lokalen Medien: Aktuell Problem – zukünftig Bereicherung? 31

Ökohaus Rostock: Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen 34

AG Asylsuchende: Eine Lobby für Geflüchtete 37

»Wir sind die Zukunft! Wir bleiben hier!« 38

Flüchtlinge in der Schule – Schule für Flüchtlinge 40

Am Ball bleiben: Dresdner Fußballfans laden Asylsuchende ins Stadion ein 41

»Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.« –
Die christlichen Kirchen als Akteur in der Unterstützung von Geflüchteten 45

»Rassismus ist ein allgegenwärtiges Problem«: Geflüchtete und Asylsuchende
als Betroffene rechter Gewalt. Interview mit Friederike Wardenga 47

Fakten gegen Vorurteile 49

Bürgerversammlungen: Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen 52

Aufruf: Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegentreten! 57

Links und Adressen 58

Warum eine Handreichung zum Thema Willkommenskultur?

Menschen auf der Flucht sind in einer Ausnahmesituation. Sie haben eine lange Reise hinter sich. Nun sind sie auf ungewisse Zeit untergekommen. Irgendwo. Sie kennen den Unterschied zwischen Orten wie Torgelow und Kiel nicht. Die Nachbarschaft ist für sie neu und fremd. Ob sie ihnen wohlgesonnen ist, darüber wissen die Flüchtlinge nichts. Ihre Perspektive ist erst mal ganz praktisch: Werden ihre Kinder zur Schule gehen können? Kann im Heim gekocht werden? Sind die zurückgebliebenen Angehörigen per Telefon zu erreichen? Wo und was kann man einkaufen? Wird es medizinische Versorgung geben? Wird endlich Ruhe einkehren nach den dramatischen Erlebnissen der zurückliegenden Zeit?

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit begegnen uns die Schicksale von Flüchtlingen vor allem als Problem von steigenden Zahlen, der Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten und rechter Gewalt: Die Zahl der Asylsuchenden ist im Vergleich zu Mitte der 2000er Jahre deutlich gestiegen. Im Jahr 2013 waren es fast 110.000 Erstanträge auf Asyl. Da die Bundesländer und einzelne Landkreise in den letzten Jahren ihre Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende konsequent abgebaut haben, müssen nun an vielen Orten neue Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet werden. Häufig wird die Eröffnung dieser neuen Wohnheime von vorurteilsbehafteten und rassistischen Protesten der Anwohnerinnen und Anwohnern begleitet. Die NPD und andere rechtsextreme Gruppen nutzen vorhandene Ängste für ihre Forderung nach Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl und Stimmungsmache gegen Flüchtlinge bis hin zu körperlichen Angriffen und Brandanschlägen, wobei der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen wird. Seit 1990 sind nach Angaben des Opferfonds' »CURA« 19 Asylsuchende durch rechte Gewalt ums Leben gekommen – daneben kam es zu zahllosen Angriffen und Brandschlägen.

Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger lehnen die neuen Einwohnerinnen und Einwohner ab. Im Gegenteil: Fast überall bilden sich mit Unterstützung der Verwaltung lokale Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die versuchen, die neuankommenden Flüchtlinge zu unterstützen und zu integrieren. Kommunen versuchen, Konzepte von Willkommenskultur zu entwickeln und umzusetzen. Diese Handreichung versucht, ermutigende Beispiele und Hinweise für Engagierte, Vereine, Sport, Schule, Politik und Verwaltung zur Integration von Geflüchteten zu geben. Sie will außerdem Initiativen zum Engagement für den Schutz von Flüchtlingen vor rechten Angriffen und zum Nachdenken über die Perspektiven von Flüchtlingen anregen. Viele gute Ideen und Beispiele sind in dieser Broschüre dokumentiert. Hilfreiche Adressen und weiterführende Links finden sich im Anhang.

Das Engagement für eine Willkommenskultur kann etwas ändern: Selbst wenn nicht alle Bewohnerinnen und Bewohner mit der Ankunft der Flüchtlinge sympathisieren, ist doch klar, dass die allgemeine Stimmung vor Ort Rassismus ächtet. Und das macht einen Unterschied. Für die Anwohnerinnen und Anwohner, die nun Bescheid wissen und helfen können und ganz besonders für die Flüchtlinge, die nicht – neben allen großen Sorgen, die sie ohnehin haben – auch noch um ihre Sicherheit fürchten müssen. Der Unterschied kommt nicht von allein. Man muss ihn wollen. Man muss ihn machen.

Günter Burkhardt, Stella Hindemith, Gabi Jaschke, Anetta Kahane, Andrea Kothen, Alice Lanzke, Timo Reinfrank und Swantje Tobiassen

Refugees welcome – gegen Rassismus (cc 2.0) Thomas Rassloff, bit.ly/1fpeos8 (Bildausschnitt)

Deutschland – Fluchtland

Von Anetta Kahane

Das Thema Flüchtlinge ist in Deutschland durch die jüngere Geschichte sehr belastet. Wenn wir heute darüber sprechen ob und wie Geflüchtete Asyl finden, unter welchen Bedingungen sie hier leben und wie die Gesellschaft darauf reagiert, geschieht das auch in einem historischen Kontext. Der 2. Weltkrieg und seine Folgen hatte eine unvergleichliche Fluchtwelle in Europa und darüber hinaus ausgelöst. Zuerst flohen Juden aus Deutschland in andere Länder, ebenso politisch Verfolgte. Dann flohen die Menschen in den überfallenen Ländern vor den Deutschen. Doch damit nicht genug: Grenzen wurden verschoben, Menschen umgesiedelt, in der gesamten Region vom Westen bis in den fernen und den mittleren Osten verließen Millionen ihre Heimat. Und als die Deutschen besiegt waren, flohen sie vor den Siegern. Deutschland hatte dem Wort Flucht eine ganz neue Dimension verliehen - es war und ist bis heute verbunden mit dem Tod und dem Leid von über 50 Millionen Menschen. Deutschland, das Land der Vertreiber und der Vertriebenen, hat heute ein Problem, wenn es um Flucht und Migration geht.

Sich dem Thema Flucht zu stellen bedeutet darüber hinaus, überall auf der Welt Verantwortung für die Lage von Menschen zu übernehmen, die Katastrophen, Kriege und politische Verfolgung mit ihrem Leben bezahlen müssen. Es bedeutet, der simplen Wahrheit Rechnung zu tragen, nicht allein zu sein auf diesem Planeten - ganz besonders wenn man das Glück hat, in Frieden und Wohlstand zu leben. Gerade wenn dieses Glück reine Glückssache ist, weil Menschen sich Ort und Umstand ihrer Geburt – im Guten wie im Schlechten - nicht aussuchen können, neigen sie dazu, das Unglück anderer auszublenden und abzuwehren. Auch das gilt für Deutschland. Die deutsche Gesellschaft hat also einen doppelten Anlass, den Themen Flucht und Migration mit Abwehr zu begegnen: die eigene Geschichte ihres Antisemitismus und Rassismus mit den verheerenden Folgen des Krieges und die allgemeine Unbarmherzigkeit der reichen, weißen Gesellschaften mit dem »Rest« der Welt.

Kommunikationsthema Rechtsextremismus

Diese beiden Elemente enthalten viel Konfliktstoff, der, wenn er ungesagt und unbestritten bleibt, eine große Fläche für Projektionen aller Art bietet. Rassismus und Wohlstandschauvinismus können da besonders gut gedeihen, wo niemand ihnen in der Sache und in der Haltung die Stirn bietet. Und weil die Politik der Bundesrepublik im Bereich Flucht und Migration von jeher auf Abwehr gerichtet war, gibt es für die Bevölkerung wenig Impulse, sich mit diesem unbequemen Thema auseinanderzusetzen. Denn wer will schon gern mit der unrühmlichen Vergangenheit oder mit dem Privileg der nördlichen Geburt konfrontiert werden. Also bleibt das Thema den Winden oder Stürmen der emotionalen politischen Großwetterlage ausgesetzt, bei der je nach Belieben agiert wird. Dass der Rechtsextremismus dies ausnutzt, liegt auf der Hand. Seit einigen Jahren versuchen Rechtsextreme, das Thema Flüchtlinge zu ihrem Kampagnenthema zu machen. Sie zielen dabei auf genau die zwei ungeklärten Elemente: die Umkehr der historischen Schuld und den weißen Wohlstandschauvinismus. Damit erreichen sie jene Teile der Bevölkerung, die eines oder beides verinnerlicht haben, und bereit sind, gegen Flüchtlinge zu hetzen oder gar auf die Straße zu gehen. Für die politische Agenda rechtsextremer Gruppen ist dieser Ansatz sehr wichtig und effektiv, denn wie wir aus den Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wissen, genießen gerade diese Facetten hohe Zustimmung.

Demokratische Kultur als Schutzschild

In den vergangenen Jahren hat sich die zivile Gesellschaft mit ihren Initiativen gegen Rechtsextremismus organisiert. Nicht überall und nicht ausreichend: Besonders im Osten Deutschlands ist sie oft noch schwach, aber sie ist sichtbar geworden und hat einiges erreicht. Ihr Augenmerk richtete sich vor allem auf Nazis und deren Unterstützer. Gegen die Selbstverständlichkeit, mit der die Gesellschaft sie zu Ihresgleichen zählte und damit schützte, haben sich hunderte Projekte und Initiativen organisiert. Der Schritt, zunächst dafür zu sorgen, dass Rechtsextremismus zu ächten ist, weil seine Ideologie jedem Sinn für Humanität widerspricht, war schwer und dringend nötig. Inzwischen hat sich die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass Rechtsextremismus nicht hinzunehmen oder gar zu verteidigen ist. Das mag seltsam klingen, aber die Tatsache, dass wir diesen Schritt hervorheben, deutet auf die große Verbreitung dieses Weltbildes hin. Wenn wir heute also von Erfolgen sprechen, so heißt es, dass wir gerade erst auf dem richtigen Weg sind, aber keinesfalls an seinem Ende.

Demokratische Kultur ist nichts Abstraktes. Sie durchzusetzten, wo sie fehlt, bedeutet viel und ausdauernde Arbeit. Ihre Nagelprobe aber erfährt sie beim Schutz von Minderheiten. Über demokratische Kultur zu streiten, womöglich auch gegen die Wortergreifungsstrategien der Nazis, ist eine Sache. Dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge nicht auf Feindseligkeit treffen, wenn sie endlich den Gefahren und Strapazen ihrer Flucht entkommen sind, ist eine ganz andere Sache. Hier zeigt sich, ob das Vorausgegangene Substanz hat oder nicht, ob der Kampf gegen Rechtsextremismus erfolgreich war oder nicht. Ob es den Bürgerinnen und Bürgern mit der demokratischen Kultur

ernst war und ob das Engagement sich auf mehr beziehen kann als auf den Protest gegen Nazis. Denn geflüchtete Menschen brauchen eine eigene Art der Aufmerksamkeit. Wer sich gegen Nazipopulismus wehrt, sollte sich auch für die Asylsuchenden und ihre spezielle Situation interessieren. Demos gegen Nazis allein helfen den Menschen nicht, wenn sie lediglich ein Mittel der politischen Auseinandersetzung zwischen Deutschen bleiben. Allein »für« oder »gegen« Geflüchtete zu sein – was nutzt das den Menschen in der Unterkunft, wenn sich niemand dafür interessiert, was sie wirklich brauchen?

Menschen, die in die Erstaufnahmeheime kommen, haben zunächst ganz andere Probleme, als sich über die Nachbarschaft Gedanken zu machen. Sie sind meist traumatisiert, denken an diejenigen, die sie zurücklassen mussten. Sie werden nach Telefonen fragen oder nach Satellitenempfang, um Nachrichten aus der Heimat empfangen zu können. Ob in der neuen Umgebung ihre täglichen Bedürfnisse einigermaßen reibungslos befriedigt werden können, wird gerade in einer Ausnahmesituation wie dieser sehr wichtig. Dazu gehört etwa, ob und wo die Kinder zur Schule gehen können. Sie werden sich mit den Zimmernachbarn arrangieren müssen und mit dem ungewohnten Klima zurechtkommen. Und sie werden versuchen sich mitzuteilen. Doch ihre Sprache dient nicht mehr zur Kommunikation, sondern nur noch zur rudimentären Verständigung. Bevor Geflüchtete realisieren, wo sie sind und was um ihre Unterkunft herum los ist, stehen für sie zunächst ganz andere Dinge im Vordergrund. Sie sind nicht da, um der Nachbarschaft zu demokratischer Kultur zu verhelfen, sondern weil sie fliehen mussten. Das sollten sich die Unterstützerinnen und Unterstützer immer vor Augen halten und ihre Initiativen nach diesem Wissen ausrichten.

Gewiss ist nicht jede politische Positionierung gegen die Asyl- und Außenpolitik der Bundesrepublik ideologisch, noch jede humane Geste der Hilfsbereitschaft paternalistisch. Dennoch gibt es beides und deshalb sollte die Lehre daraus für uns sein, mehr an das Gegenüber zu denken, an die Flüchtlinge und ihre Familien, als an das, was uns gut tut. Eine weitere Art der Rollenverteilung ist die Tatsache, dass die Themen Migration bzw. Integration meist nicht verbunden sind mit Rechtsextremismus oder Rassismus. Gerade Behörden neigen dazu, hier auf Zuständigkeiten zu dringen und weniger auf die Herausforderungen des Lebens in einer Politik und Gesellschaft, die Einwanderung noch immer abwehrt. Diejenigen, die mit Rechtsextremismus zu tun haben, sollten dringend mit jenen sprechen, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Und diejenigen, die gegen Rassismus arbeiten, müssen unbedingt dabei sein. Das geschieht bisher zu wenig, obwohl die Bereiche augenscheinlich zusammengehören. Nach dem Desaster des NSU hat sich daran schon etwas geändert, doch noch lange nicht genug. Die Situation von Flüchtlingen, besonders in Regionen, in denen sie angefeindet werden, ist der Auslöser für eine systematische Zusammenarbeit. Am besten wäre, wenn sich alle zusammensetzen mit Vertretern der Geflüchteten selbst und beraten, was praktisch geschehen kann, um die Lage zu verbessern. Wenn alle Beteiligten sich daran orientieren und nicht ihre jeweilige Agenda zum alleinigen Maßstab machen, kann relativ rasch gehandelt werden. Die Themen gehören zusammen - wenn es um Flüchtlinge geht, wird das deutlich.

Da die Situation in Ost und West noch sehr unterschiedlich ist, werden sich gewiss auch die Wege unterscheiden. Doch der neue Rechtsextremismus ist überall eine Herausforderung. Der Schutzschild der Gesellschaft muss bald stehen, denn der Rechtsextremismus weitet seine aggressiven Kampagnen aus. Nazis tragen ihre rassistische und sozialdarwinistische Agenda in die Kommunen und vergiften dort das Klima. Sie tun dies sogar, wenn die Orte gar keine Flüchtlinge aufnehmen sollen.

Es ist beschämend, dass wir in Deutschland überhaupt darüber nachdenken müssen, einen Schutzschild für Asylsuchende zu brauchen. Doch wenn es schon so ist, dann sollten wir ihn sofort errichten. Zivilgesellschaft und demokratische Kultur bedeuten nichts anderes als uns vor diejenigen zu stellen, die unseres Schutzes bedürfen. Und dafür braucht man neben dem Wissen um die Geschichte, dem Teamgeist der Engagierten und dem Einfallsreichtum im Angesicht großer Widrigkeiten vor allem eines: die Haltung der Anständigkeit.

Asyl in Deutschland?! Wie sieht die Situation von Geflüchteten aus?

Von Gabi Jaschke

Die Situation in Zahlen

Im Jahr 2013 beantragten nach Informationen des Bundesinnenministeriums 109.580 Menschen in Deutschland erstmals Asyl, rund 45.000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Asylsuchenden hat aber noch lange nicht das Niveau von 1993 erreicht, als über 200.000 Geflüchtete in Deutschland um Asyl nachsuchten. 1993 war in einem historischen Asylkompromiss das Recht auf Asyl erheblich eingeschränkt worden. In den Folgejahren sank die Zahl der Erstanträge stetig - bis auf einen Tiefstwert von knapp über 19.000 Asylanträgen im Jahr 2007. Auch aufgrund der aktuellen Krisenherde suchen seit einigen Jahren jedoch wieder vermehrt Flüchtlinge Schutz in Deutschland. In den letzten 15 Jahren kamen sie vor allem aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien, Irak und Afghanistan. Derzeit sind es nach Angaben von PRO ASYL vor allem syrische, afghanische, iranische oder serbische Flüchtlinge sowie Flüchtlinge aus der Russischen Föderation. Etwa ein Drittel von ihnen sind Kinder unter 14 Jahren. Fast die Hälfte aller Asylsuchenden ist jedoch zwischen 16 und 30 Jahren alt. Während in der Altersgruppe der unter 14-Jährigen Mädchen und Jungen etwa gleich verteilt sind (53,7 Prozent Jungen, 46,3 Prozent Mädchen), sieht diese Verteilung in der überwiegenden Altersgruppe der 16- bis 30-Jährigen anders aus. Nur weniger als ein Drittel der jungen Erwachsenen sind junge Frauen.

Die Länder und Landkreise haben in den vergangenen Jahren ihre Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende konsequent abgebaut. Nun müssen an vielen Orten neue Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet werden. Zahlreiche Anwohner/innen reagieren mit Unsicherheiten und Ängsten auf die neuen Nachbarn. Diese Ängste werden von der NPD für ihre Forderung nach Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl instrumentalisiert und weiter geschürt. In ihrer Hetze gegen die vermeintliche »Asylflut« und die »Asylschnorrer« nutzen die Neonazis den Mangel an Informationen über die Situation der Geflüchteten. Grundlagenwissen hilft, den Gerüchten und der Propaganda entgegenzutreten und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie den Geflüchteten mit Menschlichkeit und Respekt statt mit Hass und Vorurteilen begegnet werden kann.

Grundlagenwissen gegen Gerüchte

Wie sieht die Situation der Flüchtlinge in den verschiedenen Bundesländern aus? Wie leben sie? Welche Rechte haben sie? Das lässt sich gar nicht so einfach sagen, denn vieles hängt vom Aufenthaltstitel ab. Die Rechte von Geflüchteten unterscheiden sich abhängig vom Aufenthaltstitel zum Teil erheblich. Die hier beschriebenen Lebensbedingungen gelten vor allem für Asylsuchende und zum Teil auch für »Geduldete«. Dieser Artikel will hier allerdings keine (juristische) Fachberatung ersetzen, sondern soll überblicksartig Basiswissen für Laien der Flüchtlingsarbeit vermitteln. Welche Rechte in welchem Bundesland für welche konkreten Flüchtlinge gelten, sollte im Einzelfall mit einer Fachberatung, etwa durch entsprechende Anwälte/innen, abgeklärt werden. Hilfreiche Adressen dazu finden sich am Ende dieser Broschüre.

Besonders ist zum Beispiel die Situation von Minderjährigen, die ohne verwandtschaftliche Begleitung nach Deutschland kommen und oft in speziellen Einrichtungen untergebracht werden (Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge machten im Jahr 2012 rund 3,3 Prozent der Flüchtlinge aus), auf die hier leider nicht ausführlicher eingegangen werden kann. Ebenso wenig kann die spezielle Situation von illegalisierten Flüchtlingen näher erläutert werden, für die andere Regeln gelten. Auch auf die Situation sogenannter Kontingentflüchtlinge, also Flüchtlinge aus Krisenregionen, die im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden und hier mit ihrer Ankunft sofort eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis nach §23 Abs. 2, ggf. i.V. mit §24 des Aufenthaltsgesetzes aus humanitären Gründen erhalten, wird hier nicht eingegangen. Diese Flüchtlinge, derzeit vor allem aus Syrien, durchlaufen kein Asylverfahren, dürfen sofort in Wohnungen ziehen und erhalten eine Arbeitserlaubnis.

§

Erstaufnahme von Asylsuchenden

Wer in Deutschland einen Asylantrag stellt, ist zunächst verpflichtet, für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Während dieser Zeit stellt man einen Antrag auf Asyl bei einer der dort direkt angegliederten Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dabei sind bestimmte Außenstellen für bestimmte Herkunftsländer zuständig. So kommt es, dass Geflüchtete aus der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) vorwiegend in Niedersachsen leben, Geflüchtete aus Kamerun in Baden-Württemberg oder Brandenburg und Flüchtlinge aus Eritrea in Nordrhein-Westfalen oder Hessen. Seit neuestem aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, denn diese Zuständigkeiten werden gelegentlich mit der Zunahme von Flüchtlingen aus bestimmten Herkunftsländern neu verteilt. Für die Geflüchteten aus den Hauptfluchtländern sind alle Außenstellen zuständig. In welches Bundesland ein Asylsuchender kommt, richtet sich aber nicht nur nach dem Herkunftsland, sondern auch nach einem speziellen Ver-

teilungsschlüssel. Dabei wird im Normalfall auf persönliche Wünsche – etwa weil ein Verwandter in einem bestimmten Bundesland wohnt – keine Rücksicht genommen. Bei dem sogenannten »Königsteiner Schlüssel« werden die Steuereinnahmen und die Bevölkerungszahl der Länder berücksichtigt. So nahm etwa Mecklenburg-Vorpommern 2013 nur 2,06 Prozent der Geflüchteten auf, Nordrhein-Westfalen jedoch über 21 Prozent.

Da das ganze Asylverfahren von der Anhörung bis zum ersten Entscheid oft nicht schon in den ersten drei Monaten entschieden wird, sondern derzeit im Durchschnitt fast acht Monate dauert – Geflüchtete aus einzelnen Herkunftsländern wie Somalia oder Iran müssen manchmal auch zehn oder zwanzig Monate auf eine erste Entscheidung des BAMF warten – werden die Asylsuchenden auf die einzelnen Landkreise verteilt, wo sie auf die Entscheidung in ihrem Asylverfahren warten. Für die Zeit ihres Asylverfahrens erhalten die Antragsteller/innen eine »Aufenthaltsgestattung«.

Unterbringung der Geflüchteten in den einzelnen Landkreisen

Für die Verteilung auf die Landkreise ist das jeweilige Bundesland verantwortlich. Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattungen werden oft in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Kosten, die den Landkreisen durch die Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten entstehen, werden durch je spezifische Erstattungsregelungen überwiegend vom Land übernommen. Sie variieren je nach Bundesland zum Teil erheblich.

Noch vor ein paar Jahren durften die Asylsuchenden den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit Sondererlaubnis verlassen. Diese sogenannte Residenzpflicht wurde mittlerweile in den meisten Bundesländern auf das ganze Bundesland ausgedehnt, in einigen Bundesländern sogar darüber hinaus. Nur Bayern und Sachsen bilden noch eine Ausnahme. In allen Bundesländern können die Behörden die Residenzpflicht allerdings als bestrafende Auflage wieder einführen, wenn der Flüchtling beispielsweise nicht an seiner eigenen Abschiebung mitwirkt, indem er sich die entsprechenden Passpapiere besorgt. In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD zwar Ende 2013 darauf geeinigt, die Residenzpflicht zu lockern, die gänzliche Abschaffung scheiterte aber an der CSU.

Die Ausgestaltung der Gemeinschaftsunterkunft, in der die Asylsuchenden nun wohnen, ist von Bundesland zu Bundesland und von Landkreis zu Landkreis verschieden. Denn die Länder bzw. die Kommunen haben hier einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Einige Landkreise, beispielsweise Schwerin, haben sich gegen Gemeinschaftsunterkünfte und für eine dezentrale Wohnungsunterbringung entschieden. Andere Landkreise betreiben entweder selbst Unterkünfte oder vergeben einen Auftrag zum Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft an Wohlfahrtsverbände oder private Betreiberfirmen. Der Betreiber stellt dann entsprechend der Landesrichtlinien oft auch die soziale Betreuung und einen Wachdienst.

In den Gemeinschaftsunterkünften leben die Geflüchteten mit ihren Familien oder mit Fremden nicht selten über mehrere Jahre. In der Regel müssen sich ganze Familien oder mehrere Einzelpersonen ein einziges Zimmer teilen. Die Küche und die Sanitäreinrichtungen müssen sie gemeinsam mit anderen Bewohner/innen nutzen. Auch der bauliche Zustand der Gemeinschaftsunterkünfte hängt sehr vom Betreiber bzw. der Sorgfalt der entsprechenden Fachaufsicht ab. Teilweise leben mehr als 20 verschiedene Nationen so unter einem Dach: Menschen unterschiedlicher Herkunftssprachen, Kulturen und Religionen. Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen sind vorprogrammiert, die Privatsphäre, Platz zum Spielen oder Lernen für die Kinder oft über viele Monate, manchmal Jahre eingeschränkt. Darüber hinaus sind Gemeinschaftsunterkünfte nicht immer in Ortsnähe gelegen.

Ob und wann Asylsuchende in eine Wohnung ziehen können, hängt von Landesvorgaben und vom guten Willen der Behörden ab. In Bayern dürfen alleinstehende Asylbewerber/innen frühestens vier Jahre nach Abschluss ihres ersten Asylverfahrens in eine Wohnung ziehen. In Mecklenburg-Vorpommern gilt für Familien in der Regel eine Frist von mindestens zwölf Monaten. In Brandenburg empfiehlt das Ministerium für Arbeit, Frauen und Familien sowie besonders Schutzbedürftige nach Möglichkeit bereits nach sechs Monaten in Einzelwohnungen unterzubringen und alle anderen spätestens nach zwölf. Die Entscheidung bleibt aber meist den Kommunen überlassen.

Sozialunterstützung oder Arbeit, Wertgutscheine oder Essenspakete

Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, werden zunächst vor allem verwahrt. In den ersten neun Monaten dürfen Asylsuchende nicht arbeiten. Künftig soll diese Schwelle, so steht es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, auf drei Monate gesenkt werden. Danach prüfen die Arbeitsämter zunächst, ob sie eine freie Stelle nicht mit Deutschen, EU-Bürger/innen oder Migrant/innen mit einer Aufenthaltserlaubnis besetzen können – Asylsuchende werden nur »nachrangig« berücksichtigt. In Bundesländern mit einer hohen Arbeitslosenquote heißt das, dass Geflüchtete kaum eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben, mit dem sie ihre Familie ernähren können. Die Arbeitssuche wird durch mangelnde Sprachkenntnisse und Problemen mit der Anerkennung von Berufsqualifikationen zusätzlich erschwert. Arbeits-Fördermaßnahmen nach dem SGBIII stehen ihnen weitgehend zu, allerdings verhindern strukturelle Probleme in der Praxis die Inanspruchnahme (z.B. keine Gewährung von BAföG, keine Erlaubnis, in eine andere Stadt umzuziehen, etc.) Fördermaßnahmen werden häufig abgelehnt.

Geduldete Flüchtlinge müssen vier Jahre warten, bis die Vorrangprüfung entfällt. Seit Juli 2013 erhalten geduldete (im Asylverfahren abgelehnte) Flüchtlings-Jugendliche nach zwölf Monaten allerdings Zugang zu einer Ausbildung ohne Vorrangprüfung, Asylsuchende sollen ihn künftig bereits nach drei Monaten erhalten. Gegebenenfalls ist es also wichtig, frühzeitig Schritte in Richtung Ausbildung und Arbeit zu unternehmen. Dabei brauchen die Betroffenen qualifizierte Unterstützung! Asylsuchende und Geduldete haben keinen Anspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen (vor allem Deutschunterricht) des Bundesamtes, dürfen aber nach drei Monaten an Sprachkursen von Trägern der Erwachsenenbildung im Rahmen des ESF teilnehmen – was allerdings viele nicht wissen und deshalb auch nicht in Anspruch nehmen.

Auch als Resultat lange Zeit bestehender Restriktionen sind derzeit viele Geflüchtete auf Sozialunterstützung angewiesen. Sie erhalten keine Hartz IV-Leistungen wie andere sozial Schwache. Stattdessen wurde für sie 1993 eigens ein Sondergesetz geschaffen: das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Hier war 1993 ein Betrag von z.B. 225 Euro im Monat für Alleinstehende festgeschrieben worden. Im Unterschied zu den permanent angepassten Sozialhilfesätzen blieben die AsylbLG-Beträge rund zwanzig Jahre lang unverändert. Schließlich erhielten Hartz IV-Empfänger/innen rund 40 Prozent mehr Geld. Erst im Juli 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die AsylbLG-Beträge »evident zu niedrig« seien und gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen.Das umfasse neben der physischen Existenz auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben sowie die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen. Die im Art. 1 GG garantierte Menschenwürde sei migrationspolitisch nicht zu relativieren, so die Begründung des Gerichts. Seither erhalten Geflüchtete – bis zu einer gesetzlichen Neuregelung des AsylbLG – weitgehend die gleichen Leistungen wie Hartz IV-Empfänger/innen. Ob die Asylsuchenden diese Leistung allerdings in bar oder als »Sachleistungen« erhalten, ist seit Jahren Gegenstand eines zähen Ringens der Flüchtlingsräte, Initiativen und Beratungsstellen in verschiedenen Bundesländern. Hier hat es in den letzten Jahren Erfolge gegeben – vor allem Kommunen sahen keinen Sinn mehr in der teureren, diskriminierenden Sachleistungspraxis. In manchen Bundesländern werden den Flüchtlingen noch immer Wertgutscheine oder Chipkarten ausgehändigt, mit denen man nur bestimmte Dinge in bestimmten Geschäften kaufen kann. In Bayern werden Flüchtlinge noch zweimal wöchentlich mit Essens- bzw. »Hygiene«-paketen beliefert, die Abkehr vom Sachleistungsprinzip ist nach einem langen Kampf betroffener Flüchtlinge erst kürzlich beschlossen worden. Neben den Sachleistungen gibt es ein geringes Taschengeld in bar. Anwalts- oder Übersetzungskosten oder auch Deutschkurse kann man davon allerdings kaum bezahlen. Immerhin sind Flüchtlingskinder nach dem AsylbLG berechtigt, das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes in Anspruch zu nehmen.

Gesundheit und Krankheit

Flüchtlinge sind nicht in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert. Ihre gesundheitliche Versorgung wird über das AsylbLG geregelt. Das entsprechende Gesetz sieht vor, dass sich ihre Versorgung auf aktue Erkrankungen sowie auf Schmerzzustände beschränken soll. Zahnersatz erhalten sie nur, »soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar erscheint«. Meist müssen sie vor jedem Arztbesuch bei ihrem zuständigen Amt einen Kostenübernahmeschein beantragen. Ob dieser gewährt wird, bleibt manchmal dem Ermessen des Sachbearbeitenden überlassen.

Aufgrund dieser Einschränkungen werden den Asylsuchenden Medikamente, Heil- und Hilfsmittel wie Brillen oder Krücken und vieles andere oft verweigert. Die Praxis unterscheidet sich aber von Bundesland zu Bundesland und sogar von Landkreis zu Landkreis zum Teil erheblich.
Viele der hier ankommenden Menschen haben in ihrem Heimatland und auf der Flucht Schreckliches erlebt. Jeder und jede hat eine Geschichte zu erzählen, die sie oft ihr Leben lang begleiten wird. Im Deutschen Ärzteblatt wird davon ausgegangen, dass 50 bis 70 Prozent der Flüchtlinge traumatisiert sind. Wissenschaftler/innen und Ärzte/innen vertreten dabei zunehmend die Position, dass die skizzierten problematischen Lebensbedingungen von Asylsuchenden die Entstehung und Aufrechterhaltung von Traumafolgestörungen wie Depressionen und Suizidgefährdung mitbedingen. Bundesweit gibt es 18 spezialisierte Behandlungs- und Beratungszentren für traumatisierte Flüchtlinge. Die meisten dieser Zentren liegen in den alten Bundesländern – alle sind überfüllt. 2012 betrug die durchschnittliche Wartezeit für die psychosoziale Beratung 3,2 Monate und für Therapieplätze fünf Monate. Daher werden Flüchtlinge auch von niedergelassenen Psychiatern/innen und Psychologen/innen betreut. Dafür müssen die Betroffenen allerdings überhaupt erst einmal wissen, wohin sie sich wenden können, und bereit sein, über ihre Probleme zu sprechen. Der Umgang mit psychischen Problemen ist aber kulturspezifisch, das Reden über solche Gewalterfahrungen häufig tabu- und schambesetzt. Auch die Kostenübernahme durch das zuständige Amt ist nicht immer einfach. Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF) schreibt in ihrem Bericht 2012, dass die Kostenübernahme für Psychotherapien für Flüchtlinge durch die zuständigen Sozialämter in der Hälfte der Fälle abgelehnt wird. Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich aus der Sprachbarriere und aus dem kulturell unterschiedlichen Umgang mit psychischen Problemen. Viele Psychologen/innen scheuen sich, Therapien mit Dolmetschern/innen durchzuführen. Gerade im ländlichen Raum mangelt es auch an professioneller Sprachvermittlung, die diese und andere Übersetzungsleistungen bei Arztbesuchen zur Verfügung stellen könnte. Denn die Mitwirkung von Verwandten und Freunden oder gar der Kinder beim Arztbesuch kann die Intimsphäre des Flüchtlings verletzen. Übersetzungen von Traumatherapiestunden durch Laien sind gänzlich unmöglich. Auch hier hängt es wieder von den einzelnen Sachbearbeiter/innen und vom Bundesland ab, ob Übersetzungskosten für Arztbesuche und Therapie vom Sozialamt übernommen werden.

Zahlreiche Akteur/innen der Rostocker Zivilgesellschaft fordern den Oberbürgermeister Methling dazu auf, die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge nicht weiter zu blockieren. Auch das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin fordert eine reguläre Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Wenn Sie die QR-Codes mit Ihrem Smartphone einlesen, gelangen Sie zu den entsprechenden offenen Briefen.

Anerkennung, Duldung oder Abschiebung

Schon in der Erstaufnahmeeinrichtung werden die Geflüchteten erkennungsdienstlich behandelt. Die Fingerabdrücke werden mit einem europaweiten Erfassungssystem (EURODAC) abgeglichen. Dadurch wird geprüft, ob abgeschobene Flüchtlinge wieder einreisen oder Geflüchtete schon in einem anderen europäischen Land registriert sind. Vom Ergebnis dieser Überprüfung hängt ab, ob überhaupt ein Asylverfahren eröffnet wird. Etwa 25-30 Prozent aller Asylanträge werden gar nicht inhaltlich geprüft, sondern die betroffenen Flüchtlinge werden in das europäische Land abgeschoben, in dem sie zuerst registriert wurden. Denn die Dublin-Verordnung besagt, dass derjenige Mitgliedstaat der EU (auch Norwegen und Island und seit 2008 die Schweiz) für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, in dessen Territorium der/die Asylsuchende zuerst europäischen Boden betritt. Stellt das BAMF also fest, dass ein Geflüchteter schon in Italien in einem Flüchtlingslager registriert war, beispielsweise in einem der zahlreichen überfüllten Lager in Lampedusa, dann wird er oder sie nach Italien zurückgeschoben. Aufgrund der katastrophalen und unmenschlichen Bedingungen in einigen Ländern haben zahlreiche Gerichte allerdings im Einzelfall die Abschiebung gestoppt. Seit 2011 finden generell keine Überstellungen mehr nach Griechenland statt. Für Malta, Italien und Bulgarien setzen viele Gerichte die Abschiebungen aus.

Diejenigen, die nicht nach der Dublin-Verordnung abgeschoben werden, bekommen hier ihr Asylverfahren. Schlechte Chancen auf Anerkennung haben vor allem Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien. Sie werden fast zu 100 % als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt. PRO ASYL beklagt, dass hier die üblichen Qualitätsstandards bewusst missachtet wurden. Denn auf Betreiben des damaligen Bundesinnenministeriums führte das Bundesamt ab Herbst 2012 für Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien Ablehnungs-Schnellverfahren durch, ohne sorgfältige Einzelfallprüfung. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte Flüchtlinge pauschal als »Wirtschaftsflüchtlinge« bezeichnet und den zunehmenden Asylmissbrauch aus diesen Ländern beklagt. PRO ASYL und andere Menschenrechtsorganisationen betonten jedoch, dass es sich bei den Flüchtlingen aus dem Balkan zum größten Teil um Roma handelt, die in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert und an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt gehindert werden. Etwa 60 Prozent der Roma in Serbien leben in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen: 30 Prozent haben keinen Zugang zu Trinkwasser, 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation.

Eine Aufenthaltserlaubnis erhalten diejenigen, die die Voraussetzungen für den Flüchtlingsstatus oder den subsidiären Schutzstatus erfüllen. Seit der Grundgesetzänderung ist hingegen das Grundrecht auf Asyl zahlenmäßig kaum mehr bedeutsam. Doch durch europarechtliche Vorgaben (Asyl-Anerkennungsrichtlinie) spielt heutzutage die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention eine umso bedeutsamere Rolle. Schutzsuchende, die etwa wegen ihrer Religion oder aber auch der sexuellen Orientierung verfolgt werden, können einen Flüchtlingsstatus erhalten. Einen solchen Flüchtlingsstatus erhielten im Jahr 2013 rund 12 Prozent. Den subsidiären Schutz, der bei Gefahr für Leib oder Leben z.B. wegen des Kriegs im Herkunftsland gewährt wird, erhielten ca. 11 Prozent. Über 39 Prozent der Afghanen/innen, 54 Prozent der Iraner/innen und 96 Prozent der Syrer/innen erhielten so 2012 im Erstverfahren Anerkennung oder Schutz vor Abschiebung.

Insgesamt erhielten 2013 mehr als 25 Prozent aller Antragsteller/innen im ersten Verfahren einen Flüchtlingsschutz. Auf dem Klageweg erhielten weitere Asylbewerber/innen Anerkennung oder Schutz vor Abschiebung. Im Jahr 2012 erhielten z.B. 38 Prozent der zuvor abgelehnten Afghanen/innen und 37 Prozent der abgelehnten Iraner/innen auf dem Klageweg eine Anerkennung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus. Von einem »massiven Asylmissbrauch« kann also keine Rede sein.

Auch abgelehnte Asylsuchende werden nicht immer abgeschoben. Manchmal weigern sich die Herkunftsländer, Reisedokumente auszustellen. Andere Geflüchtete können wegen einer Erkrankung nicht ausgeflogen werden oder weil es keine Flugverbindungen in das krisengeschüttelte Herkunftsland mehr gibt. Die betroffenen Flüchtlinge erhalten dann eine »Duldung«, die oftmals nur für kurze Zeiträume erteilt wird und immer wieder verlängert werden muss. Rund 86.000 Geduldete leben derzeit in Deutschland, zum Teil schon viele Jahre. Für sie gelten ähnliche Rechte wie für Menschen im Asylverfahren.

Deutschland im europäischen Vergleich

Die Bundesregierung behautet gern, Deutschland nimmt die meisten Flüchtlinge in Europa auf. Zwar wurden z.B. 2012 tatsächlich ca. 23,2 Prozent aller europäischen Asylanträge in Deutschland gestellt. Gemessen an der Bevölkerungszahl lag Deutschland allerdings nur auf Platz 11. An der Spitze stehen das kleine Malta und Schweden mit fünf Mal so vielen Antragsteller/innen pro 1.000 Einwohner/innen wie Deutschland. Nicht berücksicht bleibt hierbei, dass die meisten Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, gar nicht bis nach Europa kommen. 80 Prozent der Flüchtlinge weltweit bleiben in Nachbarstaaten, obwohl diese oft selbst arm sind. Seit Anfang 2012 haben die Nachbarstaaten Syriens mehr als zwei Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. In Deutschland konnten seither nur rund 20.000 Syrer/innen einen Asylantrag stellen. Die deutschen Innenminister beschlossen im Frühjahr und Dezember 2013 die Aufnahme von je nur 5.000 syrischen Flüchtlingen, daneben gab es eng gefasste Länderaufnahmeregelungen. Der Gesamtprozess läuft äußerst schleppend: Bis Dezember 2013 waren nur rund 1.700 Menschen angekommen.

Willkommenskultur schaffen statt auf die Obrigkeit zu warten

Von Anetta Kahane

Eine vielgeübte und traditionsreiche Tätigkeit in Deutschland ist das Warten auf die Verwaltung. Ein Beispiel: Wenn »die da oben« nichts machen, wieso sollen »wir hier unten« uns dann bemühen? Oder: »Uns fragt ja keiner, uns sagt ja keiner was!« Wenn aber die Obrigkeit in der Kommune, dem Land oder dem Bund irgendetwas veranlasst, dann ist es oft auch nicht Recht, wird als Zumutung oder Entmündigung empfunden. Diese weitverbreitete Haltung zeugt von einer starken inneren Bindung an den Staat – im Positiven wie im Negativen. Im Umkehrschluss zeugt es von einem Mangel an Selbstbewusstsein, vor allem in die eigenen Fähigkeiten, etwas selbst zu organisieren, Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Bevor jedoch Bürger/innen schauen, was sie selbst tun können, um eine Situation vor Ort für sich und andere zu verbessern, müssten sie eine eigene Haltung zu diesen Fragen haben. Doch auch hier wird zu sehr auf den Staat geschaut und danach entschieden, ob man gegen oder für eine staatliche Handlung ist, anstatt sich selbst zu fragen, wie man dazu denkt und empfindet.

Das Schicksal von geflüchteten Menschen hat mit all dem jedoch nichts zu tun. Ganz gleich wie ein Bundesland oder eine Kommune entscheidet, ob und wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden, sollten sich die Bürgerinnen und Bürger damit befassen, dass sie in den dafür vorgesehenen Orten demnächst Nachbarn haben werden, die in einer besonders schwierigen Situation sind. Die Frage wird dann sein, wie diese Nachbarschaft auf die »Neuen« reagiert. Sie willkommen zu heißen, macht es allen leichter, in Zukunft gut miteinander zurecht zu kommen. Das weiß jeder, der selbst irgendwo hinzog und dort zunächst fremd war oder selbst neue Nachbar/innen begrüßte. Ebenso wie ihm sollte man auch den geflüchteten Personen keinen Vorwurf machen, dass sie nun da sind. Das ist für alle Beteiligten unsinnig, ungerecht und schafft ein unangenehmes Klima. Die Menschen sind in einer solchen Situation wichtiger als alle Fragen, wie jemand zu dieser oder jener staatlichen Entscheidung steht.

Die Verantwortung der Kommunen

Selbst denken und selbst handeln bringt meist bessere Resultate als abzuwarten und zu meckern. In vielen Kommunen, in denen Unterkünfte für Flüchtlinge bereitgestellt werden sollen, hat sich die Bürgergesellschaft bereits Gedanken gemacht, was eine Willkommenskultur ausmachen und wie das gemeinsame Leben mit Flüchtlingen gestaltet werden kann. Aber auch die Kommunen stehen in der Verantwortung: Wenn ein Wohnheim errichtet werden muss, ist die Wahl des Trägers besonders wichtig.Hier sollte nicht allein nach den Kosten entschieden werden, sondern auch nach Kompetenz und Offenheit. Heimleitung und Sicherheitspersonal tragen ganz entscheidend zum Klima in der Unterkunft bei. Wenn der Träger bereits Erfahrungen hat, wie gute Bedingungen herzustellen sind, wirkt sich das auch auf das Umfeld aus. Wird das Sicherheitspersonal eingesetzt, um die Flüchtlinge zu schützen und zu unterstützen, wird es gewiss weniger Probleme und Spannungen geben, als wenn sich die Wachleute den Geflüchteten gegenüber kalt und feindselig zeigen. In Berlin Hellersdorf z. B. hat mindestens einer der Wachleute selbst Migrationshintergrund und kann so besser verstehen, wie sich die Neuangekommenen fühlen, was sie nicht verstehen und auf welche Art Bedrohung schnell reagiert werden muss.

Persönlicher Kontakt ist zentral

Willkommenskultur heißt in erster Linie, sich auf die Bedürfnisse der Geflüchteten einzustellen und sie zu respektieren. Es geht nicht darum, der eigenen Neugier oder Hilfsbereitschaft freien Lauf zu lassen, sondern den Grad und die Art der Zuwendung daran zu messen, was die geflüchteten Menschen signalisieren. Eine Willkommensgeste wie ein Empfang mit Blumen und Kaffee wird in manchen Kommunen bereits organisiert. Das ist sehr schön für die Angekommenen und ein erster Schritt sich persönlich bekannt zu machen. Dabei bleibt es aber nicht. Wenn die Flüchtlinge bereit dazu sind, kann eine solche Art der Zusammenkunft auch regelmäßig stattfinden. So entstehen ganz normale Bekanntschaften oder Freundschaften, in denen sich die Beteiligten gegenseitig bereichern können. Für die Flüchtlinge ist ein persönlicher Kontakt wichtig, selbst wenn es Verständigungsprobleme geben sollte. Spielen, kochen, Sport treiben oder Musik teilen ist universell, die Sprache kommt dann hinterher. Jeder kann die einfachen Dinge zeigen und erklären. Das bringt Menschen einander näher und ist oft auch sehr lustig. Dennoch: Ein frühzeitiger Deutschkurs kann sehr hilfreich sein. Wenn Freiwillige sich dafür bereiterklären, sollten Ort und Zeit mit den Bewohnern/innen abgesprochen werden. Sollte niemand aus der Umgebung die nötigen Sprachen sprechen, kann ein/e Dolmetscher/in für einige Stunden in das Heim kommen und dort die wichtigsten Fragen klären. Das erleichtert allen den Umgang miteinander enorm.

Der Heimbetreiber kann die Bewohner/innen bitten, einige Geflüchtete auszuwählen, die für die anderen ihre Anliegen, wenn sie von allgemeiner Natur sind, vorbringen können. So kann bei der oft großen Spendenbereitschaft in der Nachbarschaft gezielter gesammelt werden, was wirklich gebraucht wird. Manchmal sind es Toilettenartikel, nicht so sehr Kleidung oder Möbel statt weitere Spielsachen. Immer wichtig für die Flüchtlinge: Telefonkarten, denn das ist die einzige Möglichkeit, mit den Zurückgebliebenen zu sprechen. Auch Satellitenfernsehen kann helfen oder Zugang zu PCs mit Internet.

Gemeinsam mit den Flüchtlingen

Sollte es im Heim selbst keinen Platz geben, der für den Austausch genutzt werden kann, ist es für die Heimbewohner/innen auch eine schöne Abwechslung an einen Ort außerhalb des Heimes zu gehen. In manchen Kommunen haben die Bürger/innen dafür Räume in Vereinen bereitgestellt. Wie die Begegnungen gestaltet werden und was dafür genau nötig und möglich ist, sollte gemeinsam mit den Flüchtlingen beantwortet werden. Sie einzubeziehen, ihnen eine aktive Rolle in der Nachbarschaft anzutragen und sie zu ermutigen, hilft u. U. besonders den Traumatisierten und ist in jedem Falle eine gute Möglichkeit, Gemeinsamkeiten herzustellen. Viele Flüchtlinge sind Akademiker/innen oder haben wunderbare handwerkliche Fähigkeiten. Ihre Expertise, ihr Wissen und ihr Können für das Gemeinwohl zu nutzen schafft mehr als eine gute Atmosphäre – es bereichert im wahrsten Sinne des Wortes das Leben in der Gemeinde. Wenn Flüchtlinge kein Geld verdienen dürfen, könnten sich Nachbar/innen oder sogar die Kommune auf gegenseitige Dienstleistungen einigen. Was das im Einzelnen sein kann, sollte vor Ort ausgehandelt werden.

Wichtig ist auch die Gesundheitsversorgung. Auch sie kann zunächst ehrenamtlich organisiert werden. Die Flüchtlinge haben einen Anspruch auf eine Grund- und Notfallversorgung. Darüber hinaus gehende Behandlungen müssen beantragt werden. Manchmal sind Ärzt/innen bereit, ehrenamtlich zu helfen. Für die Betroffenen ist es immer hilfreich, wenn bei Arztbesuchen der Geflüchtete von jemandem aus der Nachbarschaft begleitet wird.

In vielen Orten haben die Menschen sich entschieden, nicht auf staatliches Handeln zu warten, nicht darauf zu bauen, dass die Verwaltung etwas richtet. Flüchtlinge brauchen vor allem persönlichen Kontakt und ein Engagement, das eines von uns verlangt: Einfühlungsvermögen und praktische Unterstützung. Denn wenn wir in einem Umfeld, in einer Kommune oder Nachbarschaft leben wollen, in der wir füreinander da sind und der Zusammenhalt auch in schlechten Zeiten funktioniert, dann ist es selbstverständlich, dass wir es mit den Geflüchteten tun. Unsere immer kleiner werdende Welt erfordert das und unsere Menschlichkeit.

Willkommenskultur: Gut gemeint ist nicht gut gemacht

Die Verwaltungsangestellte Helene H. engagierte sich für Geflüchtete. Sie sammelte Kleiderspenden in ihrem Bekanntenkreis, um die »armen und hilfebedürftigen Leute« zu unterstützen, und war gerne bereit, Journalist/innen über ihren Einsatz zu berichten. Große Enttäuschung machte sich jedoch breit, als ihre Kleiderspenden in der Unterkunft abgewiesen wurden. Die Bewohner/innen der Asylunterkunft konnten sich vor alter Kleidung kaum retten – was sie eigentlich brauchten waren Hygieneartikel, große Töpfe, Waschmittel und Handykarten. Danach hatte sie allerdings niemand gefragt. Stattdessen dominierte der Eindruck, sie seien nur »die Armen und Bedürftigen«, die keinerlei Eigeninitiative, sondern immer nur Dankbarkeit und Passivität zeigen dürften.

Der pensionierte Deutschlehrer Thilo V. reagierte hingegen mit Unverständnis, als kaum Menschen zu dem von ihm angebotenen Deutschkurs kamen, den er dienstags von 9 bis 10 Uhr in der Unterkunft anbot. Schließlich machte ihn ein Bewohner darauf aufmerksam, dass der Kurs zu einer Zeit stattfand, in der auch die Büros zur Beratung und Briefverteilung geöffnet hatten. Zudem wären viele Menschen von der straffen Organisation des Kurses eingeschüchtert.

Die beschriebenen Geschichten machen deutlich, was Willkommenskultur nicht ist. Willkommenskultur ist nicht Bevormundung, ist nicht Menschen mit den Etiketten »arm und bedürftig« zu versehen, sie als Krise zu begreifen, von »Asylbewerberproblematik« zu sprechen und Ängste zu schüren. Willkommenskultur ist nicht, wenn es nur Informationen auf Deutsch und Englisch gibt und Angestellte in Ämtern keine Dolmetscher/innen zur Seite gestellt bekommen. All das und viel mehr ist Willkommenskultur nicht.

Swantje Tobiassen

Was kann ich für Willkommenskultur tun?

Eine gute Möglichkeit, die Menschen willkommen zu heißen, sind Tandempartnerschaften. In diesen Partnerschaften können sich beide besser kennenlernen, Vertrauen aufbauen, Bedürfnisse und Sorgen austauschen – auf Augenhöhe und gleichberechtigt. Flüchtlinge kommen in eine neue, unbekannte Welt. Viele erleben einen Kulturschock und brauchen eine Ansprechperson, die ihnen zeigt, wo sie einkaufen gehen können, die zu Behördengängen mitkommt und die Teilnahme am Deutschunterricht organisiert. Deutsch zu lernen ist für Asylsuchende sehr wichtig, allein schon zur Wahrnehmung ihrer Rechte. Während des laufenden Asylverfahrens gibt es häufig kein Angebot an Deutschkursen. Hier müssen Rechtsansprüche geschaffen werden. Je schneller Flüchtlinge Deutsch lernen, desto leichter fällt das Einleben in eine ungewohnte Umgebung und desto schneller finden sie Anschluss. Selbstorganisierte Sprachkurse können angeboten werden. Dabei sollten die Asylsuchenden allerdings in die Konzeption einbezogen werden. Geflüchtete haben unterschiedliche Bedürfnisse, manche haben Interesse daran, sich in Sportvereinen oder

in Handarbeitskursen zu engagieren, manche haben Lust an Freizeitgestaltung, andere wollen einfach ihre Ruhe. Für eine Willkommenskultur braucht es Möglichkeiten des Engagements und Begegnungsräume. Es gilt, diese gemeinsam zu identifizieren. Gelegenheiten, sich besser kennenzulernen und miteinander ins Gespräch zu kommen, sind gemeinsame Aktionen. Auch Theater, Tanz oder Performances gemeinsam zu erarbeiten, sind gute Möglichkeiten, hierarchie- und zeigefingerfrei. Willkommenskultur ist eine innere Haltung – die keinen Platz für Rassismus lässt.

Swantje Tobiassen

Kontakt zu kompetenten Ansprechpartner/innen herzustellen ist zentral. Dazu zählen: Rechtsanwält/innen, Krisendienste und Seelsorger/innen, Sozialberatung sowie Ärzt/innen, die Geflüchtete kostenlos beraten und behandeln.

- Suchen Sie sich selbst Rat und Unterstützung von Expertinnen und Experten! Eine Vernetzung mit anderen bereits Aktiven macht Mut und ermöglicht wichtigen Erfahrungsaustausch.
- Unterstützen Sie statt zu helfen: Machen Sie sich Ihre eigene Haltung und Ihre privilegierte Position als »Ortsansässige« bewusst.
- Hingehen und nachfragen: Sprechen Sie mit den Menschen, um sie, ihre Situation und jeweiligen Bedürfnisse kennen zu lernen. Manchmal kann es durchaus sinnvoll sein, Dinge zu sammeln und zu spenden (z.B. Fahrräder für mehr Mobilität). Manche Menschen wünschen sich dagegen als erstes Sprachunterricht, andere suchen sozialen Kontakt oder Freizeitbeschäftigungen.
- Denken Sie an ihre eigenen emotionalen Grenzen und sprechen sie darüber: Frustrationen zu teilen hilft, die eigene Energie zu bewahren.
- Setzen Sie auf Ausdauer statt auf Aktivismus: Weniger ist auf lange Sicht wahrscheinlich mehr!

Flüchtlingsfonds der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark

Bürgerstiftungen engagieren sich für das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger in ihrer Region. So auch die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark im Nordosten Brandenburgs. Mit einem »Flüchtlingsfonds« hilft die Bürgerstiftung einzelnen Flüchtlingen und Flüchtlingsfamilien in Notsituationen durch sogenannte »mildtätige« Zuwendungen. Das können zum Beispiel Beihilfen für den Schulbedarf oder für Gesundheitsmittel sein, Hilfeleistungen nach rassistischen Übergriffen oder Zuwendungen für die oft schwierige Beschaffung von Dokumenten aus dem Herkunftsland. Der Nothilfefonds wird ausschließlich durch private Spenden getragen und jährlich durch Einnahmen aus einem Benefizkonzert z.B. am 21. März– dem Internationalen Tag gegen Rassismus – getragen. Auch die Evangelische Stadtkirchengemeinde Eberswalde unterstützt den Fonds jedes Jahr durch eine Sonntagskollekte. Unter anderem für dieses Engagement ist die Stiftung im Jahr 2013 persönlich vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg als »Stiftung des Jahres« ausgezeichnet geworden.

Kai Jahns

Wie fühlt sich das Ankommen in Deutschland an?

Elisabeth Ngari flüchtete 1996 aus Kenia nach Deutschland und lebte sieben Jahre in Sammelunterkünften in Brandenburg. Sie gründete mit anderen weiblichen Flüchtlingen die Gruppe »Women in Exile«, um auf die oft besonders prekäre Situation von geflüchteten Frauen aufmerksam zu machen, und arbeitet derzeit in einem Qualifizierungsprojekt für Migrant/innen und Flüchtlinge im Projekthaus Potsdam, das u.a. durch die Amadeu Antonio Stiftung gefördert wurde. Simone Rafael sprach mit ihr über die Schwierigkeiten des Ankommens.

© *Elisabeth Ngari*

Rafael: Sie sind selbst als Flüchtling nach Brandenburg gekommen. Wie war das Ankommen für Sie? Hatten Sie das Gefühl, dass sie an einen guten, sicheren Ort kommen?

Ngari: Nein, leider überhaupt nicht. Ich bin in Frankfurt am Main angekommen und von dort nach Eisenhüttenstadt gebracht worden. Überall wurden unglaublich viele Fragen gestellt, immer und immer wieder. Ich fühlte mich eher wie eine Verbrecherin als wie eine Asylsuchende. Dazu fehlten jegliche Informationen: Bin ich jetzt wirklich angekommen? Immer wieder sagten mir die Beamten: Du kannst jederzeit wieder nach Hause geschickt werden! Wie sollte ich mich da sicher fühlen?

Was konkret machte das Ankommen schwer?

Es war niemand da, der einmal gesagt hätte: Hier gibt es einen guten Anwalt. Hier gibt es Menschen, die Dir helfen können, Dich beraten können. Ich habe das alles herausgefunden, aber viel später und ganz allein. Deshalb engagiere ich mich heute, um mein Wissen mit anderen Flüchtlingen zu teilen. Ich möchte ihnen helfen, schneller voranzukommen, als ich es konnte. Dann war da noch die Sprachbarriere. Ich konnte mich nicht verständigen und auch die Menschen auf der Straße nicht verstehen – bei denen sah ich nur die misstrauischen Blicke, die missmutigen Gesichter, die mir sagten: »Flüchtlinge sind hier nicht willkommen, ihr wollt doch nur unser Geld, unsere Arbeit.« Worte wie »N**« sind dann ja auch ohne Sprachkenntnisse leicht zu verstehen. Was ich dazu sehr schwer fand: Dass es die meisten Menschen einfach nicht interessiert, wie es Flüchtlingen geht. Sie wissen nichts über unserer Situation, und es interessiert sie auch nicht.

Welche Willkommenskultur würden Sie sich wünschen? Wie könnte ein Ankommen für Geflüchtete einfacher werden?

Zu allererst: Informationen in verschiedenen Sprachen, wie es jetzt weitergeht, oder auch über Sprachkurse oder ähnliches, was der Integration dient! Ein Grundproblem ist, dass die Flüchtlinge in Heimen untergebracht werden, abgetrennt von der Wohnbevölkerung. Das gibt den Geflüchteten das Gefühl, nicht willkommen zu sein, und macht es ihnen sehr schwer, mit Menschen in Kontakt zu kommen. Andererseits scheint es mir auch der Bevölkerung die Vorstellung zu vermitteln: »Das können doch keine normalen Menschen sein. Die müssen doch irgendwas gemacht haben, dass sie da in so Heime vor der Stadt gebracht werden.« Ich würde mir also wünschen, dass Menschen sozusagen innerhalb der Gesellschaft untergebracht werden, in Wohnungen, wo sie Freunde finden oder einmal mit Nachbarn reden können. Wo die Flüchtlinge auch das Gefühl haben könnten, sie sind jetzt ein Teil der Gesellschaft und nicht ein »Gast«, der nur darauf wartet, wieder abgeschoben zu werden. Zugleich müsste man auch versuchen, die Gesellschaft zu informieren: Flüchtlinge sind keine Kriminellen! Sie würden gern zur Schule gehen, arbeiten, einen Beitrag leisten, aber die Gesetze lassen es derzeit nicht zu. Es wäre natürlich auch hilfreich, wenn die Gesetze anders wären. Wenn man Menschen dazu zwingt, fünf Jahre nur herumzusitzen, werden sie depressiv und letztendlich abhängig vom Staat. Und das kann doch keiner wollen!

Wie war der Kontakt mit den Angestellten in den Heimunterkünften?

Der Kontakt mit ihnen war sehr schwierig. Bei den meisten hatte ich den Eindruck, sie würden lieber etwas anderes arbeiten und sie verstehen die Situation der Menschen nicht, mit denen sie es zu tun haben. Zugleich sind sie

Teil des Systems, das darüber entscheidet, ob man bleiben darf oder nicht. Deshalb haben viele Flüchtlinge Angst vor den Angestellten und reden nicht mit ihnen. Andere tun alles, was sie sagen – auch wenn diese es ausnutzen. Ich würde mir wünschen, dass die Angestellten die Flüchtlinge, mit denen sie arbeiten, respektieren. Sollten sie nicht helfen, dass sich diese Menschen, die aus schwierigsten Situationen geflüchtet sind, besser fühlen, anstatt es ihnen noch schwerer zu machen? Stattdessen sagten mir die Heimleiter zu jeder Gelegenheit: Du kannst jederzeit abgeschoben werden! Den ganzen Tag wird Dir vermittelt, dass Du nur dankbar sein darfst: Fürs Dasein. Fürs Essen. Für alles. Viele trauen sich dann nicht einmal mehr, sich zu beschweren – selbst, wenn sie Rassismus oder sexistische Übergriffe erleben.

Und gab es Kontakt zur Wohnbevölkerung?

Ganz ehrlich: In Eisenhüttenstadt hatten wir einfach Angst, vor die Tür zu gehen. Wir trafen einfach jedes Mal Rechtsextreme. Egal wo ich hinging als schwarze Frau, machte jeder und jede, dem oder der ich begegnete, einen Kommentar. Weil das Heim außerhalb lag, wussten die Rechtsextremen, die Ärger suchten, ja auch immer, wo sie warten müssen, um einen Flüchtling zum Drangsalieren zu treffen. Aber egal wo ich hinging: Es lag besondere Aufmerksamkeit auf mir. Etwa in den Geschäften in Prenzlau, wo ich später untergebracht war, wenn ich mit einem dieser unseligen Gutscheine bezahlen musste, die Flüchtlinge statt Geld bekommen. Die Ladenbesitzer guckten dann immer gleich böse, weil man ja das Geschäft aufhält. Ich habe mich so klein und erniedrigt gefühlt, wenn ich den Gutschein herausholen musste, weil alle gleich genervt geguckt haben. Noch heute bin ich jedes Mal in der Kassenschlange gestresst und bemüht, bloß niemanden aufzuhalten.

Wie erleben Flüchtlinge rechtsextreme Demonstrationen vor den Heimen?

Das Gefühl ist nackte Angst. Alle Flüchtlinge kennen die Geschichten von brennenden Asylbewerberheimen, viele machen Gewalterfahrungen. Deshalb verlassen Flüchtlinge oft nur in Gruppen die Heime, weil sie Angst haben. Das beschränkt einen natürlich auch wieder furchtbar in der persönlichen Entfaltung und Lebensführung. Auch das macht Menschen depressiv. Allerdings gibt es im Moment positive Entwicklungen. An Orten wie Berlin-Hellersdorf oder Wandlitz waren ja in diesem Jahr größere Teile der Zivilgesellschaft bereit, sich zu organisieren, um sich den rechtsextremen Demonstrationen entgegen zu stellen.

Gibt es im ländlichen Raum besondere Herausforderungen?

Ich hatte immer den Eindruck, dass die Menschen in Brandenburg, die selbst keinen Job haben und wenig Perspektive sehen, besonders missgünstig auf Flüchtlinge schauen, die ihnen etwas wegzunehmen scheinen. In großen Städten kann man in den vielen Menschen »untertauchen«, auch einfach einmal unbeobachtet über die Straße gehen. Im ländlichen Raum geht das nicht. Immer ist man isoliert, immer achten alle auf alles, was man macht, immer gibt es Sprüche oder gar Gewalt.

Das Leben in Gemeinschaftsunterkünften am Rande oder außerhalb von Ortschaften vermittelt Geflüchteten oft das Gefühl, nur zu Gast zu sein, und verhindert das Entstehen von Kontakten und Freundschaften. *© Chris Grodotzki*

Bühne für Menschenrechte: Die Asyl-Monologe

»Politisches Theater, das für sein Anliegen sensibilisieren und agitieren will. Und dem das eindrucksvoll gelingt. Das Thema brennt unvermindert.« (Der Tagesspiegel über »Die Asyl-Monologe«)

Das dokumentarische Theaterstück »Die Asyl-Monologe« erzählt von Menschen, die Grenzen überwunden, Verbündete gefunden, ein »Nein« nie als Antwort akzeptiert und unter aussichtslosen Bedingungen immer weiter gemacht haben. Die Monologe stammen von Ali aus Togo, von Freunden liebevoll »Präsident« genannt, Felleke aus Äthiopien, der erst willensstark Abschiebeversuche verhindern muss, um dann einen Menschenrechtspreis überreicht zu bekommen, und Safiye, die sich nach Jahren der Haft in der Türkei und einer absurden Asylablehnung für das Lebensbejahendste überhaupt entscheidet: Sie schenkt einem Sohn und einer Tochter das Leben.
Die Monologe basieren auf dem Konzept des dokumentarischen Theaters: Wortgetreue Texte, die auf Interviews beruhen, verleihen den Stimmen sonst ungehörter Menschen Gehör. Professionelle Schauspieler/innen präsentieren die Monologe und sprechen damit das Publikum direkt an – sie berühren und aktivieren.
Die Asyl-Monologe sind die erste Produktion des Berliner Vereins »Bühne für Menschenrechte« und wurden bislang etwa 150 mal in 80 Städten aufge führt, darunter in den Münchner Kammerspielen, am Thalia Hamburg sowie am Brandenburger Tor. Verantwortlich für Buch und Regie ist Michael Ruf.

Mehr Informationen gibt es unter www.buehne-fuer-menschenrechte.de

Was könnte die Situation besser machen?

Wie schon gesagt: Die Gesetze müssen geändert werden. Flüchtlinge sollten leben können, wo sie wollen, sie sollten arbeiten dürfen und so in der Gesellschaft ankommen können! Konkret sind Informationen hilfreich: Wo gibt es kostenlose Sprachkurse? Wo kann ich etwas Sinnvolles tun? Das ist ja für viele ein Problem, das untätige Herumsitzen. Ich engagiere mich für Organisationen, die Konkretes zu verbessern versuchen: Etwa hat die selbstorganisierte Gruppe »Refugee Emancipation« Internetcafés in Flüchtlingsheimen aufgemacht, damit die Menschen Zugang zu Informationen und Kontakt zu anderen Menschen haben können. Übrigens ist auch diese Arbeit frustrierend, wenn etwa die Heimleiter kommen und sagen, sie möchten kein Internetcafé, weil sie denken, dass dann die Flüchtlinge um die Computer streiten! Viele Heimleiter möchten auch nicht, dass wir Seminare in den Heimen organisieren – weil dabei die Missstände in ihrer eigenen Einrichtung zur Sprache kommen könnten. Wir bieten die Seminare dann an anderer Stelle an – und freuen uns, dass Flüchtlinge aus ganz Brandenburg zu uns nach Potsdam kommen, um sich zu vernetzen.

Und was wünschen Sie sich von der deutschen Wohnbevölkerung?

Ich habe immer den Eindruck, dass es die meisten Deutschen nicht interessiert, wie es Flüchtlingen geht. Höchstens, wenn etwas Schlimmes passiert, sind kurz ein paar Menschen da. Wenn Nazis vor dem Heim stehen, kommen auch Deutsche, die dagegen protestieren. Aber auch die sind hinterher wieder weg. Ich würde den Menschen gern mehr Informationen über das Leben von Flüchtlingen geben. Wir sind hier und möchten uns einbringen! Wir möchten ins Gespräch kommen. Wenn es Treffen gibt, was man gegen Nazi-Demonstrationen vor Heimen tun kann, wie man die Situation von Flüchtlingen verbessern kann – ladet uns doch mit ein! In Wandlitz etwa funktioniert das gut. Hier hat die Zivilgesellschaft den Flüchtlingen sehr geholfen, sich angekommen zu fühlen. Kinder und Eltern werden in die Stadtgemeinschaft integriert und es entwickeln sich Freundschaften – und Proteste bei Abschiebungen.

Das Gespräch führte Simone Rafael.

Geflüchtete auf Augenhöhe einbeziehen

In den letzten Monaten wurde viel geschrieben über die Einrichtung neuer Unterkünfte für Geflüchtete, die in Deutschland Asyl suchen. Häufig lag das Augenmerk dabei auf den »Befindlichkeiten« der lokalen Bevölkerung. Kaum zu Wort kamen allerdings die Flüchtlinge selbst.

Von Joschka Fröschner

Die derzeitige Asyldebatte in Deutschland wird von zwei Fragen bestimmt: Zum einen geht es um die Thematisierung von Ängsten, die mit einer Veränderung des eigenen Umfelds einhergehen, und die Neonazis teilweise erfolgreich für ihre Hetze instrumentalisiert haben. Zum anderen wird die Möglichkeit diskutiert, Weltoffenheit praktisch in die Tat umzusetzen. Beide Punkte betreffen alleine die Perspektiven der lokalen Bevölkerung. Dass die Geflüchteten, die soeben in Heime eingezogen sind, nach traumatischen Erfahrungen von Flucht und Protest bei ihrer Ankunft nicht öffentlich politische Forderungen stellen, ist wenig verwunderlich. Es gibt gleichwohl viele Geflüchtete, die in Bündnissen ihre Stimme erhoben haben. Hier ist u.a. der »Refugee Strike« zu nennen, der im vergangenen Jahr mit Protestzelten und Protestmärschen von Bayern ausgehend seinen Anfang nahm.

Eigenständige Proteste von Flüchtlingen

Genauso gibt es aber Gruppen, die jenseits dieser Protestbewegung im Alltag der Flüchtlinge aktiv sind, wie etwa »Refugees Emancipation« in Brandenburg, die Kampagne »Stop It!« in Mecklenburg-Vorpommern oder die Flüchtlingsinitiative Wittenberg in Sachsen-Anhalt. Geflüchtete selbst organisieren füreinander Sprach- und Computerkurse, geben Selbsthilfe- und Orientierungsworkshops um einander über ihre Rechte aufzuklären, schaffen Bildungsangebote und Möglichkeiten, durch das Internet die Isolation zu bekämpfen. Asylsuchende auf Augenhöhe einbeziehen kann also nicht heißen, dass Geflüchtete erst durch die Hilfe der deutschen Bevölkerung zu Akteur/innen werden. »Auf Augenhöhe« muss heißen, Geflüchtete als eigenständig Handelnde mit eigenen Zielen und Vorstellungen über den Weg dorthin zu akzeptieren. »Einbeziehen« kann bedeuten, die von ihnen geschaffenen Organisationen zu unterstützen, anstatt zu erwarten, dass sie sich in bestehende einfügen. Vor allem aber ist es wichtig zu begreifen, dass »Einbeziehen« zunächst erfordert, Kontakt miteinander auf einer ganz alltäglichen Ebene aufzubauen. Um diesen Kontakt zu schaffen engagieren sich Geflüchtete bundesweit.

Im Fokus stehen also Aktivist/innen, die nicht etwas für Andere fordern, sondern für ihre Rechte als Geflüchtete einstehen, ihre eigenen Ziele formulieren, und die ihrem Protest die Form des Ausdrucks verleihen, die sie für richtig halten. Dies ist allerdings nicht erst so, seitdem sich die Non-Citizens des »Refugee Struggle for Freedom« von Würzburg aus auf den Weg machten. Flüchtlingsinitiativen haben sich auch schon in den vergangenen Jahrzehnten organisiert, gegen Residenzpflicht und für die Schließung von Heimen gestritten. Auch das Karawane-Netzwerk spielt für die Selbstorganisation von Geflüchteten eine wichtige Rolle – im April 2013 gründete sich auch die »Karawane Flüchtlingsfrauenbewegung«.

Trotz aller Unterschiede: Gemeinsam aktiv werden

Um den Anspruch einander auf Augenhöhe zu begegnen verwirklichen zu können, darf nie in Vergessenheit geraten, dass die Flucht und Asylsuche alleine nicht die Identität eines Menschen beschreiben kann. Jede/r Geflüchtete hat ihre/seine eigenen Lebenserfahrungen, Flucht-, Vertreibungsgründe und Fluchtbiografie. Geflüchtete unterscheiden sich in ihrem Alter, Aufenthaltsstatus, Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung, wodurch sich unterschiedliche Problemstellungen ergeben. Beispielsweise ist es für Menschen, die sich ohne behördliche Registrierung in Deutschland aufhalten, kaum möglich auf Demonstrationen zu gehen und auf ihre Situation als Illegalisierte aufmerksam zu machen.

Allerdings schaffen die Erlebnisse in Deutschland auch Berührungspunkte, auf denen das gemeinsame Engagement fußt, egal ob in Berlin, Parchim oder Boizenburg. So ist es kein Zufall, dass der Protestmarsch nach Berlin in Würzburg startete. Dort erhängte sich im Januar 2012 der 29-jährige geflüchtete Mohammad Rahsepar. Genauso wenig kann es überraschen, dass sich gerade in Bitterfeld Asylsuchende zusammengefunden haben, um gegen den Zustand ihrer Unterbringung und ihre Isolation zu protestieren: »Diese Lager tragen zu unserer Zerrüttung und Traumatisierung bei, ungeachtet der psychischen Krankheiten, die uns im Landkreis zugefügt wurden«, formulierten es die Flüchtlinge von Bitterfeld in einer Presseerklärung. Vom Heim benötigen die Bewohner/innen 30 Minuten zum nächsten Bahnhof, es gibt Rassismus-Vorwürfe gegen die Heimleitung, und die medizinische Versorgung im Umkreis ist so schlecht, dass die Bewohner/innen der Unterkunft in Bitterfeld hierin einen Grund für den Tod ihres Mitbewohners Saizon Cosmo sehen.

Die Ziele und Forderungen, bei allen lokalen Unterschieden, gleichen sich bei fast allen Geflüchteten. Immer wieder wird die Isolation durch die Unterbringung betont, ebenso wie der Wunsch, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen. Dies äußert auch Touré Dramane von der Flüchtlingsinitiative Wittenberg: »Vor allem zählt die Präsenz [von Unterstützer/innen] in den Lagern und auf den Protestcamps. Einerseits, weil es die Aufmerksamkeit von anderen Deutschen auf sich zieht, andererseits können sie direkt mit den Flüchtlingen in Kontakt kommen und ihre Lebensbedingungen kennen lernen. Diese Erfahrungen kann man dann weiter verbreiten, damit andere merken, dass die Infos, die sie von anderer Seite haben, einfach nicht stimmen.«

Can't be silent

2011 besuchte Heinz Ratz, Sänger der Gruppe »Strom & Wasser«, 80 Flüchtlingsheime in Deutschland und traf dabei auf herausragende Talente. Beeindruckt vom musikalischen Können der Künstler/innen beschloss der Liedermacher ein gemeinsames Projekt mit den Flüchtlingen. Doch bei der Vorbereitung der CD und der Organisation einer anschließenden Tournee wurden die rechtlichen Hürden für die Asylsuchenden deutlich. Ihre alltäglichen Schwierigkeiten und Schicksale stehen im Mittelpunkt des Films »Can't be silent«, produziert von der Journalistin Julia Oelkers, welche die Band »Strom & Wasser feat. The Refugees« auf ihrer »Lagerfeuertour« begleitete. Seit August 2013 reist der Film durch die Kinos, seine Protagonisten/innen feiern beachtliche Erfolge und haben internationale Aufmerksamkeit erzeugt – und dennoch müssen sie jeden Tag Angst vor der Abschiebung haben.

Der »Neue Visionen Filmverleih« in Berlin stellt die Dokumentation interessierten Gruppen und Vereinen für nicht kommerzielle Veranstaltungen gerne zur Verfügung. Mail an: info@neuevisionen.de

Heike Ruhl

Auch der Stopp von Zwangsdeportationen und die Kritik an Gesetzen sind Teil der Agenda der Geflüchteten. Das »The VOICE Refugee Forum« nennt zudem alltäglichen und behördlichen Rassismus, rassistische Polizeikontrollen und den Protest gegen Menschenrechtsverletzungen in Heimatländern und in Deutschland als wichtige Eckpfeiler und Grund seines Engagements.

Selbstbewusstsein durch Selbstorganisation

Die Geschichte der Selbstorganisation von Geflüchteten und der Proteste zeugen von der Kreativität, dem Mut, und der Ausdauer aller Beteiligten. Denn politisch aktiv zu werden zieht häufig den Widerstand von Heimleitungen, Angriffe durch Nazis oder Repression durch Behörden nach sich. Durch den Aktivismus haben sich Geflüchtete befähigt, Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein zu gewinnen, sich gegenseitig über ihre Rechte aufzuklären und einander zu unterstützen. Auch die Camps von Geflüchteten, die nicht nur in Berlin-Kreuzberg, sondern bundesweit von Passau bis Bramsche-Hesepe entstanden sind, erfüllen diesen Zweck und eröffnen die Möglichkeit des Kontakts untereinander und mit der deutschen Zivilgesellschaft: »Ja [wir haben mehr Selbstbewusstsein], weil, vorher kannte uns wirklich keiner. Wir waren total isoliert und jetzt durch dieses Treffen sind wir rausgekommen aus den Lagern. Und wir kannten auch vorher nicht die Regeln und die Gesetze hier in Deutschland. Und wir haben jetzt einfach auch keine Angst mehr, weil wir uns besser auskennen. Wir haben aber schon festgestellt, als wir versucht haben, uns zu mobilisieren, und als wir auch mit anderen Asylbewerbern sprachen aus anderen Lagern, dass viele Angst haben und sich nicht raus trauten, weil sie auch ihre Rechte nicht kennen. Und immerhin ist es jetzt so, dass wir uns für den Kampf auch besser organisiert haben«, beschreibt Mohammed vom Camp in Kreuzberg diese Entwicklung in einem Beitrag von »Deutschlandradio Kultur«. Bundesweit sind im vergangen Jahr zehntausende Menschen den Aufrufen von Geflüchteten und Unterstützer/innen gefolgt und sind auf die Straße gegangen, um für Flüchtlingsrechte und gegen das europäische Asylsystem zu protestieren.

Angesichts des widrigen Umfelds und den erfahrenen Traumatisierungen vor und nach der Flucht, ist es mehr als angebracht, den Geflüchteten für ihren Mut Respekt zu zollen, ihnen zuzuhören und sie bei ihren Aktionen zu unterstützen – sie eben als Akteur/innen auf Augenhöhe einzubeziehen.

Nicht jede/r kann und will sich mit der Lage abfinden, warten zu müssen, ohne selbst etwas bewirken zu können. In Würzburg startete der Refugee Protestmarsch nach Berlin.
© Chris Grodotzki

Nach der Anerkennung

Geht es um die Situation von Flüchtlingen, scheint die Aufenthaltsgenehmigung das zentrale Problem. Dabei stehen auch Menschen mit legalem Status vor großen Hindernissen – obwohl sie nun die Möglichkeit haben, eine eigene Wohnung und einen Job zu suchen, stoßen sie nicht nur erneut auf Vorurteile und Ablehnung, sondern auch auf alltägliche Probleme. Anna Brausam hat einen syrischen Flüchtling begleitet – ihr Bericht dokumentiert Diskriminierung auf unterschiedlichsten Ebenen.

Von Anna Brausam

Zehn Quadratmeter. So »groß« war das Zimmer, das sich Nabil* mit einem vollkommen fremden Menschen teilen musste, als er nach einer dramatischen Flucht von Syrien nach Deutschland kam, um hier Asyl zu beantragen. Keine Privatsphäre, keine Möglichkeit, sich mit seinen traumatischen Erlebnissen auseinanderzusetzen – und keine Chance, sich zu bewegen: Nabil war nach dem »Königsteiner Schlüssel« per Zufall in einer 6.000-Seelen-Gemeinde in Bayern gelandet. Hier gilt – als einzigem Bundesland neben Sachsen – noch die Residenzpflicht. Für Nabil war diese Zeit sehr bedrückend, hat er als Journalist in Syrien doch bereits mit internationaler Presse zusammengearbeitet und ist daher viel gereist. »Ich fühlte mich eingesperrt und alleine. Niemand wollte mit mir sprechen. Traf man auf der Straße auf Anwohner, vermieden sie stets Augenkontakt. Kein einziges Mal wurde ich gegrüßt«, so der Syrer. Zahlreiche Geschichten hat er in dieser Zeit erlebt, die ein Zeugnis dafür sind, dass Geflüchtete vielerorts keine Willkommenskultur erleben. Da wurde beispielsweise die Polizei aus der 20 Kilometer entfernten Stadt gerufen, weil sich ein Flüchtlingskind im Nachbargarten eine Weintraube vom Strauch gepflückt hatte. Da wurde die Heimleitung angewiesen, Vorhänge anzubringen, damit sich die Nachbar/innen nicht vom heraus scheinenden Licht der Flüchtlingsunterkunft geblendet fühlten. Nein, Willkommenskultur sieht tatsächlich anders aus. Als Nabil schließlich den Status eines politischen Flüchtlings mit einer Aufenthaltsgenehmigung von drei Jahren bekam, hielt ihn nichts mehr in der bayerischen Gemeinde.

Er ging nach Berlin, um dort alte Freunde wieder zu treffen, beruflich Fuß zu fassen und sich nach Monaten der fehlenden Privatsphäre schließlich einen Rückzugsort zu suchen. Doch was er dort erlebte, erfahren viele Geflüchtete mit Anerkennungsstatus: Diskriminierung auf unterschiedlichen Ebenen.

Man spricht deutsch – Diskriminierung in staatlichen Behörden

Sei es in der Ausländerbehörde, im Einwohnermeldeamt oder im Jobcenter: Immer wieder treffen dort Menschen auf hohe Hürden und insbesondere Sprachbarrieren. In vielen Behörden Deutschlands werden zwar mittlerweile Wörterbücher auf Computern installiert, um spezielle, amtsdeutsche Vokabeln ins Englische zu übersetzen – es gibt aber immer noch eine Vielzahl von Ämtern, wie etwa jüngste Beispiele der Ausländerbehörden in Nürnberg und Berlin zeigen, in denen Ausländer/innen mit der Aufforderung »Nur Deutsch!« begrüßt werden. Für Geflüchtete, die während ihres laufenden Asylverfahrens keinen Anspruch auf einen Deutschkurs haben, ist dies besonders fatal. Ihnen ist es kaum möglich, allein ihren Alltag zu bestreiten. Für Behördenbesuche müssen sie im Glücksfall auf deutschsprachige Freund/innen und ehrenamtlich Engagierte zurückgreifen oder von ihren bereits knappen finanziellen Ressourcen ein/en Dolmetscher/in buchen, da sich die Sachbearbeiter/innen weigern, mit ihren Klient/innen englisch zu sprechen. »Einmal habe ich niemanden gefunden, der mich zum Jobcenter begleiten konnte. Da musste ich mit einem Dolmetscher gehen, der mich 100 Euro gekostet hat«, erzählt Nabil. Durch dieses fehlende Serviceangebot in Ämtern werden Geflüchtete um die Möglichkeit gebracht, ihre Angelegenheiten selbstbestimmt zu regeln.

»Jobcenter?! Nein, solche Mieter wollen wir nicht.«

Doch auch bei der Wohnungssuche werden geduldete und anerkannte Geflüchtete mehrfach diskriminiert. Hier stoßen sie nicht nur auf Ressentiments aufgrund ihrer Herkunft – viele Vermieter/innen begegnen ihnen mit Misstrauen, da ihr Aufenthalt in Deutschland nur begrenzt ist und die Mietzahlungen in vielen Fällen vom Jobcenter geleistet werden. Über 60 Wohnungen hat Nabil in Berlin besichtigt. Immer wieder hörte er denselben Satz: »Jobcenter?! Nein, solche Mieter wollen wir nicht.« Auf Nachfragen nach dem Grund für diese Vorbehalte berichtet ein Vermieter unverblümt: »Das wissen wir doch alle, dass sich diese Hartz IV-Empfänger ihre Miete vom Jobcenter auszahlen lassen, um sich davon Schnaps und Zigaretten zu kaufen und wir als Vermieter bleiben auf den Mietschulden sitzen.« Es sind Vorurteile wie diese, die eine Wohnungssuche enorm erschweren. Über ein halbes Jahr hat Nabil gesucht, bis er schließlich eine Wohnung gefunden hat, die nicht nur bezahlbar war, sondern bei der insbesondere die Mietzahlung durch das Jobcenter akzeptiert wurde. Und dennoch zeigt es, dass Engagement und Anteilnahme für Geflüchtete bei der Anerkennung nicht enden darf. »Viele Freunde und Freiwillige haben mich bei der Wohnungssuche unterstützt. Ohne deren Einsatz wäre ich heute wohl noch wohnungslos«, sagt Nabil.

Auf diese Probleme stoßen viele Flüchtlinge, die zwar den Anerkennungsstatus haben und damit eine eigene Wohnung beziehen können, aber einfach keine finden. Immer wieder müssen einige über mehrere Jahre in einem Flüchtlingsheim leben, das eigentlich nur als Übergangslösung gedacht ist. Wenn die Plätze in der

Asylsuchende können sich ihren Wohnort und die Art der Unterbringung nicht aussuchen. Auch Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis bekommen aufgrund rassistischer Ressentiments nur schwer eine Wohnung. *© Chris Grodotzki*

Sammelunterkunft dann jedoch für neue Asylsuchende benötigt werden, werden anerkannte Geflüchtete oftmals in Obdachlosenheimen untergebracht. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund braucht es Sozialarbeiter/innenstellen bei freien Trägern, die vom Land finanziert werden, um eine gezielte Unterstützung bei der Wohnungssuche anzubieten. Denn nicht jeder anerkannte Flüchtling wie Nabil hat das Glück bereits über ein so großes Netzwerk von Freund/innen zu verfügen, die ihn tatkräftig unterstützen. Hierfür müssen auch Verhandlungen über Wohnungskontingente mit Wohnungsgesellschaften ausgeweitet werden, um anerkannten Asylsuchenden die Wohnungssuche zu erleichtern.

Engagement für Flüchtlinge auch nach der Anerkennung

Weil Vorurteile und Diskriminierung mit der Anerkennung nicht enden, darf auch das Engagement für Flüchtlinge und das Interesse an ihrer Lebenssituation nicht enden. Um ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, in dem sie ihren Alltag eigenständig bestreiten, braucht es die entsprechenden Strukturen auf staatlicher wie gesellschaftlicher Ebene. So müssen von staatlicher Seite sprachliche Hürden in Behörden abgebaut und Wohnungskontingente aufgestockt werden. Doch auch die Gesellschaft steht in der Pflicht, ein Zeichen des Willkommens zu setzen. Dabei geht es nicht um paternalistische Hilfe, also Bevormundung, denn Geflüchtete sind sehr gut darin, Netzwerke in Form von Hilfe zur Selbsthilfe aufzubauen. »Wir sind mittlerweile eine Gruppe von zehn Syrern. Wir helfen uns beim Einrichten der Wohnung gegenseitig. Dabei halten wir Ausschau nach günstigen Möbeln und treffen uns dann zum gemeinsamen Aufbau«, berichtet Nabil. Was Flüchtlinge jedoch brauchen, sind Menschen, die ihnen vorurteilsfrei begegnen, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, in Deutschland ein neues Leben aufzubauen.

**Name von der Redaktion geändert*

Die Situation syrischer Flüchtlinge

Seit Beginn des Bürgerkriegs im März 2011 sind über zwei Millionen Menschen aus Syrien geflohen. Innerhalb Syriens ist die Anzahl der Menschen, die auf der Flucht sind, noch einmal doppelt so hoch. Zeitweise flohen täglich zwischen 5.000 und 10.000 Syrer/innen in die Nachbarländer Libanon, Jordanien, Türkei, Irak und Ägypten. Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL schätzte die Zahl der nach Deutschland geflohenen Syrer/innen bis Ende 2013 auf circa 30.000, die hier »mit diversen Aufenthaltstiteln« leben. Im März 2013 entschieden Bundes- und Länderinnenminister, ein Kontingent von 5.000 syrischen Flüchtlingen aufzunehmen - begrüßenswert, aber ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Herbst folgten Aufnahmeregelungen für Familienangehörige von Syrer/innen in Deutschland, die aber aufgrund hoher Hürden von vielen nicht genutzt werden konnten. Die Auswahlaktion des UNHCR, über die seit Mai 2013 bis zu 5.000 in Libanon registrierte Schutzbedürftige nach Deutschland kommen sollen, ist indes abgeschlossen, noch sind aber längst nicht alle Aufzunehmenden eingereist (1676 Personen bis 5.12.2013). Ein zweites Aufnahmekontingent von 5.000 wurde im Dezember 2013 beschlossen. Weil auch das absehbar kaum ausreichen wird, um auch nur die Angehörigen von hier Lebenden in Sicherheit zu bringen, geht die politische Diskussion um die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen weiter.

Save Me – Flüchtlinge aufnehmen

»Save me« setzt sich dafür ein, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, ohne dass diese auf eigene Faust den gefährlichen Wenig nach Europa wagen müssen.« (Selbstbeschreibung)

Vom Bayerischen Flüchtlingsrat und PRO ASYL ins Leben gerufen sowie von zahlreichen unabhängigen und lokalen Organisationen unterstützt kann die Kampagne »Save Me – eine Stadt sagt ja« 2011 ihre ersten Erfolge verzeichnen. Erstmals werden in Deutschland Flüchtlinge über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen aufgenommen. Das Programm sieht die jährliche Neuansiedlung von Flüchtlingen vor: Die Zahl neuangesiedelter Flüchtlinge ist in Deutschland mit 300 Personen noch recht gering, weshalb die Kampagne auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene energisch fortgesetzt wird. Die Teilnehmenden der Kampagne – Städte, Organisationen und Einzelpersonen – wollen die Basis für eine Bewegung von unten schaffen, die sich der umstrittenen Asylpolitik der Bundesregierung entgegenstellt. In zahlreichen Städten haben sich die Gemeinderäte bereits zur Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort bekannt. Ihre Ziele sind die Neuansiedlung von Asylsuchenden, die Stärkung ihrer Rechte und die Schaffung von Willkommensstrukturen.

Einzelne Personen können sich in den »Save Me«-Initiativen vor Ort in der Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für die Thematik oder auch als Paten und Patinnen engagieren. Viele »Save Me«-Gruppen haben die Einbindung engagierter Ehrenamtlicher in die Aufnahme von Flüchtlingen gezielt organisiert. Sie leisten Hausaufgabenhilfe, machen Stadtführungen, Pat/innen und Flüchtlinge kochen gemeinsam und vieles andere. Um die lokalen Gruppen zu unterstützen, hilft PRO ASYL bei der Einrichtung von Internetpräsenzen wie auch durch die Bereitstellung von Online-und Printinformationen. Zwar verfolgt die »Save Me«-Kampagne einen einheitlichen Webauftritt, um die bundesweite Stärke der Initiative zu demonstrieren, doch die Arbeit vor Ort kann und soll den konkreten Bedürfnissen und Eigenheiten angepasst sein.

Heike Ruhl

An vielen Orten organisieren sich Geflüchtete, um einander durch Erfahrungs- und Wissensaustausch das Ankommen zu erleichtern. Ein Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg.

© Chris Grodotzki

»Asylsuchende werden als rechtlose, als illegale Menschen betrachtet«

Prof. Dr. Andreas Zick ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Der Forscher arbeitet unter anderem seit 2002 an der Langzeitstudie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit. Im Gespräch mit Laura Piotrowski erläutert er die gesellschaftliche Grundlage und die sozialpsychologischen Dynamiken der aktuellen Feindschaft gegenüber geflüchteten Menschen.

Wenn im Folgenden von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) die Rede ist, meint das die Abwertung von Menschen aufgrund der Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe. Ein Phänomen, das nicht nur in rechten Kreisen zu verorten ist, sondern sich durch die gesamte Gesellschaft zieht. Dies umfasst die Bereiche Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Homophobie, Sexismus, Feindlichkeit gegenüber Behinderten, wohnungslosen Menschen, Asylsuchenden und Arbeitslosen.

Piotrowski: Wie weit verbreitet ist menschenverachtendes Gedankengut im Alltag?

Zick: Seit 2002 messen wir in der Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Einstellungen in Deutschland. Dabei erheben wir repräsentativ und können sagen: Das Ausmaß von menschenverachtendem Gedankengut ist quer durch alle Bevölkerungsgruppen verteilt, egal ob alt oder jung, arm oder reich. Im Zeitverlauf sind manche Einstellungen zurückgegangen, wie Sexismus und Homophobie. Aber wir haben einen deutlichen Anstieg von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit oder der Abwertung von Langzeitarbeitslosen zu verzeichnen. Besonders deutlich zeigt sich das bei den Befragten mit mittlerem bis höherem Einkommen, hier ist die Zustimmung zu Aussagen wie »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken« enorm gestiegen. Seit der Finanzkrise ist Menschenverachtung fest in der Mitte der Gesellschaft verankert. Die soziale Entsicherung ist eine wesentliche Grundlage für Menschenfeindlichkeit.

Als neue Elemente prüften wir im Jahr 2011 die Abwertung von Asylsuchenden sowie von Sinti und Roma. Beide Themen geraten durch die derzeitige politische Entwicklung in Nordafrika und die EU-Osterweiterung in den Fokus. Aktuell ist eine stärkere Zuwanderung aus diesen Gebieten zu verzeichnen. In der deutschen Bevölkerung schlägt sich das sehr kritisch nieder. Hier stimmt fast die Hälfte der Menschen der Aussage zu »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrer Heimat verfolgt zu werden.« Ebenso denkt fast die Hälfte der Menschen »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.«

Aus welchen Gründen steigt die rassistische Ablehnung, von der ja die Ablehnung Asylsuchender ein Element ist?

Wir müssen uns eher fragen, warum etwas nicht ansteigt. In Bezug auf Sexismus und Homophobie streben alle gesellschaftlichen Ebenen Diskriminierungsschutz an. Es gibt langjährige Programme und eine verstärkte Sensibilisierung. Hier greifen gesellschaftliche Schutzmechanismen.

Dahingegen zeigt sich ein Anstieg der Feindlichkeit gegenüber Minderheiten, wie Behinderten, wohnungslosen Menschen, Asylsuchenden oder eben Sinti und Roma. Diese Gruppen sind gesellschaftlich weniger geschützt und in der Meinung Vieler auch weniger wert. Allein ein Drittel der Bevölkerung beurteilt Menschen nach ihrem ökonomischen Mehrwert. Und auch hier zeigt sich durch die Wirtschaftskrise ein Anstieg. Menschen reagieren individuell auf Krisenprozesse, machen persönliche Desintegrationserfahrungen, es kommt zu sozialer Entsicherung. Das ist nach jeder Wirtschaftskrise so. Sobald es wieder etwas zu verteilen gibt, steigt die Angst, selbst nichts zu haben oder seinen gesellschaftlichen Status zu verlieren. Zum Beispiel in der bürgerlichen Mitte kommt es zu einer Abwertung derer, die an den Ressourcen Teil haben wollen, wie Bildungsaufsteiger mit Migrationshintergrund. Neben den Desintegrationserfahrungen erleben viele auch eine Orientierungslosigkeit, die sie nach Autorität verlangen lässt. Im autoritären Denken geschieht dann eine Abwertung von Abweichlern, von Personen, die anders als die gesellschaftliche Norm sind.

Wie sind nun aber die Ausschreitungen und wochenlangen Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen einzuordnen?

Hier wiederholt sich die Flüchtlingsdebatte aus den 1990er Jahren. Es gibt massive Vorurteile gegen angebliche Wirtschaftsflüchtlinge. Die negativsten Einstellungen kommen aus den höchsten Bildungsschichten. Das ist paradox! Normalerweise tritt bei den hoch Gebildeten der Effekt ein, dass sie wissen, ob eine Frage auf Rassismus abzielt – und dann sozial erwünscht antworten. Aber in Bezug auf Asylsuchende und Roma zeigt sich das gar nicht. Besonders diese beiden Gruppen werden als rechtlos, als illegal betrachtet und sind so in der sozialen Hierarchie auf der untersten Stufe. Wer als rechtlos betrachtet

wird, ist auch schutzlos. Das erleichtert Vorurteilsbildung und auch Angriffe auf diese Menschen. Ein Vorurteil ist dann besonders hart, wenn es sich selbst legitimiert. Wir haben hier eine Art Kreislauf: Jemand wird vom Staat rechtlos gemacht, dadurch ist er schutzlos, die Gesellschaftsmitglieder nehmen ihn als rechtlos wahr und behandeln ihn dann eben auch wie eine illegitime Person. Außerdem betreffen diese Vorurteile eine ungemein heterogene Gruppe. Das lädt zu starker Verallgemeinerung ein. Hier fehlen besonders Kontakte und Erfahrungen mit den Betroffenen. Die meisten Menschen, die Vorurteile gegen Flüchtlinge haben, kennen selbst niemanden aus dieser Gruppe persönlich. Ein weiteres großes Problem ist die gesonderte Unterbringung von Asylsuchenden. Wenn Menschen an bestimmten Orten konzentriert werden, wirken sie besonders marginalisiert und sind so schutzloser, man stimmt dann viel leichter Diskriminierungshandlungen zu. Die Menschenfeindlichkeit gegenüber Flüchtlingen reproduziert so, was staatlicherseits vorgegeben wird. Und dann greifen auch gesellschaftliche Schutzmechanismen nicht.

Wie zeigt sich das konkret, zum Beispiel im sächsischen Schneeberg?

Wenn eine Kommune schlecht auf die Aufnahme von Flüchtlingen vorbereitet ist, gestaltet sich der Prozess als unkontrolliert, unklar und ungeschützt. Die Politik wirkt, als ob sie nicht funktionieren würde, überfordert wäre. Allgemein wird Flucht immer als eine Belastung, als ein Problem für unsere Gesellschaft kommuniziert. Medial und auch politisch vermittelte Bilder von einer sogenannten »Flüchtlingsflut« oder »Armutseinwanderung« sind von vornherein negativ und erleichtern die Stereotypenbildung auf der individuellen Ebene. Menschen, die gegen Flüchtlinge eingestellt sind oder einfach, wie ein größerer Teil der Bevölkerung, dazu noch unentschlossen sind, kann man dann leichter beeinflussen. Sie fühlen sich von den staatlichen Institutionen allein gelassen und desinformiert, das kann eine gesellschaftliche Normalisierung der persönlichen Stereotype bewirken. Dazu fehlt das Vertrauen in die etablierten Institutionen, das zeigt sich genauso an den Ausrufen in Schneeberg, wie der Forderung nach einem Bürgerentscheid. In dieser Vertrauenskrise der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat liegt das Radikalisierungspotential. Eine unzufriedene Masse lässt sich von Meinungsmachern radikalisieren, rechte Propaganda kann genau hier wirksam werden. Und so kommt es, dass sich mehr als 1.500 Menschen den Nazis anschließen, um in ihrem Ort eine Demonstration gegen Flüchtlinge zu machen, mit denen sie eigentlich gar nichts zu tun haben.

Bei diesen menschenfeindlichen Einstellungen zeigen sich dann verschiedene Reaktionen der Institutionen: Marginalisierung, Separation, Abschiebung oder Assimilation. Betrachtet man die staatliche Seite muss man sagen: Das Vorurteil steuert das Integrationskonzept und nicht umgekehrt. Flüchtlinge werden eben am Stadtrand in einer alten Kaserne untergebracht, wie in Schneeberg. Sie werden separiert und marginalisiert. Das wiederum bestärkt die Vorurteile der Bevölkerung, auch wenn sie bar jeder Grundlage sind. Das zeigt sich derzeit übrigens in vielen Kommunen, nicht nur in Schneeberg.

Wenn die Analyse diesbezüglich so klar ist, welche Lösungen können Sie vorschlagen?

Wir brauchen eine klare staatliche Linie für die Aufnahme von Flüchtlingen. Asyl ist ein Menschenrecht. Dazu bedarf es einer umfassenden Integrationsarbeit. Es ist enorm wichtig, auch wenn die Menschen wieder abgeschoben werden sollten. Aber für die Zeit, in der sie da sind, müssen sie in die Gesellschaft integriert werden. Mit einem guten Integrationskonzept lassen sich Vorurteile abbauen, dazu gehören Deutschkurse für die Eingewanderten, damit sie sich verständigen können. Außerdem macht dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden Sinn. Das zeigt sich nicht nur in Deutschland, auch in einem Land wie Italien, das sehr viele Flüchtlinge aufnehmen muss. In einer italienischen Stadt wurden alle Flüchtlinge dezentral untergebracht – als Rechte gegen die Flüchtlinge demonstrieren wollten, mussten sie vor das Rathaus der Stadt ziehen. Das Fehlen einer zentralen Flüchtlingsunterkunft zerstörte die Mobilisierung, es gab keinen Kristallationsort mehr für den Protest. Auch in Deutschland müssen Flüchtlinge rein in die Nachbarschaft, es muss eine Kommunikation zwischen den Menschen entstehen. Bekanntermaßen lassen sich mit Hilfe von Kontakten Vorurteile abbauen. Und die Desorientierung sollte auf beiden Seiten abgebaut werden. Die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft brauchen eine feste Orientierung und gute Informationen, auf Seiten der einwandernden Flüchtlinge sollte Sozialarbeit die Integration der Menschen begleiten.

Wichtig ist auch die staatliche Seite. Stadträtinnen und Stadträte sollten ansprechbar für Fragen sein, sich aktiv beteiligen. Besonders belastete Kommunen sollten mehr Geld vom Land erhalten, um eine gute Unterbringung und Integration zu gewährleisten. Wir brauchen auch eine positivere Berichterstattung, besonders der lokalen Medien. Und durch das gemeinsame Handeln von kommunaler Verwaltung, kommunaler Politik und Zivilgesellschaft müssen und können Raumergreifungsstrategien der Gegnerinnen und Gegner der Flüchtlingsaufnahme im Vorfeld verhindert werden.

Öffentlichkeit für jene, die sonst nicht gehört werden

Spätestens seit dem Sommer 2013 ist »Lampedusa in Hamburg« bundesweit bekannt. Das Ziel der Gruppe von Geflüchteten: lautstark auf ihre Lebensumstände aufmerksam machen. Die Solidarität mit den Flüchtlingen ist enorm, ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis unterstützt die Gruppe.

Weil die Aufmerksamkeit für politische Forderungen nach einer kurzen Welle der Empörung meist schnell wieder abebbt, haben sich Prominente zu einer medienwirksamen Aktion entschlossen. Bekannte Bands und Einzelpersonen haben sich mit dem Slogan »Wir sind Lampedusa« ablichten lassen und eine Plakatkampagne gestartet. »Es ist an uns, den Druck auf die Politik weiter aufrecht zu erhalten, um das zu ändern«, erklären die Beteiligten. »Das geht nur über die Öffentlichkeit.«

Oft scheitert die Umsetzung von Forderungen aus der Zivilgesellschaft an der fehlenden dauerhaften Aufmerksamkeit. Gerade wenn eine schnelle Lösung nicht in Sicht ist, braucht Engagement immer wieder neue Impulse der Ermutigung. Prominente können diese Aufmerksamkeit schaffen – und mit Solidaritätsbekundungen andere zum Handeln motivieren.

In Hamburg ist eine beeindruckende zivilgesellschaftliche Bewegung entstanden, die auf Lücken staatlichen Handelns hinweist. Im besten Fall aber verhindert die Kommune selbst, dass eine solche Lücke überhaupt entsteht. Dazu gehört auch, Rechtsextremen von Beginn an die Meinungshoheit streitig zu machen. Anwohnende, bei denen Unsicherheiten entstehen, weil Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft untergebracht werden sollen, dürfen ihre Antworten nicht bei Menschenfeinden finden.

Das Beispiel des Berliner Bezirks Treptow-Köpenick zeigt, wie das gelingen kann. In einem öffentlichen Aufruf bekennt sich der Bezirk »zu seiner Verantwortung, Heimat und Zuflucht für alle hilfesuchende Menschen zu bieten und sagt Willkommen«. In öffentlichen Veranstaltungen soll nicht nur informiert, sondern auch über Unterstützungsmöglichkeiten gesprochen werden. Getragen wird der Aufruf von politisch Verantwortlichen über Vereine aller Art bis hin zur lokalen Hochschule und Kirche. Diese verpflichten sich so zugleich, die Argumente der Rechtsextremen aufzulösen. Das Bekenntnis ist nicht nur Ausdruck der Solidarität, sondern vor allem eine klare Absage an menschenfeindliche Einstellungen. Es ist ein Zeichen des Willkommens: Hier sind Menschen, die euch ein Zuhause bieten möchten.
Die Plakate können bei plakataktion_hh@gmx.de bestellt werden. *Robert Lüdecke*

© Lampedusa in Hamburg

Offene Hetze und »bürgerliches« Auftreten: On- und Offline gegen Flüchtlingsunterkünfte

In der Diskussion um neue Flüchtlingsheime bilden sich besorgniserregende Allianzen, die fast schon einem Muster zu folgen scheinen: Pläne für eine neue Einrichtung werden bekannt, eine vermeintliche Bürgerinitiative gründet sich und hetzt gegen die Heime, in denen verfolgte, oft traumatisierte Menschen einen Platz bekommen sollen. Besonders die sozialen Netzwerke sind dabei zum Ort rassistischer Stimmungsmache geworden.

Von Lucia Bruns und Marie Moeller

Der Opferfonds CURA zählt 19 Flüchtlinge unter den Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt seit 1990. Die rassistisch motivierte Gewalt gegen Flüchtlinge weist eine Kontinuität in Deutschland auf. Besonders das Jahr 2013 zeigt die Brisanz der Hetze gegen Menschen, die hierzulande Schutz vor Krieg und Diskriminierung suchen: Das ARD-Magazin »Report Mainz« listete allein im Jahr 2013 21 Anschläge auf geplante oder bestehende Flüchtlings- und Romaunterkünfte auf, sieben davon wurden nach Angaben der Amadeu Antonio Stiftung mit Brandbeschleunigern begangen. Die Stiftung zählte hundert Demonstrationen und Kundgebungen gegen geplante Unterkünfte, ein Großteil davon wurden von der NPD oder Akteur/innen der Freien Kameradschaftsszene organisiert. Die Gewalt und Gefahr zeigt sich nicht nur auf der Straße und in Zahlen, sondern ist auch im Internet zu beobachten: Die Präsenz der Proteste in den sozialen Netzwerken dient der Mobilisierung und Verbreitung. Egal ob in der Facebook-Gruppe »Schneeberg wehrt sich«, bei der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« oder bei der »Greizer Bürgerinitiative gegen ein Asylheim ‚am Zaschberg'«: Bürger/innen, die gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte sind, finden im Internet einen Ort, um rassistische Vorurteile zu artikulieren.

Aber auch offline ist die rechtsextreme Szene vielfältig präsent. Beispielsweise hat die NPD im Erzgebirge mit dem Lichtellauf gegen eine Flüchtlingsunterkunft an die Traditionen der Lichterketten angeknüpft, die ironischerweise sonst oft »Gegen Rechts« organisiert wurden. Nicht minder ironisch sind die rechten »Wir sind das Volk«-Rufe, die an die oppositionelle '89-Bewegung gegen die DDR erinnern sollen. Insgesamt sind auch viele kleinere Demonstrationen, die von der NPD längerfristig vorbereitet wurden, zu beobachten. Mehrere Landesverbände der NPD tingelten beispielsweise auf einer so genannten »Asyltour« durch verschiedene Orte und Städte, um dort Kundgebungen abzuhalten.

Das Asylthema ist vor allem für die NPD ein Glücksfall. Gerade in den letzten Jahren fehlten ihr die mobilisierenden Themen. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft die NPD das Thema Asyl verstärkt für ihre Zwecke zur rassistischen Mobilisierung nutzen wird. Und die Chancen stehen nicht ganz schlecht, dass sie damit erfolgreich sein könnte. Im unmittelbar angrenzenden Wahllokal an die Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf hat die NPD bei den letzten Bundestagswahlen beispielsweise mehr als zehn Prozent der Stimmen erreichen können.

Neonazis nutzen soziale Netzwerke als Propagandamedium

Das Internet nimmt für viele Menschen eine immer wichtigere Rolle ein. Vor allem Jugendliche verbringen einen Großteil ihrer Online-Zeit in den sozialen Netzwerken: Die ARD-ZDF-Onlinestudie sowie der (N) Online-Atlas zeigen: 97,5 Prozent aller 13- bis 18-Jährigen surfen täglich mehrere Stunden im Internet und verbringen 90 Prozent dieser Zeit auf Seiten von sozialen Netzwerken. Die Zeit im Internet gehört also zum festen Bestandteil des Alltags von Jugendlichen in Deutschland. Auch Neonazis wissen um die Bedeutung des Internets für die Verbreitung ihrer Ideologie und nutzen die sozialen Netzwerke als Propagandamedium. Mit eigenen Strategien versuchen Akteur/innen der extremen Rechten, im Internet unterschwellig ihre Weltanschauung an die User/innen zu bringen. Mit Kampagnen, die auf breite gesellschaftliche Resonanz stoßen, wollen Neonazis mit möglichst vielen Menschen in Kontakt treten. Besonders gerne werden dabei Themen benutzt, die eine mediale Aktualität aufweisen: So instrumentalisierte die NPD beispielsweise im Sommer 2013 die Hochwasser-Katastrophe in Ostdeutschland, indem sie Solidaritäts-Aufrufe in den sozialen Netzwerken startete und sich als »helfende Hand der Bevölkerung« inszenierte. Und auch die aktuellen Diskussionen und Auseinandersetzungen um (geplante) Flüchtlingsunterkünfte werden strategisch instrumentalisiert.

»Bürgerinitiativen« dienen als rassistische Tarnkappe

Als eine der größten Facebook-Seiten von Bürgerinitiativen dieser Art kann die »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« (nachfolgend BI-MH) betrachtet werden, die bis zu ihrer Löschung Ende November 2013 über 2.800 »Gefällt mir«- Angaben verfügte. Vieles spricht dafür, dass die selbsternannte Bürgerinitiative als Tarnkappe der Berliner NPD fungierte. Der erste öffentliche Flyer der BI-MH, der vor der Bürgerversammlung zur Flüchtlingsunterkunft im Juni 2013 an die Bürger/innen im Berliner Bezirk verteilt wurde, wies den Namen Thomas Crull als Verfasser im Sinne des Presserechts auf. Crull hatte 2011 bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus erfolglos für die NPD in Marzahn-Hellersdorf kandidiert. Aber nicht nur dieser Flyer deutet darauf hin, dass personale Verflechtungen der BI-MH mit der NPD bestehen. Auch eine Demonstration Ende September 2013 zeichnete ein deutliches Bild: Die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf hatte zu einer Demonstration unter dem Motto »Tag der Meinungsfreiheit« nach Hellersdorf mobilisiert. Dieser Einladung folgten etwa 60 Anwohner/innen, die den ersten Teil des Zuges bildeten. Im hinteren Teil der Demonstration versammelten sich stadtbekannte Neonazis, die das Anliegen der BI-MH unterstützten.

Menschenhass und rassistische Propaganda

Die Inhalte der Facebook-Seite der BI-MH waren menschenverachtend und extrem rassistisch. Die verwendeten Methoden der Verantwortlichen erinnerten an die Artikel und Texte auf den einschlägigen Seiten bekannter Neonazi-Gruppen. Flüchtlinge der Unterkunft in Marzahn-Hellersdorf wurden in den eigenen vier Wänden fotografiert und danach im Internet bloßgestellt – und somit jegliche Privatsphäre der Bewohner/innen zerstört. Sehr selektive Zeitungsartikel von »kriminellen Ausländern« sollten bestehende Vorurteile festigen. Die Verwendung einer antiziganistischen NS-Karikatur sowie eine Bildmontage der Unterkunft in Hellersdorf, die an die Ku-Klux-Klan-Bewegung erinnert, trugen Anfang Dezember 2013 zu der Löschung der Seite bei. Ermittlungsverfahren gegen Verfasser von Einzelbeiträgen sind nach Polizeieingaben eingeleitet worden. Auch der Berliner Verfassungsschutz beobachtet die BI-MH, da personelle Überschneidungen und propagierte Inhalte mit der lokalen NPD festzustellen seien.

Die Strategie der Bürgerlichkeit

Aber nicht überall benötigen organisierte Neonazis eine »Bürgerinitiative«, um Gehör bei der Bevölkerung zu finden. Gerade die Facebook-Gruppe »Schneeberg wehrt sich« fällt in diesem Zusammenhang auf: In der Gruppe, die über 3.700 Mitglieder hat (Stand Dezember 2013), präsentiert sich die lokale NPD vermeintlich »volksnah« und »demokratisch«. Administratoren der Gruppe sind u.a Rico Hentschel und Stefan Hartung, zwei NPD-Politiker aus dem Erzgebirge, die als wichtigste Protagonisten der Proteste gegen die Flüchtlingsunterkunft in Schneeberg auftreten. Das Internet bietet den perfekten Ort für die NPD, um sich »bürgernah« zu inszenieren: Mit ihren Profilen können sich NPD-Politiker durch entsprechende Fotos als »seriös« und »harmlos« darstellen. Gerade Neonazi-Frauen helfen der Szene bei dieser Strategie. Bekannte Neonazi-Aktivistinnen wie Maria Fank aus Berlin zeigen sich in den öffentlichen Diskussionen auf Bürgerversammlungen sowie in den Kommentarspalten der sozialen Netzwerke als angeblich besorgte Mütter, die wegen der Flüchtlingsunterkünfte Angst um ihre Kinder hätten. Damit profitieren sie nicht nur davon, dass Frauen als weniger politisch wahrgenommen werden, sondern äußern sich auch rassistisch zu Themen, die oft als privat oder unpolitisch gelten.

Anfeindungen gegen politische Gegner/innen bleiben dabei natürlich nicht aus. Menschen, die sich mit Flüchtlingen solidarisieren, egal ob Gewerkschaftler/innen, Sozialdemokrat/innen oder Antirassist/innen, werden gerne als »linke Gutmenschen« und »Krawallmacher« diffamiert und paradoxerweise für die angebliche »mediale Hetze« verantwortlich gemacht.

Soziale Netzwerke ermöglichen niedrigschwellige Kontaktaufnahme

Natürlich spiegeln die Inhalte in sozialen Netzwerken nur Vorurteile und Einstellungen wieder, die auch in der Offline-Welt existieren. Trotzdem können Facebook und Co. zur Aktivierung von rassistischen Bürgerprotesten beitragen. Durch Gruppen, Seiten oder Veranstaltungen können in kürzester Zeit und ohne viel Aufwand eine hohe Zahl an Menschen zu Protestaktionen angeregt werden. Die Kontaktaufnahme zu organisierten Neonazis auf Seiten wie »Schneeberg wehrt sich« gestaltet sich niedrigschwelliger als ein Besuch beim wöchentlichen NPD-Stammtisch. Durch die bewusst bürgerliche Inszenierung von privaten Neonazi-Profilen kann eventuell bestehendes Misstrauen gegenüber Ideologie und Person abgebaut werden.

Auch die Art und Weise, wie Diskussionen in Kommentarspalten geführt werden, verstärkt rassistische Vorurteile. Es werden immer wieder Themen wie »Deutschlandfeindlichkeit« oder die angebliche Gewalt von »Ausländern« auf die Tagesordnung gebracht, um auf die scheinbare Gefahr durch Flüchtlingsunterkünfte hinzuweisen. Diese werden als vermeintliches, gemeinsames Feindbild inszeniert in der Hoffnung, möglichst viele Anwohner/innen mit ihren Ängsten anzusprechen. Die Hetze soll so einen integrativen Charakter entfalten.

Protest und Solidarisierung auch im Internet

Wie in der Offline-Welt ist es auch im Internet und in den sozialen Netzwerken enorm wichtig, Stellung gegen Neonazis und ihre rassistische Mobilmachung zu beziehen. Es gibt kreative Beispiele wie Protest gegen rechtsextreme Facebook-Aktivitäten aussehen kann: Die Facebook- Seite »Hellersdorf hilft Asylbewerbern« reagierte schnell auf die menschenverachtenden Inhalte der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf«. Auf der Seite, die über 12.000 »Gefällt mir«-Angaben hat, wird nicht nur zu Protesten gegen die rassistische Bürgerinitiative aufgerufen, sondern auch für Spendenaktionen für die Bewohner/innen des Heims in der Carola-Neher-Straße geworben. Die Unterstützer/innen von »Hellersdorf hilft«, die sich klar gegen Rassismus positionieren, veranstalteten zudem Anfang Oktober 2013 eine große Solidaritätskette, um die zahlreichen Spenden in die Räume der Unterkunft zu bringen. Die Solidarität und Arbeit der Initiative zahlt sich aus: Die Helfer/innen wurden Ende Oktober mit dem Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus ausgezeichnet, der jedes Jahr vom Förderkreis »Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V.« gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin verliehen wird.

»Viele Schritte für das Willkommen«

Dieter Gadischke arbeitet seit 1986 als Kreisjugendwart der evangelischen Kirche im Kreis Barnim, vor allem in den Gemeinden Bernau und Eberswalde. Er hat die Initiative »Light me Amadeu« mitgegründet, in der sich jüngere und ältere Menschen aus Barnim in Erinnerung an Amadeu Antonio mit Rassismus auseinandersetzen. Anja Schwalbe sprach mit ihm über Möglichkeiten und Grenzen des Engagements für eine Willkommenskultur.

Schwalbe: Was treibt Sie persönlich an, sich für eine Willkommenskultur einzusetzen?

Gadischke: Vor dem Ende der DDR erlebten wir im Kontakt mit Vertragsarbeiter*innen, vor allem aus Mosambik und Vietnam, die offiziell propagierte »Internationale Solidarität«, den »Proletarischen Internationalismus« – einerseits. Und auf der anderen Seite den alltäglichen und strukturellen Rassismus, auch wenn wir ihn damals noch nicht so benennen konnten.

Der bis dahin unterdrückte und vertuschte offene Rassismus zeigte sich nach der Auflösung der DDR sehr brutal. Ehemalige Vertragsarbeiter*innen, Schwarze Deutsche, Flüchtlinge und Andere, die nicht in das menschenverachtende Weltbild von Nazis passten, wurden immer öfter attackiert. Nicht nur Nazis, auch »ganz normale« Biedermänner und Biederfrauen zogen über »die Ausländer*innen« her und schürten ein Klima der Ausgrenzung. Etliche Politiker*innen befeuerten besonders im Wahlkampf diese Stimmung, infolge deren auch das Asylrecht verschärft wurde.

Vor diesem Hintergrund bauten wir zusammen mit anderen demokratisch gesonnenen Menschen Kontakte zu Flüchtlingen auf, die vor allem in den unwirtlichen Heimen am Rande oder außerhalb der Orte lebten. Kontakte knüpfen, halten und politisch reflektieren, gegen Hass, Ausgrenzung und unwürdige Behandlung von Asylsuchenden protestieren gehört seither zum Profil der Evangelischen Jugendarbeit im Barnim. Unsere Angebote versuchen wir so zu gestalten, dass auch Heranwachsende mit Migrationsgeschichte sich beteiligen können.

Wie gestaltet sich die Situation inzwischen?

Unser Landkreis musste Ende 2012 ein neues Übergangswohnheim finden. Die Wahl fiel auf ein ehemaliges Internat in Wandlitz. Als bekannt wurde, dass dort 50 bis 80 Flüchtlinge ab Januar 2013 untergebracht werden sollen, gab es bei einem Teil besonders der nahe Wohnenden die »üblichen« Reaktionen: Sorge um Hab und Gut und Grundstückspreise, vorauseilende Gerüchte und Angst, pauschale Ablehnung, zahlreiche Ideen für anderweitige Unterbringung, nur nicht bei uns in der Nähe. An einer Informationsveranstaltung zum geplanten Heim im November 2012 nahmen etwa 400 Bürger*innen teil. Im Unterschied zu den 1990er Jahren kamen aber nicht nur die »üblichen« abwehrenden Fragen und Statements, sondern auch solche, die sich deutlich gegen Vorurteile und für ein Willkommen der Zufluchtssuchenden aussprachen. Als kurz vor dem Ende ein Mann unter dem Beifall einiger anwesender Nazis rundweg keinen Zuzug von Ausländern forderte und gegen Muslime hetzte, reagierte die Bürgermeisterin als Veranstalterin ganz deutlich: Er solle sofort vom Mikrofon weggehen. Sie dulde hier keine rassistische Hetze. Nach der Versammlung wurden die ablehnenden Stimmen eher leiser, die Befürwortenden trafen sich auf kirchliche Initiative hin zu einem Runden Tisch. Dort wurde der Ausgangspunkt vieler Schritte für das Willkommen gelegt.

Wie sehen in Wandlitz konkrete Aktionen aus, die Geflüchteten Willkommen zu heißen?

Schon zu Weihnachten 2012 hingen an den Kirchen der Region große Transparente mit »Willkommen« in 14 Sprachen, gleiches wurde auf Plakate und Aufkleber gedruckt und an vielen Stellen im Ort platziert. Die ersten Flüchtlinge wurden im Januar 2013 vom Runden Tisch mit Kaffee und Kuchen begrüßt. Viele Menschen aus Wandlitz nahmen Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen oder zu Familien auf, um gemeinsam Veranstaltungen oder die örtlichen Sportvereine zu besuchen. Mehrere Männer boten regelmäßig eine Fahrradwerkstatt an, wo sie zusammen mit den Flüchtlingen gespendete Räder aufarbeiteten, um möglichst jedem Flüchtling per Rad mehr Freiheit zu ermöglichen. Deutschunterricht erteilen mehrere Frauen ehrenamtlich. Bei Bedarf können sich Flüchtlinge fachkundig zu ihrem Asylverfahren beraten lassen. Sprachkundige Menschen, teilweise selbst als Flüchtlinge in der Region lebend, übersetzen ehrenamtlich, geben Orientierungshilfen und begleiten zu Ärzten und Behörden. Wir haben auch einen Ausflugstag für die Kinder aus dem Wohnheim und aus materiell armen Familien organisiert.

Was ist aus den ablehnenden Stimmen geworden, von denen Sie sprachen?

Als im Mai die NPD kurzfristig zwei Kundgebungen in Wandlitz am Bahnhof und vor dem Übergangswohnheim anmeldete, zeigten über 200 Wandlitzer*innen den 20 Nazis deutlich, kreativ und laut, dass sie nichts von deren populistischen und rassistischen Parolen hielten. Kurz danach fand ein tolles Bürgerfest mit vielfältigem Essen, mit viel Musik und vielen neuen Begegnungen auf dem Gelände des Übergangswohnheims statt. Viele kleine Gruppen und Einzelne unterstützen die Arbeit der Heimleitung, teilweise auch bei Umzügen von Flüchtlingen in Wohnungen.

Gab es auch Rückschläge?

Dramatisch waren die sogenannte »Rückführung« und die Trennung einer Flüchtlingsfamilie im Juli. Ein Vater wurde mit seinen vier Kindern nach Polen abgeschoben, obwohl die Mutter durch einen Notfall im Krankenhaus behandelt werden musste. Der von Wandlitz ausgehende Aufschrei der Empörung, über das hartherzige »Durchziehen« der Abschiebung durch die Ausländerbehörde führte dazu, dass nach monatelanger Trennung das Bundesamt für Migration die »Rückführung« rückgängig machte.

Woraus ziehen Sie bei dieser Arbeit Ihre Kraft?

Das positive Engagement so vieler Menschen aus Wandlitz und Umgebung ist ansteckend. Die Menschlichkeit, Gastfreundlichkeit und Lebendigkeit vieler Flüchtlinge, die stille Unterstützung durch Menschen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren können, aber unser Engagement wertschätzen, geben mir Kraft. Wir sind Viele, die zusammenarbeiten, ob ehrenamtlich oder beruflich. Natürlich hat auch die mediale Begleitung unserer Aktionen und das Engagement von Lokalpolitiker*innen und aus der Verwaltung sehr geholfen.

Gibt es Dinge, die Sie im Nachhinein gerne anders machen würden?

Schulpflichtige Kinder und Jugendliche hätten früher im regelmäßigen Unterricht »mitlaufen« und dadurch rascher Deutsch lernen können. Außerdem sind die Kapazitäten für notwendige Übersetzungen, für sozialarbeiterische Aufgaben sowie für das Erkennen und Unterstützen besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge deutlich zu gering. Einen Heimbeirat gibt es (noch) nicht; er wäre unter Einbeziehung aktiver Flüchtlinge auch nur mit Dolmetscherkapazitäten denkbar, könnte aber Reibungen untereinander und zwischen Flüchtlingen und Heimleitung vermindern. Workshops oder Seminare zum Ausbau interkultureller Kompetenzen, zur Lage in Herkunftsländern, zur rechtlichen Lage von Flüchtlingen wären nötig, ebenso Supervision für die beruflichen Mitarbeiter*innen.

Wo sehen Sie die Grenzen Ihres Engagements für Willkommenskultur?

Eine ganz klare Beschränkung liegt im begrenzten personellen und zeitlichen Rahmen des ehrenamtlichen Engagements. Auch berufliche Mitarbeiter*innen sind mitunter überlastet und es mangelt an einer zentralen Stelle, die vernetzt und koordiniert, informiert und initiiert.

Welche besondere Verantwortung und welches Potential sehen Sie für die kirchliche (Jugend-)Arbeit in Bezug auf das Thema Willkommenskultur?

Die besondere Verantwortung der Kirchen ergibt sich in Bezug auf dieses Thema natürlich aus dem Vertrauen auf Gott als Schöpfungskraft – Menschen sind trotz ihrer Einmaligkeit, ihrer genialen Vielfalt tatsächlich gleich und gleichwertig. Außerdem steht die evangelische Jugendarbeit in protestantischer Tradition. Denn pro testieren heißt: etwas bezeugen, für etwas zeugen. Was wir tun und unterlassen, ob und wie wir reden oder schweigen, ist politisch und hat damit Auswirkungen. Wer meint, »neutral« oder »draußen« bleiben zu können, sitzt einer Illusion auf. Protest und demokratische Standfestigkeit, Engagement und Mut, Freude über Vielfalt und Gemeinschaft, können wir weder voraussetzen noch einfordern, aber wir laden immer wieder dazu ein: Refugees Welcome – Gemeinsam an einer offenen Gesellschaft arbeiten.

Anwohner/innen und Bewohner/innen der Gemeinschaftsunterkunft in Wandlitz stellen sich gemeinsam einem Aufmarsch der NPD entgegen. *© Gemeinde Wandlitz*

Hingehen und unterstützen: Die AG Willkommenskultur in Vorpommern

Torgelow in Vorpommern: Jeden Tag, an dem ein neuer Bus mit Geflüchteten ankommt, stehen Kaffee, Tee, Kuchen und ein herzliches Empfangskomitee bereit. Die Torgelower/innen vom »Bündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!« haben in den letzten Wochen ihre Vorkehrungen getroffen. Die AG Willkommenskultur, die u.a. von der Amadeu Antonio Stiftung mitgegründet wurde, hat den Platz rechtzeitig besetzt, damit nicht die NPD – wie vielerorts in den vergangenen Monaten – zur Begrüßung der Geflüchteten bereitsteht.

Nachmittags nach dem ersten Einrichten, nach Kaffee und Kuchen machen die Geflüchteten mit ihren Betreuer/innen eine Runde durch die Stadt: Wo geht es ins Zentrum, wo ist ein Kinderarzt, wo die nächste Bank, wo der Supermarkt? Die Neuangekommenen haben viel zu entdecken.

Währenddessen gibt es auch an anderen Stellen etwas zu tun. Für den Donnerstagabend hat die AG Gäste aus Greifswald eingeladen, um sich mit ihnen über ihre Arbeit mit Geflüchteten auszutauschen. Von zwei Experten des »Arbeitskreises Kritischer Jurist*innen Greifswald« lassen sich die Torgelower/innen die rechtliche Situation und die Möglichkeiten von Asylsuchenden in Deutschland erklären. Hier erfahren die Aktiven der AG Willkommenskultur, dass Geflüchtete das Angebot einer Erstberatung durch Berater/innen des Flüchtlingsrats Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch nehmen können, auch, wenn sie sich nicht lange genug in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung aufhalten, sondern direkt in eine Kommune weitergeschickt werden. Die Beratung hilft dabei, sich gezielt auf die Anhörung beim BAMF vorzubereiten, denn diese wird später die Grundlage für das Asylverfahren darstellen.

Auch von einem Tandemprogramm, das Geflüchtete mit Anwohner/innen zusammen bringt, berichten die Gäste aus Greifswald. Indem die Tandempartner/innen gemeinsam ihre Freizeit verbringen, entstehen persönliche Kontakte. Nicht Eine hilft dem Anderen, sondern beide lernen von- und miteinander. Doch noch ist die AG Kultur mit anderen Dingen beschäftigt. Vor der Ankunft der Geflüchteten in Torgelow und Strasburg hat sie einen Runden Tisch einberufen, damit sich möglichst viele Institutionen gemeinsam vorbereiten können. Sie haben Schulen und Kitas angesprochen, sowie Film- und Theaterabende organisiert, um Anwohner/innen für die Thematik zu sensibilisieren. Die zum Teil ehrenamtlichen Betreuer/innen haben sich untereinander vernetzt und ausgetauscht. Die AG versuchte dabei von Anfang an, sich um alle Ebenen von Willkommenskultur zu kümmern: sich selbst zu informieren, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu leisten, eine Vernetzung aller Beteiligten voran zu treiben und die direkte Betreuung der Geflüchteten vorzubereiten.

Willkommenskultur, so sagen die Menschen in der AG, ist mehr als interkulturelle Kochabende und Familienfeste. Bald gibt es sicher auch in Vorpommern ein Tandemprogramm.

Kontakt zur AG Willkommenskultur kann über das »Bündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!« aufgenommen werden.

Anja Schwalbe

Gemeinsame Freizeitgestaltung ermöglicht soziale Kontakte zwischen Anwohner/innen und Asylsuchenden.
© Chris Grodotzki

Asyl und Flüchtlinge in den lokalen Medien: Aktuell Problem – zukünftig Bereicherung?

Bilder, wie sie der »Spiegel« in den frühen 1990er Jahren druckte, würde heute wohl keine Zeitung mehr auf den Titel heben: Reißerische Bebilderung durch gewaltsam drängende Menschen an einem offenen Tor und dazu die Überschrift »Asyl – Die Politiker versagen« (1992) oder ein Boot in Schwarz-Rot-Gold, das unter dem »Ansturm der Armen« untergeht (1991). Die rechtsextremen Pogrome der kommenden Jahre setzten diese Stimmung in tödliche Gewalt um. Ganz klar: Medien bilden nicht nur gesellschaftliche Stimmungen ab – sie formen sie durch die Art ihrer Berichterstattung entscheidend mit. Das beinhaltet natürlich auch die Chance, Konflikte zu entschärfen und für Verständigung zu werben.

Von Simone Rafael

Wenn es deshalb um die aktuelle Debatte um Flüchtlinge in Deutschland geht, lohnt sich ein Blick in die regionalen Tageszeitungen. In diesem Artikel soll dies exemplarisch an Beiträgen aus brandenburgischen Medien aus den letzten zwei Monaten geschehen.

Flüchtlinge erscheinen fast nur als Problem

Erschreckend und bezeichnend ist, wenn man die Medienberichte gebündelt betrachtet, dass Flüchtlinge in der Regel immer als Problem präsentiert werden. Und dies erscheint nicht einmal als Intention der Medienmacher/innen, denn oft sind die Artikel in sich recht ausgewogen und versuchen, verschieden Aspekte abzudecken. Aber die Berichterstattungsanlässe sind fast ausschließlich problematischer Natur: Es müssen mehr Flüchtlinge (als geplant) aufgenommen werden. Das kostet die Länder mehr Geld als geplant. Es gibt zu wenig Unterkünfte. Die, die es gibt, wie etwa bereits geschlossene Sammelunterkünfte, sind oft schlecht. Die anwohnenden Bürger/innen haben Ängste vor allem Möglichen. Diese werden auch gern in aller Ausführlichkeit dargestellt und damit reproduziert, manchmal mit Gegenargumenten, manchmal ohne. Wenn die Gemeinde »Pech« hat, stehen auch noch ständig Nazis vor den (neuen) Unterkünften, bedrohen Menschen und bringen Unruhe in die Gemeinden. Dann muss man dagegen demonstrieren. Das alles erscheint ausgesprochen anstrengend. Und wofür das alles?

Empathie für Flüchtlinge

Das allerdings müssen sich die Leser/innen komplett selbst erschließen. Selten kommt eine Geflüchtete zu Wort und darf berichten, warum und wie sie nach Deutschland gekommen ist. Was Menschen durchgemacht haben, die sich um Asyl in Deutschland bemühen, und unter welchen schwierigen Umständen sie hier leben, wird in der Regel lokal komplett ausgeblendet und findet höchstens in überregionalen Medien statt. Das ist umso erstaunlicher, als Lokalberichterstattung ansonsten oft ein sehr persönliches Gesicht trägt und anhand von Menschen über das Leben in der Region erzählt. Hier bilden sich Berührungsängste direkt ab, die auch in der Bevölkerung vorhanden sind.

Als Folge erscheinen die Geflüchteten weit weniger menschlich, als sie sind. Sie werden in der Regel als Gruppe präsentiert, sind damit ungreifbarer und unbegreifbarer. Rassistische Stereotype, die in den Diskussionen anklingen, werden in den lokalen Medien zwar widerlegt oder gegebenenfalls als Nazi-Propaganda entlarvt. Allerdings kommen Flüchtlinge in der Berichterstattung über Flüchtlinge fast gar nicht zu Wort und können so nicht als lebendige Menschen, die leben und fühlen und denken, wahrgenommen werden.

Lösungsorientiert statt destruktiv

Medienmacher/innen würden hier vielleicht einwenden, dass ihre Berichterstattung über die Konfliktfelder aber doch die Wirklichkeit abbilde, dass diese Probleme ihre Leser/innen beschäftigten und sie deshalb darüber berichten müssten. Doch welcher Ton wird angeschlagen, welche Akzente gesetzt? Wenn ein Medium berichtet, dass viele Bürger/innen sich von der Politik nicht ernst genommen fühlen und Antworten vermissen, wie Konfliktlagen um Flüchtlingsheime gelöst werden könnten – könnte es dann nicht die Aufgabe als Lokalmedium sein, stellvertretend nach diesen Antworten zu suchen?

Zum Glück geschieht dies auch, wenn aktuell auch noch sehr vereinzelt. Es erlöst auch die Gemeinden und damit die Leser/innen aus ihrer vermeintlichen Ohnmacht, Sprach- und Hilflosigkeit gegenüber Asylsuchenden, wenn etwa von Initiativen und Projektarbeit berichtet wird, die Menschen vor Ort erdacht haben, um Berührungsängste zu durchbrechen: Ein »Welcome«-Schild am Flüchtlingsheim, bevor es bezogen wird, grundlegende Informationsblätter in verschieden Sprachen, die erstellt werden. Pensionierte Lehrer/innen bieten ehrenamtlich Deutschkurse an. In Belzig können sich Flüchtlinge mit Deutschkenntnissen sich zu Sprach- und Integrationsmittlern ausbilden lassen und dann anderen Geflüchteten etwa in Schulen und auf Ämtern helfen. Der Teltower Sportverein will Flüchtlinge für seine Sportgruppen ansprechen, berichten die »Potsdamer Neuesten Nachrichten« (20.11.2013).

Zusammenleben ist möglich – und nicht mal schwer

Aus Luckenwalde berichtet die »Lausitzer Rundschau«: »»Ich danke den Einwohnern meiner Stadt, die die Heimatlosen hier aufnehmen, ihnen mit Sachspenden,

Rat und Tat helfen‹, sagt die Luckenwalder Landrätin Wehlan. ›Dabei spielt der interkulturelle Treff im Mehrgenerationenhaus eine wichtige Rolle.‹ Das kann auch die Integrationsbeauftragte des Landkreises, Christiane Witt, bestätigen: ›Die Asylbewerber haben ein starkes Bedürfnis, die deutsche Sprache zu lernen und sich in die örtlichen Gegebenheiten einzubringen. Die Kinder sollen zur Schule und in den Kindergarten gehen. Das funktioniert nur, wenn vor Ort entsprechende Unterstützung geleistet wird.‹ Sie hofft, dass die Asylbewerber auch in Ludwigsfelde eine ähnliche Unterstützung finden werden.« (16.11.2013)

Die »Märkische Allgemeine« berichtet über einen Erfahrungsaustausch, den Engagierte der Gemeinde Gransee, wo eine neue Flüchtlingsunterkunft geplant wird, mit Menschen aus Wandlitz suchen, die diese Erfahrung schon kennen: »Viele Bürger der Gemeinde engagierten sich heute in der Flüchtlingsunterkunft, geben Deutschunterricht, betreuen Kinder, dolmetschen, kochen oder kümmern sich um die Ausgabe von Kleidung und Spenden, die inzwischen zwei Hallen füllen.« (14.11.2013)

Ideen, Fähigkeiten und Träume

Was in der lokalen Berichterstattung in Brandenburg leider bisher weitgehend fehlt, ist der Aspekt, dass geflüchtete Menschen für eine lokale Gesellschaft ja nicht nur eine Belastung sein können, sondern dass sie Menschen sind mit Ideen, Fähigkeiten und Träumen – und damit auch eine Bereicherung. Was wiederum hervorragende Geschichten für lokale Medien hergibt, wie Beispiele aus anderen Landkreisen zeigen.

So berichtet etwa die »Bietigheimer Zeitung« vom 05.12.2013 von vier Geflüchteten aus Gambia, deren Herz nun für den Oberliga-Club SGV Freiburg schlägt, so dass sie ihn mit einer eigenen Trommelgruppe unterstützen – übrigens angeworben vom bisherigen Trommler des Vereins, der keine Lust mehr hatte, allein auf die Pauke zu hauen: »Sie haben freien Eintritt bei den Spielen und fahren auswärts mit dem Mannschaftsbus mit. Einer findet sich immer, der was dazu gibt«, sagt der im Interview, »die vier sind echt gut, sind nette Kerle.« Einer der Flüchtlinge ergänzt: »Wir lieben diese Mannschaft und unterstützen sie gerne. Sie spielt gut und gewinnt oft.«

Die »Schwäbische Zeitung« berichtet am 06.12.2013 über den 23-jährigen Mirza, einen Schauspielstudenten aus Aserbaidschan, der gemeinsam mit einer Musikpädagogin und den Kindern der lokalen Grundschule in Donaustadt für die Patienten im Krankenhaus Weihnachtskonzerte gibt.

In Biberach berichtet die »Schwäbische Zeitung« vom Glück geflüchteter Kinder über die Geschenke auf einer Nikolausfeier: »›Wir hoffen, im Geschenk ist Spielzeug drin‹, erklärte sein zehnjähriger Freund Agzon Sinani, ›denn wir haben nur sehr wenig.‹ Die Kinder freuten sich sehr über die Feier. Sie lachten und spielten und ihre Eltern machten Fotos.« (05.12.2013)

Die Gruppe »photographers in solidarity« unterstützt Geflüchtete im Kampf um ihre Rechte. Eine aus Solidarität mit den am Brandenburger Tor hungerstreikenden Refugees über Nacht verwirklichte Ausstellung wuchs innerhalb eines Monats zu beachtlicher Größe. *© Gabriele Senft*

Fazit

Wenn also Medien über Flüchtlinge in Deutschland berichten, wäre es wünschenswert, dass sie nicht nur Probleme referieren und die Situation bestenfalls als Herausforderung darstellen. Die Geflüchteten sind Menschen in einer schwierigen Lebenssituation, die Hilfe brauchen, aber auch etwas zurückgeben können. Medien können den Anwohner/innen helfen, die Flüchtlinge als Menschen wie sie selbst zu begreifen. Denn denen hilft man erfahrungsgemäß lieber als »Fremden«.

Asyl in Lulu – Geflüchtete im Amtsblatt am Beispiel Ludwigslust

Im Sommer 2012 führte das Projekt »Produktive Unruhe« der Universität Bielefeld in Kooperation mit dem Projekt »Lola für Lulu«, einem Projekt der Amadeu Antonio Stiftung für eine gendersensible Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, in Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) eine Befragung zum Zusammenleben in der Stadt durch. Eines der überraschendsten Ergebnisse war, dass 46 Prozent der Bevölkerung der Ansicht sind, es gebe in Ludwigslust »Probleme zwischen Deutschen und Ausländern«. Diese Ansicht überrascht vor allem, weil in Ludwigslust nur etwa 3,7 Prozent der Bevölkerung statistisch gesehen Migrant/innen und im Stadtbild kaum sichtbar sind. Sollte es sich bei den Problemen der Einwohner/innen um Konflikte mit den drei, vier migrantischen Gewerbetreibenden handeln? In Gesprächen mit Bürger/innen wurde deutlich, dass sich die Konflikte vermutlich vor allem auf die Flüchtlinge beziehen, die in der im Winter 2010 wiedereröffneten »Gemeinschaftsunterkunft« am Stadtrand untergebracht sind. Das Flüchtlingsheim hat eine Kapazität für etwa 260 Personen, viele von ihnen sind Familien aus Afghanistan oder Tschetschenien. Offene Anfeindungen gegenüber den Flüchtlingen gibt es nicht. Die Ressentiments und Vorurteile äußern sich eher subtil: in Gerüchten über »Schulgeld«, das die Flüchtlingsfamilien für ihre Kinder erhalten, aber nicht für sie ausgeben, oder in erhöhten Anmeldezahlen an der anderen Grundschule, in der keine Flüchtlingskinder eingeschult werden. Gleichzeitig gibt es von Seiten der Stadt- und Landkreisverwaltung für die Einwohner/innen keine Informationsbroschüren oder -veranstaltungen über die neuen Nachbar/innen – dafür aber eine breit angelegte Hetzkampagne des Landesverbandes der NPD in Mecklenburg-Vorpommern gegen Flüchtlinge. Diese trägt sicher – auch wenn die Menschen in Ludwigslust größtenteils der NPD ablehnend gegenüber stehen – dazu bei, den Gerüchten Nahrung zu geben.

In der Befragung zum Zusammenleben wurde auch gefragt, aus welchen Medien die Bürger/innen ihre Informationen beziehen. 65 Prozent benannten den kostenlosen, monatlichen Stadtanzeiger, das Amtsblatt von Ludwigslust, als wichtige Informationsquelle. Das Amtsblatt veröffentlicht neben offiziellen Verlautbarungen auch Informationen von Vereinen und Veranstaltungen, die in der Tageszeitung kaum noch zu finden sind – umso wichtiger ist der Stadtanzeiger. »Lola für Lulu« und das Projekt »Produktive Unruhe« hatten daher die Idee, dieses kostenlose Medium zu nutzen, um das »Informationsloch« zum Thema Flüchtlinge zu schließen – nicht nur bei den Bürger/innen, sondern auch bei der Verwaltung. Konkret wurde der Redaktion des Stadtanzeigers eine Artikelserie zum Thema Asyl in Ludwigslust vorgeschlagen. In zehn Artikeln, verteilt über einen Zeitraum von fast einem Jahr, sollen nun die Leser/innen Antworten auf ihre Fragen zum Thema Asylsuchende erhalten, wie etwa »Wie leben sie?«, »Dürfen Asylbewerber/innen arbeiten?« oder »Wie viel Geld erhalten sie?« In den Artikeln kommen aber auch die Geflüchteten selbst zu Wort, ihre Geschichten, Träume und Hoffnungen. So wird versucht, Gerüchten mit Sachinformationen zu begegnen, in der Hoffnung dass die neuen Einwohner/innen in Zukunft auf mehr Verständnis und Offenheit stoßen. Eine Idee, die Nachahmer sucht, denn die Artikel mit ihren bereits aufgearbeiteten Informationen können in ihrer Grundform leicht von anderen Gemeinden, Initiativen oder Einzelpersonen aufgegriffen werden.

Gabi Jaschke

Ökohaus Rostock: Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen

Der Rostocker Verein Ökohaus e.V. ist seit 1997 Träger von Flüchtlingsunterkünften und setzt so die Forderungen nach menschenwürdiger Unterbringung praktisch um. Auf lange Sicht werden Geflüchtete in Mecklenburg-Vorpommern häufig dezentral untergebracht – seit Jahren setzt sich Ökohaus e.V. dafür ein. Im Dialog zwischen Stadt, Land und Verein wurde eine Gemeinschaftsunterkunft trotzdem zu einer kurzfristigen Lösung.

Von Laura Piotrowski

1990 haben engagierte Menschen, die sich aktiv in die Gestaltung demokratischer und solidarischer Gesellschaftsstrukturen einbringen wollten, den gemeinnützigen Verein »Ökohaus e.V.« gegründet. Zweck des Vereins ist die Förderung von Bildung und Erziehung mit dem Ziel, Menschen zu ökologischem, sozialem, solidarischem und basisdemokratischem Bewusstsein zu ermutigen und zu befähigen. In diesem Sinn engagieren sich die Vereinsmitglieder auch in der Flüchtlingspolitik. Im Mai 1992, noch vor dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, wurde eine Begegnungsstätte geschaffen. »Zielgruppe unserer Arbeit waren alle Menschen ohne deutschen Pass, die damals in Rostock lebten, aber besonders auch Flüchtlinge. Immer wieder wurden wir mit Fragen und Sorgen von Asylsuchenden, die nun auch nach Rostock kamen, konfrontiert«, erläutert Steffen Vogt vom Verein. »In den folgenden Jahren haben wir zum Beispiel Flüchtlinge erfolgreich dabei unterstützt, sich gegen Sachleistungen in Form von Lebensmittelpaketen zu wehren.«

Eine Gemeinschaftsunterkunft mitten in der Stadt

Vor 16 Jahren übernahm Ökohaus e.V. den Betrieb einer neu geschaffenen Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende. Dass ein Verein, der sich auch kritisch mit Flüchtlingspolitik und Rassismus auseinandersetzt, eine Asylunterkunft selbst betreibt, war damals in Deutschland einmalig. »Der Schritt, diese Unterkunft und noch dazu mitten in einem zentralen Wohngebiet einzurichten, war richtig«, so Vogt weiter. »Ähnlich wie heute in anderen Orten gab es im Vorfeld aber heftige Proteste. Zukünftige Nachbar/innen hatten Ängste, Gerüchte über eine Luxussanierung wurden gestreut, eine Bürger-Initiative gegen das Heim hatte sich gegründet. Gemeinsam mit der Stadt haben wir darauf reagiert.« Besonders die Hansestadt Rostock habe hier vieles richtig gemacht. Die Verantwortlichen in der Verwaltung hätten sich von Anfang an klar dazu bekannt, Flüchtlinge aufzunehmen und die Entscheidung, eine Unterkunft mitten im Wohngebiet zu eröffnen, offensiv vertreten. »Das war kein Jammern, wie in anderen Städten, à la ‚Wir müssen, wir wollen ja nicht!', sondern ein klarer Tenor. Die Stadt hat deutlich gemacht, dass sie es richtig findet, Asylsuchende aufzunehmen und dass es der Stadt gut tut, diese auch zu integrieren«, berichtet Vogt. Diese Unterkunft wurde vor Jahren geschlossen, da zu jener Zeit im Zuge sinkender Asylsuchendenzahlen landesweit die Unterbringungskapazitäten verringert wurden.

Ökohaus e.V. hatte damals seinerseits konsequent auf Aufklärung gesetzt. Im Stadtteil wurden Infoblätter verteilt und Gesprächsbereitschaft signalisiert, viele Bürger/innen wandten sich mit ihren Fragen an den Verein. Vor der Eröffnung fand ein Tag der offenen Tür statt, um die Nachbarschaft einzuladen und so Vorurteile abzubauen. Nach dem Einzug war es deshalb relativ schnell ruhig. »Das waren auch klassische Nachbarschaftsgeschichten. Mit Informationen und auch über Aushandlungsprozesse haben wir das gelöst. Das einzige, was wir und auch die Stadt nicht verhandelt haben, war die Tatsache der Unterbringung und der Standort an sich«, sagt Vogt.

Flüchtlinge sollen nicht an den Stadtrand abgeschoben werden

Auch die nun einzige Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende in der Hansestadt wird seit 13 Jahren von Ökohaus e.V. betrieben. Das Gelände umfasst mehrere Häuser mit Wohneinheiten, Verwaltungsräumen und Gemeinschaftsflächen – Platz für 285 Menschen. Sechs Sozialarbeiter/innen und ein Hausmeister sind beschäftigt, jede Menge Menschen arbeiten ehrenamtlich mit. Bis heute ist der Verein als Betreiber für Fragen der Anwohnenden offen. Wenn Probleme auftauchen, werden diese gemeinschaftlich gelöst. Einmal fehlten im Sandkasten einer benachbarten Neubausiedlung die Spielzeuge im Sandkasten, Beschwerden und Beschuldigungen gingen an das Flüchtlingsheim. Tatsächlich hatten Kinder aus dem Heim Spielzeuge mitgenommen. Durch den Dialog zwischen Heimbewohnenden, Nachbarschaft und Vereinsverantwortlichen konnte das Problem aber schnell und gütlich gelöst werden – ganz normale Nachbarschaftsprobleme. Auch die Polizei gibt wie anderenorts immer wieder positive Signale. Die Kriminalität ist im Umfeld des Heims genauso hoch oder niedrig wie in Stadtteilen ohne Gemeinschaftsunterkunft.

»Asylsuchende in Wohngebieten und nicht im Abseits unterzubringen, halten wir nach wie vor für die richtige Lösung. Für eine schnelle und gute Integration finden wir es notwendig, dass Menschen am alltäglichen Leben hier teilhaben können. Das hat in anderen Städten auch funktioniert, wie zum Beispiel in Wolgast, wo es inzwischen eine breite Unterstützung der Flüchtlinge durch die Bevölkerung gibt«, erläutert Vogt. Ziel müsse es aber sein, die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft nur vorübergehend zu gestalten, in der ersten Phase des Ankommens. Angesichts der leicht erhöhten Flüchtlingszahlen der vergangenen zwei Jahre gibt es positive Signale von Stadt und Land. Asylsuchende werden heutzutage schneller dezentral in eigenen Wohnungen untergebracht, auch wenn das Verfahren nicht abgeschlossen ist. Im Land leben mehr als die Hälfte aller Asylsuchenden in eigenen Wohnungen, die Zahl steigt aktuell. Allerdings kritisiert der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, dass zu wenig Betreuung für diese Flüchtlinge zur Verfügung stehe, sie also mit Orientierungsproblemen oft allein gelassen würden.

Das Leben in der Gemeinschaftsunterkunft hat Vorteile – soll aber nicht auf Dauer sein

Der Betreuungsschlüssel im Ökohaus Rostock ist nicht schlecht. Laut Vogt hat die Unterbringung so auch viele Vorteile. Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein geschützter Raum, die Ankommenden können in der neuen Umgebung zur Ruhe kommen. Ein größerer Teil der Flüchtlinge habe Traumata oder sei medizinisch unterversorgt. In der Unterkunft ist eine direkte Ansprache und Begleitung möglich, es gibt viele Beratungsangebote und Deutschkurse. »Nach dieser Orientierungsphase sollten Menschen aber ihre eigene Wohnung erhalten. Das muss im Schnitt nicht länger als ein halbes Jahr dauern. In der Gemeinschaftsunterkunft zu leben ist auf Dauer ein Integrationshemmnis. Und ein Problem bleibt mangelnde Privatssphäre. Wir können leider nicht verhindern, dass sich Menschen auch Zimmer teilen müssen, das ist im Bau so angelegt. Aber für eine Phase des Übergangs und Ankommens kann das ja auch ganz gut sein, nicht allein zu leben«, findet Vogt.

Die Gemeinschaftsunterkunft besteht aus einzelnen Wohneinheiten. Diese haben drei bis fünf Zimmer sowie jeweils zwei Bäder und eine Küche, die gemeinschaftlich genutzt werden. Im besten Fall bewohnt eine große Familie eine Wohneinheit, im schlechtesten Fall sind zehn alleinstehende Männer in einer Wohneinheit untergebracht. Pro Person stehen bis zu neun Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, gesetzlich vorgesehen sind sechs Quadratmeter. Extra zur Wohnfläche kommen aber noch die Gemeinschaftsräume. »Leider wurden nicht alle Chancen eines Neubaus genutzt. Eigentlich bräuchte man viel mehr Einzelzimmer, da es einen hohen Anteil von alleinstehenden Flüchtlingen oder auch traumatisierten Menschen gibt oder auch Frauen mit einem Kind, die mehr Schutzraum und Privatssphäre brauchen. Andererseits können wir auch nicht alles frei gestalten. Wir sind nur der Betreiber des Hauses und müssen bestimmten Sachzwängen folgen«, erklärt Vogt. Am Ende spiele immer Geld eine Rolle. »Wenn ich es mir aussuchen könnte, würde ich niemanden, der dies nicht wünscht, im Zweibettzimmer unterbringen. Immerhin stimmen wir mit dem Land überein, dass die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft keine langfristige Lösung sein kann«, so Vogt.

Aktive Willkommenskultur

Auf die Frage nach Lichtenhagen reagiert Vogt gelassen: »Natürlich hat das einen Einfluss auf die Arbeit, aber weniger auf unsere. Wir haben schon vor dem Pogrom angefangen, mit und für Flüchtlinge zu arbeiten. Aber das staatliche Handeln wird klar beeinflusst. 1992 ist etwas erbärmlich schief gelaufen. Aber heute stellt sich die Verwaltung der Verantwortung den Flüchtlingen gegenüber. Argumentativ hat uns das Dinge erleichtert.« Auch Rassismus in der Mitte der Gesellschaft gebe es immer noch. Vogt meint, das würde sich nicht grundlegend ändern. Aber man könne mit einem langen Atem die Stimmung positiv verschieben – gegen Rassismus engagiert sich der Verein schon lange. Es gibt diverse Bildungsangebote und auch in der Gemeinschaftsunterkunft eine Beratung für Betroffene rassistischer Gewalt.

Alles im allem zeigt sich das Ökohaus als ein best practice Angebot. Mit langem Atem arbeitet der Verein nun schon über 20 Jahre für Flüchtlinge und gestaltet eine aktive Willkommenskultur in der Hansestadt mit. »Ob wir anderen Initiativen raten würden, einen ähnlichen Weg zu gehen, wie wir? Das kann ich so pauschal nicht sagen. Es hängt ja immer von den Rahmenbedingungen und Kooperationsmöglichkeiten ab. Aber für uns hat das Konzept funktioniert. Und ich würde mir auch wünschen, dass es anderen Orten versucht wird. Am Ende zählt immer die Verbesserung der Situation der konkret Betroffenen.«

Gemeinschaftsunterkünfte sollten ein menschenwürdiges, offenes und kinderfreundliches Zuhause auf Zeit bieten. Die Betreiber/innen des Ökohauses Rostock gehen mit einem nachahmenswerten Beispiel voran.

© Ökohaus Rostock

Für alle geöffnet: Das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg

Es ist das Recht jedes Einzelnen, Asyl zu suchen – es ist die Pflicht unserer Gesellschaft, darauf einzugehen. (aus einem Video über das Hotel von Studierenden der Augsburger Hochschule)

Ein Projekt, das alle Interessen berücksichtigt, ein Bauvorhaben, das alle bereichert, ein Haus, das jeden Willkommen heißt, sollte es werden. Asylsuchende, Nachbar/innen, Künsterler/innen und andere Gäste auf Zeit sollen kommen und bleiben dürfen, sich treffen, kennenlernen, austauschen und kreativ sein.

Das Gustav-Erhard-Haus, ein ehemaliges Seniorenheim im Besitz der Augsburger Diakonie, befindet sich inmitten des Domviertels im Herzen der Augsburger Altstadt. Es stand schon einige Zeit leer, was der Trägerin Kosten verursachte, ohne dabei einen Nutzen aus dem Gebäude zu ziehen. Als die Landesregierung den Auftrag zu vergeben hatte, eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende einzurichten, sah sie sich in der Pflicht, zu handeln. Nur manche Anwohner/innen fühlten sich übergangen.

Inzwischen kommen der Eine oder die Andere auch mal mit den Jüngsten der Familie zum Spielen vorbei, wenn das Grandhotel Cosmopolis zum »Papa-Mama-Kind-Spielplatz« wird. Oder sie treffen sich Mittwoch abends im Hotelcafé »Lobby«, um eigene Platten aufzulegen, bis die restlichen Gäste andere Musik fordern. Und wo bei alldem sind die Asylsuchenden? Mittendrin. Sie haben ihre Zimmer, wie alle anderen Gäste des Hotels auch, in eigenen Etagen zwischen Ateliers, Foto- und Tonstudios. Sie helfen mit, wenn sie können, kommen zu den Filmabenden, können selbst Kunst schaffen oder wohnen einfach im Hotel. Eine Gruppe von Unterstützer/innen hat sich zusammengefunden, die bei Behördengängen begleiten, übersetzen, zu einem Plausch vorbeikommen und auch im Notfall alles versuchen, wenn eine Abschiebung droht. Wie in Bayern üblich bekommen die Geflüchteten auch im Grandhotel statt Geld für Nahrungsmittel nur Essenspakete. Hier werden diese allerdings in der Hotellobby ausgegeben, um auf diesen und andere Missstände aufmerksam zu machen.

Die Liste der Unterstützer/innen des Hotels ist lang, denn ohne die vielen helfenden Hände wäre das Projekt nicht innerhalb von nur zwei Jahren umsetzbar gewesen. Eine benachbarte Bäckerei schenkt zum Frühstück Brötchen, Brezeln und Gebäck, Einrichtungs- und Sozialkaufhäuser, ein Schwesternwohnheim und mehrere Unternehmen stellten Möbel, Einrichtungsgegenstände und Baumaterialien zur Verfügung. Und natürlich ist da die Diakonie, die, wie der Verein schreibt, von Anfang an an die Idee geglaubt hat. Sie übernahm die Sachkosten, während Künstler/innen das Hotel renovierten und die Gästezimmer gestalteten und die Bezirksregierung – wie gesetzlich festgelegt – für die Unterbringung der Geflüchteten aufkommt.

Eine »soziale Skulptur« in Augsburgs Herzen wollte das Grandhotel werden. Es ist ein kleiner sozialer Kosmos, ein Ort für Begegnungen geworden, der wirklich allen Gästen offen steht.
Das Grandhotel kann über die Website www.grandhotel-cosmopolis.org kontaktiert werden.

Anja Schwalbe

© Grandhotel Cosmopolis

AG Asylsuchende: Eine Lobby für Geflüchtete

Die AG Asylsuchende stellt ein besonders eindrucksvolles Beispiel gelungener »Willkommenskultur« dar. Die selbsternannte »Anti-Racist Non-Governmental Organization« setzt sich aus Initiativen und Vereinen aus der Zivilgesellschaft, Politik, Kirche sowie aufgeschlossenen Einzelpersonen zusammen, die für ein menschenwürdiges Dasein der Flüchtlinge kämpfen.

Von Heike Ruhl

Seit 2008 zeigt die AG Asylsuchende für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, wie die Eingliederung von Flüchtlingen in die Gesellschaft aussehen kann: Bereits kurz nach ihrer Gründung organisierte die Arbeitsgemeinschaft Deutschkurse im Asylsuchendenheim Langburkersdorf. Trotz anfänglicher Zweifel, hatte das Bildungsprojekt dank des Engagements ehrenamtlicher Deutschlehrer/innen Erfolg. Heute werden außerdem weitere Deutschkurse in Schmiedeberg und auf dem Pirnaer Sonnenstein angeboten. Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Schritt für die Flüchtlinge, um den Alltag unabhängiger zu bewältigen und ihre Isolation aufzubrechen.

Die AG versteht sich auch als Lobby für die Flüchtlinge und setzt sich mit Erfolg für deren dezentrale Unterbringung ein. Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Asylsuchenden in der Sächsischen Schweiz und im Osterzgebirge zu. Damit verbunden ist die Suche nach neuen »Unterbringungsmöglichkeiten«. Während 2011 die Mehrheit der Asylsuchenden und Geduldeten noch überwiegend in einem Heim lebte, erfolgt die Unterbringung heute oftmals – in 50 Prozent der Fälle – dezentral. Mitte 2012 wurde zwar ein zweites Heim eröffnet, trotzdem wohnen 150 Menschen dank des Einsatzes der AG bereits dezentral in der Region verteilt. Petra Schickert vom Kulturbüro Sachsen berichtet, dass sich durch diese Entwicklung der vergangenen zwei Jahre die Situation deutlich entspannt habe. Gänzlich problemlos ist sie indes nicht: Weiterhin gibt es Vorbehalte, Vorurteile und mangelnde Möglichkeiten der Begegnung.

Viele Flüchtlingsfamilien wurden in den letzten Wochen in Pirna untergebracht. Nach dem Einzug in eigene Wohnungen brauchen sie in der Anfangszeit Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags. Die Flüchtlingssozialarbeit kann das alleine kaum stemmen. So waren die Helfer/innen der AG Asylsuchende mit der Alltagsbegleitung bei Arztbesuchen, Schulanmeldung, Dolmetscheraufgaben u. ä. überlastet. Daher entstand die Idee, ein Patenschaftsprojekt ins Leben zu rufen. Auf einen entsprechenden Zeitungsaufruf der AG gingen zahlreiche Rückmeldungen ein – mittlerweile haben die ersten Patinnen und Paten bereits mit ihrer Arbeit begonnen. Dazu gehört, Ansprechpartner/in bei Alltagsfragen zu sein, Nachhilfe für Kinder zu geben oder aber die Familien zu besuchen, um ihn ein Gefühl des Willkommens zu geben. Zudem bieten sie Kinderbetreuung während des Sprachunterrichts an, so dass mittlerweile viel mehr Eltern einen entsprechenden Kurs besuchen. Grundsätzlich fragen die Patinnen und Paten nach den Bedürfnissen der Flüchtlinge, um ihnen gezielt praktische Hilfe leisten zu können.

Neben der Hilfe im Alltag dient das Patenschaftsprojekt dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Abbau von Vorurteilen in der Mehrheitsgesellschaft. Einige der Patinnen und Paten hatten zuvor keinen Kontakt mit Asylsuchenden. Petra Schickert hofft daher, dass sie als Multiplikator/innen in ihren privaten als auch beruflichen Kontexten wirken werden.

Alltag in der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg
© Chris Grodotzki

»Wir sind die Zukunft! Wir bleiben hier!«

von Judith Rahner

Offiziell gibt es sie gar nicht. Aatifa Debessai hat noch nie in ihrem Leben einen Pass besessen. Sie ist vor fünf Jahren als 14-jährige allein aus Eritrea nach Deutschland geflüchtet. Man kann nur erahnen, was sie dabei erlebt haben muss, denn sie spricht nicht gern darüber. Hier hat sie ein neues Zuhause und neue Freund/innen gefunden. Nun haben anonyme Sachbearbeiter darüber entschieden, dass Aatifa nicht länger bleiben darf. Dabei spielt es auch keine Rolle, dass sie in ihrem Herkunftsland keine Zukunft und sogar ihr Leben bedroht sieht. Sie wird kämpfen müssen, um bleiben zu können. Und sie ist dabei nicht allein. In Deutschland leben gegenwärtig etwa 28.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die akut von Abschiebung bedroht sind. Etwa jedes dritte Kind ist ohne Familienangehörige hier.

So verschieden ihre Herkunft und ihre Schicksale, so ähnlich sind ihre gegenwärtigen Erfahrungen. Sie alle fühlen sich in Deutschland zu Hause, hier leben ihre Freund/innen, hier sehen sie ihre Zukunft und sie alle werden um ihre neue Heimat kämpfen müssen.

Unterstützung bekommen sie dabei von »Jugendliche Ohne Grenzen« (J.O.G.), einem bundesweiten Zusammenschluss von jugendlichen Geflüchteten, die sich seit mehr als acht Jahren für Kinder- und Bleiberechte engagieren. Die Selbstinitiative wurde von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegründet, die aus unterschiedlichen Herkunftsländern kommen und teilweise seit mehreren Jahren in Deutschland leben, aber hier oftmals nur geduldet sind. Ihnen ist wichtig, dass sie als Betroffene selbst von ihren Problemen erzählen können und nicht andere für sich und über sich sprechen lassen. Mit unterschiedlichen Aktionen machen sie selbstbestimmt und fernab von Betroffenen-Politik auf ihre Lebenssituation aufmerksam und setzen sich für Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit und gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung ein. Was sagt das über Deutschland aus, wenn sich Jugendliche politisch engagieren und sich öffentlich Gehör verschaffen müssen, um ihre eigene Gleichstellung zu fordern? Jugendliche, die nicht einmal wissen, ob sie in dem Land bleiben dürfen, für welches sie sich sozial, gesellschaftlich und politisch einsetzen?

Offiziell gibt es das gar nicht: Kinderrechte, die in Deutschland nicht für alle Kinder gelten. Deutschland hat zwar mehr als 20 Jahre gebraucht, um die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ohne Vorbehalte anzunehmen. Aber seit 2010 sind damit alle Kinder die hier leben – auch diejenigen die auf der Flucht sind – faktisch gleichgestellt worden. Doch rechtliche Konsequenzen zog die Bundesregierung nicht. Und so orientiert sich der staatliche Umgang mit geflüchteten Jugendlichen noch immer nicht vorrangig am Kindeswohl, ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit und auch nicht am Grundsatz bestmöglicher Unterstützung zu ihrer Förderung und Entfaltung, sondern wird maßgeblich über das Ausländer- und Asylrecht bestimmt. Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bedeutet dies gegenwärtig einen jahrelang unsicheren Aufenthaltstatus, mangelhafte Gesundheitsversorgung, einen schlechteren Zugang zu Bildung und sogar Familientrennungen. Zudem wird noch immer ein zentrales Kinderrecht vorenthalten: In asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren werden 16- und 17-Jährige wie Erwachsene behandelt. Sie können damit in Sammellagern oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und vom Bildungssystem ausgeschlossen werden. Schlimmstenfalls können sie sogar in Abschiebungshaft genommen werden. Was das bedeuten kann, konnte etwa in der »Süddeutschen Zeitung« nachgelesen werden, die darüber berichtete, dass in einer bayerischen Erstaufnahmeeinrichtung minderjährige Flüchtende in einen Hungerstreik getreten sind, weil sie unter katastrophalen Umständen zusammengepfercht wurden und dringend in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden müssten.

Alle Willkommen: Plakate an einer Tür der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg laden zum Frauenfrühstück, zu Handarbeitsgruppen und zum Deutschkurs ein. *© Chris Grodotzki*

Dinner for All

2002 wurde in Potsdam erstmals ein »Dinner for All« in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende und Geduldete organisiert. Beim »Dinner for All« sind Bewohner/innen der Unterkunft und Potsdamer/innen dazu eingeladen, Essen zum Treffen mitzubringen, sich kennenzulernen und auszutauschen. Ziel der Initiator/innen ist es, Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenen Alters an einen Tisch zu bringen und ihre Geschichten – seien sie aus Potsdam oder der restlichen Welt – zu hören.
Seitdem findet das »Dinner for All« regelmäßig statt und hat sich im Flüchtlingsheim Potsdam institutionalisiert. Dennoch zogen die ehrenamtlichen Helfer/innen Ende 2012 den Schluss, das Konzept zu überarbeiten und anzupassen, um breiteres Interesse zu wecken. In Zukunft sollen auch politische Themen sowie andere Wünsche und Bedürfnisse in den Veranstaltungen berücksichtigt werden. Anfang 2013 fusionierte das Dinner daher mit den »Interkulturellen Nachmittagen« des Projekthauses Potsdam. Das Angebot an Aktivitäten umfasst nun Sport, Kochen, politische Diskussionen, Musik und Tanz, aber auch die Möglichkeit, verschiedene Sprachen wie Englisch, Französisch, Spanisch, Swahili, Farsi, Persisch, Arabisch, Deutsch und mehr zu lernen.

Die Neuausrichtung hat Erfolg: So fand bereits ein »Dinner for All« statt, das gemeinsam mit der Berliner Asylgruppe von Amnesty International veranstaltet wurde und einen Vortrag und anschließenden Dokumentarfilm zum Thema Residenzpflicht miteinschloss. Bereits zwei Monate später gab es die nächste große Kooperation mit dem Umsonstladen Potsdam für die Ausgestaltung eines Hoffests mit Miniworkshops für selbstgemachtes Kleidungs- und Haushaltsdesign sowie Bastelecken für Kinder.
Auf der Website des Projekthauses Potsdam Babelsberg www.projekthaus-potsdam.de oder direkt vor Ort gibt es die Termine für das »Dinner for All«.

Heike Ruhl

Um auf diesen zweifelhaften und rechtswidrigen Umgang mit jungen Menschen in Deutschland aufmerksam zu machen, organisiert »Jugendliche ohne Grenzen« bundesweite Aktionen. Sie richten zahlreiche lokale Veranstaltungen aus, um Anwohner/innen zu sensibilisieren, gehen in Schulen und Universitäten, um Gleichaltrige aufzuklären und beraten Menschen in ähnlichen Situationen, damit diese ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen können. »Jugendliche ohne Grenzen« tagt zudem jährlich parallel zur Innenministerkonferenz. Denn die dort verabschiedeten Gesetze, Erlasse und Verordnungen haben ganz konkrete Auswirkungen und sind entscheidend für die Zukunft der jungen Menschen. Dabei wählen sie den »Abschiebeminister des Jahres« und zeichnen zugleich mit einem Preis Initiativen aus, die sich tagtäglich in Deutschland für geduldete junge Menschen einsetzen. Die kritische Begleitung der Konferenzen hatte bereits große Erfolge. Auf einer Pressekonferenz berichtete die 21-jährige Nurjana Ismailova, Landeskoordinatorin von J.O.G. in Niedersachsen, die seit zehn Jahren in Deutschland mit einer Duldung lebt, dass »Jugendliche ohne Grenzen« zwei neue Bleiberechtsregelungen mit auf den Weg bringen konnte. Nurjana war durch ihr Engagement an deren Durchsetzung maßgeblich beteiligt. Das hat immerhin 2.000 Jugendlichen einen sicheren Aufenthaltstitel gebracht. Nurjana konnte allerdings nicht davon profitieren. Sie erfüllt zwar alle Kriterien, blieb aber dennoch von Abschiebung bedroht, weil sie für den willkürlich gesetzten Stichtag der Regelung ganze sieben Tage zu alt ist.

Dennoch wird sie sich weiter mit ihren Mitstreiter/innen für die Durchsetzung der Kinderrechte in Deutschland einsetzen. Es gibt hierzulande keine juristischen Instanzen, die Sanktionen aussprechen oder die Wahrung der Kinderrechte verbindlich einfordern – auch das gilt für alle Kinder und Jugendliche in Deutschland. Die Leidtragenden sind aber vor allem geflüchtete Jugendliche. Sie kommen aus Kriegsgebieten oder Diktaturen, sind verfolgt oder misshandelt worden, traumatisiert und müssen sich in einem fremden Land, in fremder Sprache, mit unbekannten Regeln und Gesetzen zurechtfinden – oder besser gesagt zu ihrem Recht finden. Dabei könnte alles so einfach sein. Findet zumindest Rojin von J.O.G. in Baden-Württemberg. In dem Magazin »xclusiv«, beschreibt sie ihre ganz persönliche Vorstellungen von einem humanen Pass: »Herkunft: Erde, Nationalität: irdisch, Geschlecht: Mensch. Adresse: Da wo ich gerade bin.« Eine schöne Vision. Aber bis es soweit ist, werden sich junge Menschen weiterhin für Bleiberecht, Bildungsgerechtigkeit, Rechtsbeistand im Asylverfahren, Anerkennung kinderspezifischer Fluchtgründe oder die Erleichterung von Familienzusammenführungen einsetzen müssen. Auch wenn es das laut UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland offiziell gar nicht mehr geben darf.

Flüchtlinge in der Schule – Schule für Flüchtlinge

Von Heike Ruhl

Beim Thema Flüchtlinge entsteht in den Köpfen vieler Angehöriger der deutschen Mehrheitsgesellschaft meist das Bild von Menschen mit wenig Bildung und vielen Problemen und Bedürfnissen. Viele Flüchtlinge gehörten in ihren Herkunftsländern jedoch zu den bildungsnahen Schichten und verfügen über Bildungsabschlüsse oder hohe zertifizierte Berufsausbildungen. Häufig werden diese persönlichen Ressourcen und Fähigkeiten nicht erkannt oder nicht genutzt. Die persönliche und familiäre Wanderungsgeschichte hat bei vielen Personen soziale und interkulturelle Kompetenzen zur Entfaltung gebracht. Etwa ein Drittel der nach Deutschland Geflüchteten sind unter 14 Jahre alt. Auch Flüchtlingskinder unterliegen der Schulpflicht, allerdings erst, wenn sie die Erstaufnahmeeinrichtung hinter sich gelassen haben. Ob Flüchtlingskinder einen Anspruch auf einen Kita-Platz haben, ist in den einzelnen Bundesländern leider unterschiedlich geregelt. Landesabhängig ist auch, welche Fördermöglichkeiten den Schulen zur Verfügung gestellt werden, um die nicht-deutsch sprechenden Kinder auf den Unterricht vorzubereiten.

Eine Chance auf Bildung hängt von der Schule ab

Die Regionalen Arbeitsstellen (RAA) sind Träger, die sich den Herausforderungen Bildung, Integration und Demokratie widmen. Sie sind gute Partner für Schulen bei der Integration von Flüchtlingen in den schulischen Alltag und bieten Kooperation und Hilfestellung an.

Ob Flüchtlingskinder hier eine faire Chance auf Bildung haben, hängt entscheidend vom Engagement der Schule und der Lehrenden ab. Dazu Christian Utpatel, Geschäftsführer der RAA Mecklenburg-Vorpommern: »Im Idealfall haben Bildungseinrichtungen bereits eigene Leitlinien für die Aufnahme von Seiteneinsteigern für sich entwickelt, die regelmäßig zur Anwendung kommen. Hierbei sollte neben der sprachlichen Förderung auch die Ansprache und Einbindung von Eltern und zum Beispiel Patenschaften zwischen Schülerinnen und Schülern bedacht und geplant werden. Klassenleiterinnen und Klassenleiter fällt bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern eine besondere Verantwortung zu, da die Umgangskultur im Klassenverband ein entscheidender Faktor für eine gelingende Integration der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ist. Auch Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter können diesen Prozess unterstützen und begleiten. Jede Schule sollte es trotz eines ‚vollen Stundenplans' ermöglichen, Neuankömmlingen Interesse, Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken. Das kann durchaus auch Bestandteil von Lernprozessen im Unterricht sein.«

Was im schulischen Kontext getan werden kann

Eine weitere RAA ist die RAA Hoyerswerda/Ostsachsen. Hoyerswerda nimmt rund 120 Flüchtlinge auf. Deshalb wird nun eine ehemalige Förderschule zu einer Gemeinschaftsunterkunft umgebaut. Bei den Einwohner/innen der sächsischen Kleinstadt ruft die Stadtratsentscheidung im Oktober 2013 Bedenken hervor. Auf einer Bürgerversammlung äußern die zahlreichen Teilnehmenden, dass sie sich um die Sicherheit sorgen. Außerdem will man nicht, dass die Stadt zu viel Geld für den Umbau der Schule ausgibt. Diese Ressentiments stützen sich auf Fehlinformationen und Unwissenheit, weshalb die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu dieser Thematik eine grundlegende Aufgabe für eine gelungene Willkommenskultur ist. Jens Leschner von der RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. erarbeitet deshalb ein Konzept, wie Schulen sich und ihr Umfeld auf die Ankunft von Geflüchteten vorbereiten können.

Heike Ruhl: Können Sie beschreiben, wie Schulen dazu beitragen können Willkommensstrukturen zu entwickeln?

Jens Leschner: Die RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. wird sich zunächst dem Aufgabenfeld der Sensibilisierung für Asylsuchende innerhalb der Schulen widmen. Dieses aktuell in der Entstehung befindliche Konzept soll zwei Schwerpunkte beinhalten. Erstens wollen wir für die Situation von Asylsuchenden sensibilisieren und Vorurteile in unserer Stadt abbauen. Zweitens wollen wir in jeweils angepasster Vermittlungsform rechtliche Grundlagen in Deutschland erklären sowie Möglichkeiten des gemeinsamen, toleranten und aktiven Zusammenlebens in unserer Stadt aufzeigen.

Warum sind Schulen als Akteur für eine Willkommenskultur so entscheidend?

Die Schaffung einer Willkommenskultur wird von vielen Faktoren beeinflusst, welche zudem nicht auf das Arbeitsfeld Asylsuchende in einer Kommune reduziert werden können. Dies beinhaltet auch die Kerngebiete der allgemeinen Arbeit im Feld der Demokratie, Wertevermittlung und Bildung der RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. Die Basis für die laufende Konzeption bildet die jahrelange Arbeit der RAA Hoyerswerda/Ostsachsen u.a. im Bereich der politisch-historischen Bildung, Workshops der Demokratiebildung sowie in den Bereichen Mobbing und dem Einfluss der Programme »Ein Quadratkilometer Bildung« und dessen Konzeptionen, welche alle mit Kitas, Grundschulen sowie weiterführenden Schulen durchgeführt wurden.

Am Ball bleiben: Dresdner Fußballfans laden Asylsuchende ins Stadion ein

SG Dynamo Dresden: Viele Menschen assoziieren den Verein noch mit längst vergangenen Europapokalerfolgen oder mit Randalen in der jüngeren Vergangenheit. Dass sich die SGD seit einigen Jahren für mehr Toleranz und gegen Rassismus engagiert, ist weniger bekannt. Seit 2012 kooperiert die antirassistische Faninitiative 1953international der SG Dynamo Dresden mit der AG Asylsuchende aus Pirna. Zusammen haben sie das Projekt »Am Ball bleiben – Dynamo-Fans laden Flüchtlinge ins Stadion ein« ins Leben gerufen – und beim Spiel gegen den FC Energie Cottbus im Rahmen der FARE »weeks against racism« im Oktober 2013 erneut ein deutliches Zeichen gegen Rassismus gesetzt.

Von Laura Piotrowski

Es ist Sonntagmittag, Dynamo Dresden spielt zu Hause gegen den Brandenburger Rivalen Energie Cottbus. Am Hauptbahnhof soll es ein Treffen mit Mitgliedern der antirassistischen Faninitiative 1953international geben. Diese erwarten eine große Gruppe Flüchtlinge, die zurzeit in Pirna leben. Seit fast einem Jahr lädt die Faninitiative zusammen mit der AG Asylsuchende Pirna Flüchtlinge zum gemeinsamen Stadionbesuch ein. Mit dieser und anderen Aktionen soll ein Zeichen gegen menschenverachtende Asylpolitik gesetzt werden, auch ist den Fußballaktivist/innen der Kontakt zu den Flüchtlingen wichtig. »Wir wollen den Menschen eine Freude mit dem Spielbesuch machen. Aber wir möchten auch den Dresdnerinnen und Dresdnern Wissen über das Leben von Flüchtlingen hier vermitteln und Kontakte herstellen«, erklärt Gerd* von 1953international.

Motto des Derbys: Love Dynamo, hate Racism

Am Stadion angekommen macht sich Aufregung breit. Zum zweiten Mal stellt 1953international gemeinsam mit der AG Asylsuchende nun die Einlaufkinder für ein Heimspiel. Heute ist die Aktion Teil der FARE-Wochen gegen Rassismus. Zwei Teams aus neun Flüchtlingskindern und 13 Kindern mit Behinderung werden gemeinsam mit den Mannschaften einlaufen. Das Team der Schwarz-Gelben und alle Einlaufkinder tragen die gleichen Trikots, auf der Brust prangt der Schriftzug »Love Dynamo – Hate Racism. 1953international«. Gestaltet wurden die Trikots in Zusammenarbeit mit dem Verein, der Hauptsponsor Veolia Umweltservice Ost verzichtet zugunsten der Aktion auf seine Präsenz auf dem sogenannten »Nicki« (sächsische Mundart) der Mannschaft.

Die Faninitiative 1953international lädt gemeinsam mit der AG Asylsuchende Flüchtlinge ins Stadion ein, stellt Einlaufteams mit geflüchteten Kindern und organisiert Feriencamps. Einlaufkinder bei einem Spiel von Dynamo Dresden gegen Energie Cottbus. *© AG Asylsuchende Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge*

In Kooperation mit dem Verein erscheinen auch zwei Artikel im Stadionheft »Kreisel« zum Spiel, das ganz im Zeichen des Kampfes gegen Rassismus stehen soll. Dynamo Geschäftsführer Christian Müller erklärt darin: »Die Antirassismus-Arbeit ist für uns als Verein von großer Bedeutung.«

1953international leistet seit 2006 vielfältige Arbeit

Außerdem stellt sich im Stadionheft »Kreisel« auch die Faninitiative 1953international vor und erläutert dort den Hintergrund der FARE-Aktionswochen, die sich europaweit gegen Rassismus und Homophobie wenden. Seit 2006 engagieren sich Fans der SGD in dieser Initiative, die eine offene Kurve und keinen Rassismus im Stadion wollen. Noch im Gründungsjahr hatten sie im Rahmen der FARE-Wochen gemeinsam mit dem Verein den Slogan »Rassismus ist kein Fangesang« präsentiert. Heute prangt er bei jedem Heimspiel auf den Anzeigetafeln unter der Torzählung. »Ich finde, dass sich das Klima im Stadion seit Beginn unseres Engagements sehr positiv verändert hat. Besonders im K-Block, wo die aktiven Fans stehen, zeigt sich das. Rassistische Sprechchöre und Rufe sind bei Heimspielen selten geworden, viele Fans tragen unsere Nickis«, erklärt Gerd vor dem Spiel. Auch viele Mitglieder der aktiven Fanszene schätzten das Engagement der Gruppe.

Seit 2012 ist die Faninitiative gemeinsam mit der AG Asylsuchende aktiv und arbeitet mit Flüchtlingen zusammen. Zu vielen Heimspielen laden die beiden Initiativen gemeinsam Flüchtlinge ein, zum zweiten Mal stellen sie die Einlaufkinder. In den Osterferien 2013 lud der Verein vier Flüchtlingskinder zu einem der Dynamo Feriencamps ein, fünf Tage lang spielten die Kinder Fußball, trafen Dynamo-Spieler oder gingen auf die Kegelbahn. Für die Kinder war das eine abwechslungsreiche Woche und eine gute Möglichkeit, mit deutschen Kindern Freundschaften zu knüpfen. Im November 2013 wurde das Projekt der beiden Initiativen deshalb vom sächsischen Ausländerbeauftragten mit dem Sächsischen Integrationspreis 2013 ausgezeichnet.

Fans und Verein gemeinsam gegen Rassismus

Zurück zum Spiel: Mittlerweile ist das Stadion gut gefüllt, 29.563 Fans warten auf den Anstoß. Der Countdown zum Spielbeginn läuft, das Spielfeld wird von den Werbebannern geräumt, die Einlaufkinder nehmen gemeinsam mit den Mannschaften Aufstellung und betreten schließlich das Spielfeld. An den Händen der Spieler stehen vorwiegend Mädchen, einige sind schon das zweite Mal dabei, allen stehen Freude und Stolz ins Gesicht geschrieben. Gerd lobt, dass viele Mädchen dabei sind. Zudem findet er es gut, dass zwei Gruppen, die von der Gesellschaft schwach gemacht würden, heute und hier stark sein könnten und vor einem ausverkauften Stadion zusammen ein Zeichen gegen Rassismus setzten.

Die Kinder dürfen die Nickis und Hosen, die sie tragen, behalten – eine nachhaltige Erinnerung an ihren großen Auftritt. Währenddessen sind die Fernsehkameras auf die Kinder gerichtet, ein Mädchen aus dem Irak winkt freudig ins Bild. Die Achtjährige ist schon das zweite Mal Einlaufkind und war auch beim Besuch der Dynamo-Feriencamps dabei.

Mickael Poté schießt das Siegtor im Trikot gegen Rassismus

In der 71. Spielminute schießt dann Mickael Poté endlich das erste Tor des Spiels. Das Stadion birst vor Freude, die Fans springen von den Plätzen und jubeln ihrem Stürmer aus Benin zu, der auch schon mit rassistischen Anfeindungen zu kämpfen hatte. Besonders, weil er seit fast einem Jahr kein Tor mehr geschossen hatte, aber immer wieder in der Startelf stand, gab es viel Murren und auch vereinzelte rassistische Schmähungen gegen ihn. Als er nun beim Spiel gegen Energie Cottbus zum Kopfballtor hochspringt und Dresden damit in Führung bringt, prangt der Schriftzug »Love Dynamo – Hate Racism« auf seiner Brust. Nach 90 Minuten geht die Dresdner Mannschaft schließlich mit einem Sieg vom Platz. Vielleicht haben ihr die Einlaufkinder wieder ein bisschen Glück gebracht – auch bei der letzten Aktion mit Flüchtlingskindern beim Spiel gegen den SC Paderborn hatte die Mannschaft gesiegt. An diesem Sonntag jedenfalls haben Fans und Verein gemeinsam ein Zeichen gegen rassistische Ausgrenzung gesetzt – und gewonnen.

**Name von der Redaktion geändert*

Integration durch Sport – ein Beispiel aus Dresden

Der Ruheständler Jochen Gunkel organisiert in Dresden Sportkurse für Migrantinnen und zeigt damit, wie man sich vor Ort für ihre Interessen und Wünsche engagieren kann. Gunkel ist seit 2011 ehrenamtlich in der Sportförderung für Kinder und Jugendliche tätig. Sport bringt für ihn nicht nur Bewegung und Spaß, sondern kann auch ganz wesentlich zu gegenseitiger Anerkennung und zur Überwindung von Sprachhemmnissen beitragen. Er ist überzeugt: »Nirgendwo ist Integration leichter zu beginnen als beim Sport.« Sein Wunsch, etwas in Dresden zu bewegen, führte Gunkel auch zum »Ausländerrat Dresden«. Hier stellte sich in Gesprächen mit den Leiterinnen des »Frauentreffs« heraus, dass die migrantischen Mädchen und Frauen nicht nur nach Möglichkeiten suchten, sich sportlich zu betätigen, sondern auch ein ganz gezieltes Anliegen hatten: Sie wollten Fahrradfahren lernen. Und Gunkel fing an zu organisieren, nachzufragen und Kontakte zu knüpfen. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen, denn es gelang, ganz verschiedene Akteure der Stadt Dresden in den Fahrradkurs einzubinden. Die Verkehrswacht stellte das Übungsgelände, der Fachdienst »Prävention« der Dresdner Polizei half bei der Theorie und der »Dolmetscherdienst Dresden« sorgte für den Abbau von Sprachbarrieren. Und nicht nur das: Über Spenden konnte jeder Teilnehmerin zum Abschluss der Kurse ein Fahrrad und ein Helm zur Verfügung gestellt werden. Auf diesem Wege haben die Frauen ein ganzes Stück an Selbstsicherheit und Mobilität gewonnen. Sie nutzen das Fahrrad für die Wege zur Arbeit, zum Supermarkt oder auch, um die Gegend kennenzulernen.

Für den Erfolg der Fahrradkurse wurde Jochen Gunkel 2012 stellvertretend mit dem Sächsischen Integrationspreis ausgezeichnet. Und er ist weiterhin engagiert. Die Nachfrage bei den Migrantinnen ist nach wie vor groß und in der Zwischenzeit hat Gunkel auch einen Schwimmkurs für muslimische Frauen auf den Weg gebracht. Ähnlich wie bei den Fahrradkursen eröffnen sich ihnen dadurch neue Möglichkeiten, etwa die Teilnahme an den sportlichen Aktivitäten ihrer Kinder. Und auch Dresden verändert sich: Durch die Sportkurse werden gerade migrantische Frauen im Stadtbild sichtbarer. Für Menschen, die sich auf ähnliche Weise engagieren wollen, hat Gunkel vor allem einen Tipp: »Am wichtigsten ist es, zunächst bei den örtlichen Migrant/innenorganisationen das Interesse und den Bedarf abzufragen.«

Kristin Witte

Fahrradfahren macht unabhängiger und mobiler. Teilnehmer/innen des Frauentreffs und des Fahrradkurses mit Betreuer/innen und Dolmetscherinnen in Dresden. *© WochenKurier/Keil*

Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt! mobilisiert als breites Bündnis aus Parteien, Initiativen, Stiftungen und Einzelpersonen gegen die rassistische Hetze gegen Geflüchtete. In der AG Willkommenskultur organisieren Menschen aus dem Bündnis zahlreiche Aktionen, die Geflüchtete in Vorpommern willkommen heißen.

© Bündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!

»Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.« (Matthäus 25,35)

Die christlichen Kirchen als Akteur in der Unterstützung von Geflüchteten

Von Kristin Witte

»Die ganze Bibel ist ein Buch für Flüchtlinge. Aber auch für ihre Unterstützerinnen und Unterstützer«, erzählt der Berliner Pfarrer Bernhard Fricke. Er ist für die evangelische Kirche als Seelsorger im Brandenburger Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt tätig und engagiert sich außerdem in dem ökumenischen Verein »Asyl in der Kirche«. Für Fricke steht außer Frage, dass sich die Kirchen – egal ob katholisch, evangelisch oder freikirchlich – für eine antirassistische Gesellschaft einsetzen. Die Begründung findet sich im christlichen Glauben und den Überlieferungen des Alten und Neuen Testaments. Dazu gehört nicht nur die Ebenbildlichkeit der Menschen mit Gott, aus der sich Menschenwürde und gleiche Rechte für alle ableiten. Bernhard Fricke ergänzt: »Gott sieht die Not der Bedrängten und stellt sich ihnen an die Seite. Das tun wir als Christinnen und Christen auch. Auch Jesus identifiziert sich mit den Flüchtlingen und fordert dazu auf, sie aufzunehmen.«

Die Kirchenasylbewegung

Ganz praktisch bedeutet diese Forderung, dass immer wieder Kirchengemeinden Flüchtlinge in ihren Räumen aufnehmen, die akut von Abschiebung bedroht sind – sie geben Kirchenasyl. Die Entstehung der europäischen Kirchenasylbewegung ist eng verknüpft mit der weltweiten Zunahme von Flüchtlingszahlen seit den 1970er Jahren und der gleichzeitigen Verschärfung der Asylgesetzgebung. In einem gesellschaftlichen und politischen Klima, das immer deutlicher von Rassismus geprägt war, entschloss sich 1983 erstmals eine Berliner Kirchengemeinde, palästinensischen Familien Schutz vor einer Abschiebung in das Bürgerkriegsland Libanon zu bieten. Aus einzelnen Gemeinden und engagierten Christ/innen wurde über die Jahre ein ganzes Netzwerk, das in Deutschland seit 1994 von dem ökumenischen Verein »Asyl in der Kirche« koordiniert und unterstützt wird. Dabei wirkt der Verein nicht nur in die Kirchen, um eigene Schwerpunkte in der Flüchtlingsarbeit zu setzen, sondern ist auch Beratungsstelle für Gemeinden, die mit einem Kirchenasyl beginnen möchten oder Unterstützung bei der juristischen Betreuung der beherbergten Flüchtlinge brauchen.

Unterstützung, die Zeichen setzt

Ob sich eine Gemeinde letztlich für ein Kirchenasyl entscheidet, hängt von vielen Faktoren ab: Können wir einen Raum sowie die notwendigen Mittel zum Überleben zur Verfügung stellen? Wurden alle anderen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und besteht die Chance, dass eine Lösung gefunden wird, die die Abschiebung vermeidet? Gibt es einen Unterstützer/innenkreis, der die Geflüchteten in das Gemeindeleben einbindet? »Mit dem Kirchenasyl werden die Behörden immer auf das besondere Schicksal eines Einzelnen oder einer Familie hingewiesen. Meistens gelingt es, eine Lösung zu finden. Gleichzeitig wird damit ein Zeichen gesetzt, dass das Asylverfahren nicht immer fehlerfrei ist und die Gesetze nicht in jedem Einzelfall helfen«, berichtet Fricke von seinen Erfahrungen.

In den meisten Fällen werden kirchliche Räume und mehr noch das Engagement der Kirchen von staatlicher Seite respektiert. Theoretisch könnten auch Gemeinden anderer Religionen eine Zuflucht für Schutzsuchende anbieten. So wurden im Sommer 2013 zwölf afrikanische Flüchtlinge von der Moschee-Gemeinde in Glinde bei Hamburg aufgenommen.

Jedes Kirchenasyl ist anders

Die christlichen Gemeinden haben 2012 bundesweit 50 Kirchenasyle für 105 Personen ermöglicht. Ein Jahr später bekam vor allem die humanitäre Aufnahme von Lampedusa-Flüchtlingen in der St. Pauli Kirche in Hamburg viel Medienaufmerksamkeit. Hier finden seit Anfang Juni 2013 80 ebenfalls afrikanische Flüchtlinge Schutz vor Abschiebung nach Italien. Obwohl Bernhard Fricke betont, dass jedes Kirchenasyl anders ist, erkennt er doch eine Entwicklung: »Eine besondere Herausforderung in den letzten Jahren sind Kirchenasyle im Dublin II-Verfahren. Danach sollen Flüchtlinge wie jene in Hamburg in das Land zurückgeschoben werden, in dem sie zum ersten Mal in Europa angekommen sind. Manchmal geht das aber nicht, weil die Versorgung ihrer Krankheit dort nicht möglich wäre, weil sie kein faires Verfahren bekommen oder weil ein anderes Land sie in ihre Herkunftsländer abschieben würde.«

Kirchenasyl ist nur ein Anfang

Der Erfolg der Kirchenasylbewegung ist beachtlich. In mehr als 70 Prozent aller Fälle konnten Flüchtlinge vor unmenschlichen Härten oder Gefahren für Leib und Leben geschützt werden. Fricke denkt außerdem, dass die »Härtefallkommissionen« in jedem Bundesland ein Erfolg der Bewegung sind. Seit 2005 können hier Petitionen eingereicht und um eine Überprüfung einer Entscheidung vor Gericht gestritten werden.

Doch das christliche Engagement für Flüchtlinge und gegen Rassismus sollte nicht beim Kirchenasyl enden. Es braucht Menschen, die in ihren Kirchengemeinden immer wieder durch praktisches Handeln ein Zeichen für Menschenrechte und Humanität setzen. Dafür braucht es Offenheit und immer wieder Gespräche. »Ich gehe neben meiner eigenen Arbeit in der Abschiebungshaft sehr gerne in Kirchengemeinden, in Gesprächskreise und Gre-

mien, auch um gemeinsam Gottesdienst zu feiern«, berichtet aFricke. »Das Gebet und die Begegnung mit Gott in den Flüchtlingen ist eine große Ermutigung. Und natürlich macht es auch Spaß, an der Gestaltung einer menschlichen Gesellschaft mitzuwirken.«

Position beziehen: Kirche in Sachsen

Diese Mitwirkung und vor allem das christliche Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist das Ziel eines anderen ökumenischen Zusammenschlusses. In Sachsen beobachtet die »Arbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus« mit Sorge, dass rechtes Denken immer mehr in die »Mitte« der Gesellschaft vordringt. Gegründet wurde die Arbeitsgemeinschaft, um Gemeindemitglieder für das Problem des Rechtsextremismus zu sensibilisieren und das oftmals »politisch abstinente« Umfeld der sächsischen Kirchen zu aktivem Engagement gegen rechts zu motivieren.

Ein Blick auf die Stadt Schneeberg im Erzgebirge zeigt, wie notwendig eine deutliche Positionierung der Kirchen ist. Gemeinsam mit der NPD protestierten hier Bürger/innen wiederholt gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Die Bilder der martialischen Fackelmärsche gingen im Herbst 2013 durch die Medien und wurden zu einem Sinnbild für die aktuelle Flüchtlingshetze. Pfarrer Karl-Heinz Maischner, Leiter der »AG Kirche für Demokratie«, und Dr. Harald Lamprecht sind sich einig, dass hier von kirchlicher Seite in der Vergangenheit einiges versäumt wurde. »In den Kirchgemeinden sind viele Menschen nicht wirklich auf die Ankunft von Flüchtlingen vorbereitet und reagieren darum mit Unsicherheit und Angst. Das ist schlecht, denn Ängste müssen ausgesprochen werden können, sonst wachsen sie. Das hilft dann der NPD und schadet den Menschen, die hier auf unsere Hilfe angewiesen sind«, ergänzt Harald Lamprecht.

Nächstenliebe ist langfristig gedacht

Kurze oder plakative Aktionen dürfen allerdings nicht die Antwort sein. Stattdessen braucht es in den Gemeinden geduldiges und dauerhaftes Engagement. Dabei können die Kirchen einerseits die Aufgabe übernehmen, alle demokratischen Kräfte zu vernetzen und an »runde Tische« zusammenzubringen. Andererseits sollten besonders in ländlichen Räumen die undifferenzierten Ängste der Menschen aufgenommen, angesprochen und durch Begegnungsmöglichkeiten abgebaut werden. Für Pfarrer Maischner heißt das: »Jeder Gottesdienst, jede kirchliche Veranstaltung und vor allem jede Möglichkeit öffentlicher Meinungskundgabe kann dazu genutzt werden, sich gegen Menschenfeindlichkeit und für Nächstenliebe zu äußern!«

»Uns geht es um humanitäre Hilfe«: Eine Moschee in Glinde nimmt Flüchtlinge auf

Eigentlich ist das kleine Zimmer unter dem Gebetsraum der Moschee in Glinde für die Jugendlichen der Gemeinde gedacht. Doch seit Mai 2013 dient es als Unterkunft für afrikanische Bürgerkriegsflüchtlinge. Als Teil einer Gruppe von 300 Menschen waren die zwölf Männer über Italien nach Hamburg gekommen. Von den italienischen Behörden hatten sie Reisepapiere bekommen – somit dürfen sie sich im gesamten Schengen-Gebiet aufhalten. In Hamburg lebten die Flüchtlinge zunächst auf der Straße, ein Teil von ihnen ging zum Beten in die Hamburger Centrum-Moschee. Dort trafen sie ein Vorstandsmitglied der Glinder Gemeinde. Als dieser von ihrem Schicksal hörte, beschloss er kurzerhand, die Flüchtlinge in seiner Moschee unterzubringen. »Uns ist egal, was die Behörde dazu sagt, dass wir den Flüchtlingen Schlafplätze geben, uns geht es nur um humanitäre Hilfe«, begründete ein Vorstand das Engagement in der »taz«. Anfänglich versuchte die Gemeinde noch, die Hilfe für die Männer alleine zu organisieren: So spendeten die Mitglieder Geld, um Lebensmittel und das Nötigste kaufen zu können, oder brachten persönlich Essen vorbei. Doch irgendwann konnten die 70 Gläubigen die Versorgung der Flüchtlinge nicht mehr alleine bewältigen – sie baten die Bürgerinitiative »Glinde gegen rechts« um Hilfe. Diese startete einen Spendenaufruf, der seine Wirkung nicht verfehlte: Zahlreiche Sach- und Lebensmittelspenden sowie Gutscheine für Supermärkte gingen ein. Und auch sonst war die Hilfsbereitschaft groß: Drei Lehrerinnen meldeten sich und geben seitdem den geflüchteten Männern Deutschunterricht, der TSV Glinde schuf die Möglichkeit zu trainieren und organisierte sogar ein Fußballturnier, bei dem die Betriebssportmannschaft der Hamburger Polizei gegen die Lampedusa-Flüchtlinge spielte. Mittlerweile hat die Stadt Glinde die Männer als Wohungslose registriert und fünf von ihnen in einem Reihenhaus untergebracht. Die restlichen Flüchtlinge leben noch in der Moschee, für sie wird eine alte Polizeistation als Unterkunft eingerichtet. Dann werden sie das kleine Zimmer unter dem Gebetsraum verlassen.

Joachim Wolf

»Rassismus ist ein allgegenwärtiges Problem«: Geflüchtete und Asylsuchende als Betroffene rechter Gewalt

Der Verein LOBBI unterstützt und berät seit dem Jahr 2001 parteiisch Betroffene rassistischer und rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Daneben setzen sich fünf hauptamtliche und teils ehrenamtliche Mitarbeiter/innen des Vereins dafür ein, die Öffentlichkeit für die Perspektive der Betroffenen zu sensibilisieren und thematisieren die gesellschaftlichen Kontexte der Angriffe. Im Interview mit Anja Schwalbe berichtet Friederike Wardenga von LOBBI, welchen Bedrohungen Geflüchtete in Deutschland ausgesetzt sind und welche Unterstützung die Opferberatungen den Betroffenen bieten.

Schwalbe: Mit welchen Haltungen aus der Bevölkerung sehen sich Geflüchtete derzeit – vor allem außerhalb größerer Städte – konfrontiert?

Warenga: In einigen Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern werden Geflüchtete zunehmend dezentral untergebracht, allerdings leider nicht, wie häufig gefordert, in zentralen Orten mit guter Infrastruktur und zivilgesellschaftlicher Unterstützung, sondern in kleinen Orten auf dem Land. Abgesehen davon, dass der Weg zum Sozialamt oder zur Ausländerbehörde hier zur Tagesaufgabe wird, werden Asylsuchende von der Bevölkerung häufig zum »Problem« erklärt. Dies führte beispielsweise in Blankensee, einem kleinen Ort im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte dazu, dass etwa 250 Bürger/innen auf einer Einwohner/innenversammlung gegen die Aufnahme von Asylsuchenden protestierten. Mit Erfolg sozusagen – denn statt der 14 geplanten Wohnungen, die Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden sollten, wurde sich auf dieser Versammlung auf nur noch fünf Wohnungen geeinigt. Auch in anderen Orten kam es zu Aktionen gegen die Unterbringung von Geflüchteten, wie Unterschriftensammlungen, Aufkleber- und Sprühaktionen oder eingeworfenen Scheiben.

Welche Übergriffe hat es in letzter Zeit gegeben?

Wir haben in diesem Jahr alleine in Mecklenburg-Vorpommern bereits mehr als 30 Aktivitäten der NPD beziehungsweise von Neonazis gegen Asylsuchende registriert. Diese reichen von Anträgen gegen die Unterbringung in konkreten Ortschaften über Flyeraktionen, Infostände und Demonstrationen bis hin zu körperlichen Angriffen und zielgerichteter Sachbeschädigung, bei denen eine ernsthafte Gefährdung des Lebens der Betroffenen in Kauf genommen wurde.

Welche Angebote für Betroffene gibt es und an wen können sie sich wenden?

Nach einem rechten Angriff können sich die Betroffenen an die Opferberatungsstelle des jeweiligen Bundeslandes wenden, in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise also an die LOBBI. Wir bieten psychosoziale Beratung an, bereiten auf Behördengänge und ggf. einen Gerichtsprozess vor, unterstützen beim Stellen von Anträgen, wie zum Beispiel für finanzielle Unterstützung, vermitteln Anwälte und begleiten Vorfälle bei Bedarf mit Öffentlichkeitsarbeit.

Häufig beginnen die Probleme jedoch schon viel früher und Asylsuchende sind regelmäßig mit Rassismus und Ausgrenzung konfrontiert. Insbesondere auf dem Land und in kleineren Ortschaften gibt es jedoch nur wenig Angebote zur konkreten Unterstützung bei rechtlichen oder medizinischen Fragen, es gibt kaum Deutschkurse oder Freizeitangebote.

Wie verhalten sich kommunale Verwaltungen, zuständige Ämter und Heimleitungen zu der Gewalt gegen Geflüchtete und Asylsuchende?

Wir von der LOBBI bemühen uns um einen engen Austausch mit den zuständigen Sozialarbeiter/innen. Hierbei machen wir ganz unterschiedliche Erfahrungen. Rassismus wird häufig geleugnet oder aufgrund mangelnder Sensibilisierung nicht wahrgenommen. Selten werden wir durch Ämter, Heimleitungen oder eben Sozialarbeiter/innen über entsprechende Vorfälle informiert. Spricht man jedoch mit den potentiell von Rassismus betroffenen, zeichnet sich ein anderes Bild – Rassismus ist ein allgegenwärtiges Phänomen. Häufig subtil, oft auch direkt durch Worte oder Gesten und manchmal offen durch körperliche Gewalt.

Gibt es Zahlen darüber, wie häufig Geflüchtete in Deutschland Opfer rechter Gewalt werden? Wo werden solche Übergriffe dokumentiert?

Die Internetseite www.dok-maar.de dokumentiert deutschlandweit rassistische Aktionen und rechte Übergriffe auf Geflüchtete. Dabei wird sie unter anderem durch die Opferberatungsstellen der verschiedenen Bundesländer unterstützt.

Welche Unterstützung brauchen die Beratungsstellen?

Für uns ist es natürlich wichtig, überhaupt von rassistischen Übergriffen zu erfahren. Häufig werden Angriffe nicht zur Anzeige gebracht, weshalb wir aus der Presse nicht davon erfahren. Daher sind wir auf Kooperationspartner/innen angewiesen, die sensibilisiert sind und sich an uns wenden. Unabhängig davon fordern wir eine offene Zivilgesellschaft, die sich für eine aktive Willkommenskultur einsetzt und rassistischen Tendenzen in der Bevölkerung etwas entgegen stellt.

Zur Situation queerer Refugees

Geflüchtete finden in öffentlichen Debatten selten Erwähnung bei Themen wie Sexualität und Geschlecht. In Deutschland existiert bereits seit 1988 juristisch die Möglichkeit, bei Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung (Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe) Asyl zu erhalten. Diese Rechte wurden nicht zuletzt durch den Europäischen Gerichtshof im November 2013 gestärkt, nachdem deutsche Gerichte entsprechende Anträge regelmäßig abwiesen.

De facto entstehen allerdings in der Praxis vielfältige Hürden. Da Homosexualität bereits in vielen Herkunftsländern tabuisiert wird und ein Outing Lebensgefahr bedeutet bis hin zu Haft-, Folter- und Todesstrafen, stellt auch ein Outing vor Fremden und Behörden-Mitarbeiter*innen eine starke Barriere dar. Um Asyl beantragen zu können, bedarf es jedoch eines offenen Umgangs hiermit. Bei einer Anhörung werden zudem meist männliche Dolmetscher hinzugezogen, die aus entsprechenden Herkunftsländern stammen. Diese Situation hemmt viele Geflüchtete daran, über ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten zu sprechen.

Hindernisse entstehen jedoch auch auf der Seite der Aufnahmebehörden. Die Angestellten folgen dem Auftrag, die Asylgründe möglichst genau zu prüfen: Wenn diese Kultur des Verdachts mit homofeindlichen Einstellungen einhergeht, kommt es nicht selten zur Beugung des Rechts.

In der deutschen Aufnahmekultur werden LGBT*I*-Personen schlicht nicht beachtet und damit unsichtbar gemacht. Diese Leerstelle versuchen einige Organisationen zu füllen. Les Migras und Gladt e.V. in Berlin sowie der Migrationsrat Berlin Brandenburg sind beispielsweise Ansprechstellen, die sowohl ein breites Beratungsangebot haben als auch informierende und empowernde Veranstaltungen anbieten wie etwa den Workshop »Asyl und Comingout«. Dabei geht es neben aufenthaltsrechtlichen Fragen immer auch um die Bewältigung des alltäglichen Lebens als Mehrfachdiskriminierte*r. Weiterhin besteht hier jedoch ein großer Sensibilisierungsbedarf in der Wahrnehmung komplexer Lebensrealitäten geflüchteter Menschen.

Naemi Eifler

Neben ganz praktischer Hilfe sind auch soziale Kontakte und die rechtliche, psychologische und medizinische Betreuung und Beratung wichtige Bestandteile von Willkommenskultur. *© Theo Schneider*

Fakten gegen Vorurteile

In die deutsche Asyldebatte mischen sich oft Vorurteile statt Fakten, subtile Gefühlslagen überlagern rationale Tatsachen. Diese Gemengelage machen sich Neonazis zunutze, die mit ihrer rassistischen Hetze bestehende Ängste von Anwohner/innen aufgreifen und für ihre Zwecke instrumentalisieren. Das zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel der selbst ernannten »Bürgerinitiativen«, die sich schnell zusammenfinden, wenn es um die Einrichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte geht.

Von Alice Lanzke

Besonders gefährlich: Nicht jede/r dieser »besorgten Bürger/innen«, wie es im Duktus der rechten Initiativen gerne heißt, ist rechtsextrem. Durch die offene Propaganda politisch klar einzuordnender Diskutierender verschärft sich jedoch schnell das Diskussionsklima – Solidarisierungseffekte treten ein. So lassen sich auch nicht-rechte Menschen leicht mit in den Strudel aus Aggression, Vorurteilen und Hass hineinziehen.

Für Neonazis geht es bei der offenen Hetze gegen Asylsuchende um den Aufbau und das Aufrechterhalten typischer Feindbild-Strukturen. Verallgemeinerung und Vereinfachung komplexer sozialer Gefüge erzeugt ein künstliches »Gruppen-Wir«, das dann gegen das feindliche »Die Anderen« abgegrenzt wird. Durch die ständige Wiederholung radikaler Stereotype und fanatischer Zukunftsvisionen geht es den Rechtsextremen darüber hinaus darum, Ängste in der nicht-rechten Bevölkerung zu schüren.

Mit dieser vergleichsweise leicht zu durchschauenden Strategie der Eskalierung versuchen Neonazis, Diskussionen zu verschärfen und zu radikalisieren. Ziel dieser Strategie ist, rationale Argumentationsgrundlagen zu entkräften, um Unruhen sowie Aggressionen zu entfesseln. Anwohner/innen sollen »endlich handeln«, so zumindest die oft verwendete Forderung rechter Propagandisten.

Den leider nicht nur sprachlichen Eskalierungsversuchen durch Rechtsextreme begegnet man am besten mit Versachlichung: Viele der vermeintlichen Argumente, die von Neonazis gegen Asylsuchenden gerne angebracht werden, lassen sich leicht entkräften – einige Beispiele:

»Deutschland wird überrannt«

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte fest, dass viele Deutsche große Angst vor einer vermeintlichen »Überfremdung« haben. Grundlage dafür ist das Gefühl, Deutschland nehme viel mehr Flüchtlinge als andere Länder auf. Tatsächlich werden in Deutschland mehr Anträge auf Asyl als in anderen europäischen Ländern gestellt. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass Deutschland auch eines der größten und bevölkerungsreichsten Länder Deutschlands ist.

Dieses Bild dreht sich, setzt man die Zahl der Anträge ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Auf der Seite »Fakten gegen Vorurteile« des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses e. V. (ifp) wurde dies für 2011 exemplarisch gemacht: Im Verhältnis fällt Deutschland dann etwa im Jahr 2011 auf Platz sieben der Aufnahmeländer. In Dänemark, der Schweiz und Belgien werden demzufolge deutlich mehr Asylanträge pro Kopf gestellt. In Schweden, dem Spitzenreiter, suchen nach der Rechnung des ifp sogar fünfmal so viele Menschen Asyl wie in Deutschland.

»Die Asylsuchenden nehmen uns die Arbeitsplätze weg«

In den ersten neun Monaten nach ihrer Ankunft dürfen Asylsuchende überhaupt nicht arbeiten. Auch nach Ablauf dieser Frist prüfen die zuständigen Arbeitsämter zunächst, ob sie eine freie Stelle nicht mit Deutschen, EU-Bürger/innen oder Migrant/innen mit einer Aufenthaltserlaubnis besetzen können. Konkret bedeutet dies, dass Asylsuchende nur »nachrangig« berücksichtigt werden. In Bundesländern mit einer hohen Arbeitslosenquote heißt das, dass Geflüchtete kaum eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.

»Es werden immer mehr«

Tatsächlich ist die Zahl der Asylsuchenden von 65.000 im Jahr 2012 auf knapp 110.000 im Jahr 2013 gestiegen. Das hört sich im ersten Moment nach viel an. Vergleicht man die Zahlen allerdings mit den Zahlen vergangener Jahre relativiert sich der Eindruck: Ab Anfang der 1990 Jahre ist die Zahl der Asylanträge viele Jahre lang stetig gesunken. So gab es im Jahr 2007 einen Tiefstwert von knapp über 19.000 Asylanträgen. Wird diese Zahl als Vergleichswert herangezogen, wirken prozentuale Steigerungen natürlich verhältnismäßig hoch.

»Die Flüchtlinge/Ausländer sind doch alle kriminell – das beweist doch die Statistik«

Bei der sogenannten »Ausländerkriminalität« fängt die Diskriminierung schon in der Terminologie an. Leider wird dieser Begriff nicht nur von Rechtsextremen, sondern auch von einigen Politiker/innen benutzt. Sie berufen sich dabei auf die Kriminalstatistik, laut der knapp ein Drittel aller in Deutschland erfassten Delikte von Menschen mit ausländischem Pass begangen werden. In Relation dazu, dass nur neun Prozent der Bevölkerung keinen deutschen Pass haben, ziehen sie den Schluss, dass »Ausländer« grundsätzlich krimineller als Deutsche seien.

Schaut man sich die Kriminalstatistik genauer an, stößt man schnell auf verschiedene, das Ergebnis verzerrende Faktoren. So gibt es zum Beispiel Straftaten – Meldevergehen, falsche Angaben über Herkunft und Einreiseweg sowie illegaler Grenzübertritt – die faktisch nur von Nicht-Deutschen begangen werden können.

Darüber hinaus wird keine Unterscheidung zwischen der ausländischen Wohnbevölkerung und durchreisen-

den und nur vorübergehend in Deutschland lebenden Personen gemacht.

Der letzte Aspekt hat psychologische Ursachen und steht exemplarisch für das Klima gegenüber Migrantinnen und Migranten in vielen Teilen der Gesellschaft. Die Kriminalstatistik führt nämlich auch Tatverdächtige auf, die nicht zwangsläufig auch die Täter sein müssen. Nun ist es aber so, dass »Ausländer« grundsätzlich schneller unter Tatverdacht geraten und darüber hinaus auch häufiger angezeigt werden, weil die »Anzeigefreudigkeit« gegenüber Bürger/innen mit Migrationshintergrund in der Gesamtgesellschaft höher ist.

»Die Flüchtlinge wollen nur von unserem Sozialsystem profitieren«

Für Asylsuchende gilt in Deutschland das Asylbewerberleistungsgesetz. Die dort gesetzlich festgelegten Sozialleistungen lagen 2012 bei 224 Euro und damit um 47 Prozent unter den als Existenzminimum geltenden Hartz IV-Regelsätzen. Seit Verabschiedung des Gesetztes 1993 waren die Leistungen nicht mehr erhöht worden. Im Juni 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht schließlich, dass dieser Betrag angehoben werden müsse, da er unter dem »würdigen Existenzminimum« liege, das im Grundgesetz verankert ist. Bis zur Anpassung des Gesetzes stehen alleinstehenden Asylsuchenden nun künftig 336 Euro zu und Kindern bis zum sechsten Geburtstag 202 Euro.

Zahlen gegen rassistische Hetze

Schon einen Blick auf die nackten Zahlen entkräftet viele rassistischen Stammtischparolen, wie eine Zusammenstellung des Magazins *stern* zeigt: So würden die Kosten für Asylsuchende etwa eine Milliarde Euro betragen – was gerade einmal 0,3 Prozent des Bundesetats entspreche. 1994 habe es 352.572 Asylsuchende in Deutschland gegeben – 2012 seien es 78.000 gewesen. Zudem würden nur 1,5 Prozent aller Asylanträge überhaupt genehmigt, so dass auf 100.000 Deutsche ein/e Asylsuchende/r käme. Und schließlich ließ der *stern* auch eine Umfrage dazu erstellen, wie die Deutschen über die Aufnahme von Flüchtlingen generell denkt. Das Ergebnis: Immerhin 59 Prozent wollen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt.

Manche Bilder gleichen sich. Auf dem Gang in der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg. *© Chris Grodotzki*

Yasir Ahraf, 21 Jahre, aus Pakistan. Er ist mit 16 Jahren über Griechenland nach Deutschland geflohen. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Er ist massiv von der Abschiebung bedroht. *© Eingeschlossen:Ausgeschlossen Ausstellung*

Eingeschlossen – Ausgeschlossen: Eine Ausstellung zeigt Perspektiven von Geflüchteten

Ein langer, kahler Gang, der den Blick auf einen Fluchtpunkt irgendwo weit hinten lenkt, geschlossene Türen, ein leerer Stuhl steht verlassen auf halbem Weg.

Die Ausstellung »Eingeschlossen:Ausgeschlossen – Perspektiven geflüchteter Menschen auf die Warteschleife Asyl« lässt asylsuchende Menschen, die in Dresden und Umgebung in Gemeinschaftsunterkünften leben, zu Wort kommen. Fotografien und Texte zeugen von ihren Geschichten der Flucht und des Lebens hier und dort, von enttäuschten Erwartungen und von Wünschen. Sie dokumentieren einen Moment des unfreiwilligen und ungewollten Wartens, in dem die Einzelnen nicht mehr selbst die Entscheidung über ihre Zukunft in der Hand halten. Sie zeigen ein Warten, das als Stillstand und Enge empfunden wird, in dem aber auch Hoffnungen wachsen und Menschen nach Perspektiven suchen.

Die Ausstellung will wie ein Guckloch sein, das den Blick auf die Situation der Menschen freigibt. Wie leben die Einzelnen mit der Unmöglichkeit, selbstbestimmt zu entscheiden? Wie gestalten sie ihr Leben angesichts der Grenzen, die sie auch noch hier, nach ihrer Flucht, vorfinden und die sie zu Ein- und Ausgeschlossenen machen?

Auch die Website, die das Projekt begleitet, nimmt diese Grenzen in den Blick. Sie bietet umfangreiche und verständliche Informationen und Erklärungen zum deutschen Asylsystem, zu den Belastungen, denen Geflüchtete und Asylsuchende in Deutschland ausgesetzt sind, und zu deren Folgen für die Betroffenen.

Um Barrieren für die Besucher/innen der Ausstellung zu vermeiden, haben Schauspieler/innen vom Theater La Lune alle Texte eingesprochen. Auf der Seite www.eingeschlossen-ausgeschlossen.de kann die Ausstellung gebucht werden.

Anja Schwalbe

Bürgerversammlungen: Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen

Der folgende Text ist als Handreichung zur Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen anlässlich der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft erschienen.

Von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Weltweit sind Hunderttausende Menschen durch Krieg und politische oder religiöse Verfolgung gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht nur eine humanitäre Notwendigkeit, sondern auch eine rechtliche Verpflichtung nach dem deutschen Asylgesetz.

Dennoch gibt es derzeit deutschlandweit auch von rassistischen Ressentiments getragene Vorbehalte gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Fast immer versuchen organisierte Rechtsextreme, solche Vorbehalte zu schüren und für eine rassistische Mobilisierung zu nutzen. So entsteht ein Klima der Angst und Ablehnung gegenüber Menschen, die unter Lebensgefahr Familie, Freunde und ihre vertraute Umgebung verlassen mussten und häufig schwer traumatisiert sind.

Damit rassistische Vorurteile nicht die Diskussion um die neuen Nachbar/innen bestimmen, ist eine umfassende Information der Anwohner/innen notwendig. Als ein geeignetes Mittel haben sich dabei öffentliche Informationsveranstaltungen bewährt, auf der Interessierte, Anwohner/innen und Unterstützer/innen die Möglichkeit haben, ihre Fragen zu stellen. Solch eine Veranstaltung muss allerdings gründlich vorbereitet werden. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf hat gezeigt, wie schnell die Situation eskalieren kann, wenn Rechtsextreme gezielt versuchen, die Stimmung zu kippen.

Entscheidend für den Charakter der Informationsveranstaltung ist es, dass das Einrichten der Unterkunft nicht zur Debatte steht. Es geht vielmehr darum, gemeinsam zu diskutieren, wie die Flüchtlinge empfangen und unterstützt werden können. Was darüber hinaus bei der Ausrichtung einer Veranstaltung im Sinne einer menschenrechtsorientierten und empathischen Einstellung gegenüber Flüchtlingen zu beachten ist, können Sie auf den folgenden Seiten nachlesen. Die Hinweise beziehen sich explizit auf öffentliche Informationsveranstaltungen, nicht auf sogenannte Anwohner/innenversammlungen mit persönlicher Einladung.

Die folgenden Empfehlungen basieren auf den Erfahrungen aus der Beratungspraxis der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Im komplexen Thema »Flucht und Asyl« sind Informationsveranstaltungen natürlich nur ein einzelner, aber wichtiger Aspekt.

IM VORFELD

Das Grundrecht auf Asyl ist nicht verhandelbar

Von zivilgesellschaften Akteuren organisierte Veranstaltungen haben den Vorteil, dass die rechtliche Handhabe, bestimmte Personen(-kreise) notfalls auszuschließen, eindeutig ist. Wird die Veranstaltung dagegen vom Bezirk oder der Verwaltung organisiert, ist ein Ausschluss juristisch kaum durchsetzbar.

Unabhängig davon, wer die Veranstaltung ausrichtet, sollte bereits im Titel eine klare, menschenrechtsorientierte Positionierung deutlich werden. Dazu gehört, dass das Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar und dass die Unterbringung von Flüchtlingen eine Selbstverständlichkeit ist. Dadurch werden alle Menschen, die sich für die Unterstützung der Geflüchteten einsetzen, in ihrem Engagement ermutigt. In Berlin wurden Veranstaltungen beispielsweise mit »Grünau hilft« oder »Willkommen im Westend« betitelt. Bereits in der Einladung sollte um Empathie für die Situation der Flüchtlinge geworben werden. Während der Veranstaltung kann eine solche Positionierung durch im Raum angebrachte Plakate oder Transparente betont werden.

Rechtsextreme ausschließen

Organisierte Rechtsextreme nutzen das Thema »Flüchtlinge« und die damit mitunter einhergehenden Ängste, Unsicherheiten und Ressentiments, um sich als »Kümmerer« zu inszenieren. Sie wollen der Debatte ihre rassistische Agenda überstülpen und vorhandene Vorurteile verstärken. Es empfiehlt sich daher dringend, schon im Vorfeld Rechtsextreme von der Veranstaltung auszuschließen. Dieser Beitrag gibt einige Ratschläge, kann aber keine einzelfallbezogene juristische Beratung ersetzen.

Grundsätzlich gibt es bei einer öffentlichen Veranstaltung in geschlossenen Räumen die Möglichkeit, bestimmte Personen(-kreise) bereits in der Einladung von der Teilnahme auszuschließen (§ 6 Versammlungsgesetz). Der Ausschluss muss von der Person, die das Hausrecht besitzt, durchgesetzt werden. Deshalb muss vor der Veranstaltung geklärt sein, dass diese Person entweder persönlich anwesend ist oder dass das Hausrecht auf den/die Veranstalter/in übertragen wurde. Nehmen Sie frühzeitig Kontakt zum zuständigen Polizeiabschnitt auf (Sicherheitspartnerschaft). Teilen Sie der Polizei mit, dass Sie eine Eingrenzung des Teilnehmer/innen-Kreises vorgenommen haben und besprechen Sie Szenarien und Strategien.

Auch sollte im Vorfeld geklärt werden, wer am Veranstaltungstag Ansprechpartner/in bei der Polizei ist und wie diese Person zu erreichen ist. Die Veranstalter/innen können darauf bestehen, dass Polizei während der Veranstaltung vor Ort ist.

Willkommenskultur schaffen

Es empfiehlt sich, gezielt die unmittelbaren Anwohner/innen einzuladen, etwa mit Flyern in Briefkästen und durch Bewerbung in örtlichen Zeitungen. Kontaktieren Sie Medien persönlich oder durch Pressemitteilungen, wenn Sie eine umfangreiche Berichterstattung wünschen. Klären Sie, wer für Rückfragen und Interviews zur Verfügung stehen kann und ob Foto- und Filmaufnahmen gestattet sein sollen.

Um eine Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen zu schaffen, ist es sinnvoll, möglichst viele lokale Unterstützer/innen aus Politik, Verwaltung, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Zivilgesellschaft bei der Veranstaltungsvorbereitung einzubeziehen. Je breiter solch ein Bündnis ist, desto erfolgreicher kann es auf die Atmosphäre vor Ort einwirken. Um die unterstützende Position eines Bündnisses deutlich zu machen, ist es sinnvoll, dass dessen Akteure sich bereits im Vorfeld der Veranstaltung öffentlich äußern, etwa durch eine Presseerklärung oder Interviews.

Für das Podium sollten Akteure mit relevanter Expertise zum Thema »Flucht und Asyl«, Flüchtlingsselbstorganisationen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus eingeladen werden. Auch Initiativen, die bereits Erfahrung mit Solidarisierungsaktionen für Geflüchtete haben, können angefragt werden. Um detailliert Fragen der Anwohner/innen zur geplanten Unterkunft beantworten zu können, sollten zudem die Betreiber/innen auf dem Podium sitzen.

Auch zu den Flüchtlingen kann Kontakt aufgenommen werden, um sie – falls von ihnen gewünscht – in die Veranstaltung einzubeziehen. So erreicht man möglicherweise schon frühzeitig eine persönliche Kommunikation auf Augenhöhe.

BEI DER DURCHFÜHRUNG

Geschlossen auftreten

Über den zeitlichen Ablauf und die inhaltliche Intention der Veranstaltung müssen die Podiumsteilnehmer/innen sich vorher genau verständigen. Es gibt zwar oft inhaltliche Differenzen zwischen den einzelnen Akteuren/innen, diese sollten aber nicht auf der Veranstaltung öffentlich ausgetragen werden. Auch Statements wie »Wir wurden ebenfalls nicht informiert« oder »Wir sind auch irritiert« sollten vermieden werden, da dies nur die Argumentation der Gegner/innen der Flüchtlingsunterkunft stärkt. Als Moderator/in sollte eine Person ausgewählt werden, die nicht als unmittelbar beteiligter Akteur in der Debatte wahrgenommen wird. Das Podium sollte hingegen mit den direkt beteiligten Akteuren/innen (Politik, Verwaltung, Betreiber/innen der Unterkunft und Vertreter/in der Unterstützungsinitiative) besetzt werden, sofern sie die grundsätzliche Ausrichtung der Veranstaltung mittragen. Die Podiumsteilnehmer/innen sollten sich zu Beginn kurz (!) vorstellen und dann ein unterstützendes Statement abgeben.

Grenzen setzen und begründen

Gleich zu Beginn sollten die Gesprächsregeln verlesen werden, um klarzustellen, dass ein diskriminierender Sprachgebrauch nicht toleriert wird. Die Sanktionierung im Fall eines Verstoßes sollte ebenfalls benannt und begründet werden. Fragen und Redebeiträge aus dem Publikum können unterschiedlich stark reglementiert werden. In jedem Fall sollte jede/r Redner/in sich namentlich vorstellen. Ist von einer stark rassistisch aufgeladenen Stimmung auszugehen, können auch Zettel verteilt werden, auf denen Fragen und Meinungen zusammen mit dem Namen aufgeschrieben werden. Diese werden von den Ordner/innen entgegengenommen, und die Redner/innen werden dann einzeln aufgerufen. Empfehlenswert ist eine Redezeitbeschränkung. Da eine starke Reglementierung erfahrungsgemäß für Unmut im Publikum sorgt, sollte sie unbedingt zu Beginn nachvollziehbar begründet werden, etwa durch Verweis auf Erfahrungen bei vergleichbaren Veranstaltungen. Auch die Gründe für einen Ausschluss aus der Veranstaltung müssen deutlich kommuniziert werden.

Geschützter Raum für ernsthaftes Interesse

Auf Fragen und Meinungen, denen man bei solchen Veranstaltungen häufig begegnet, sollten sich die Podiumsteilnehmer/innen vorbereiten. Dazu zählen stereotype

Wichtig: Der Ausschluss von bestimmten Personen(-kreisen) ist rechtlich nur möglich, wenn in allen Einladungen, Veröffentlichungen, Pressemitteilungen und sonstigen Bewerbungen der Veranstaltung (auch im Internet) die folgende Ausschlussklausel enthalten ist:

»Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.«

Sollten Sie die Veranstaltung auch über Lokalmedien bewerben wollen, weisen Sie in der Pressemitteilung unbedingt darauf hin, dass auch die Ausschlussklausel veröffentlicht werden muss.

Unabhängig von der Ausschlussklausel bietet § 11 des Versammlungsgesetzes die Möglichkeit, Störer/innen von einer Veranstaltung auszuschließen. Bezüglich der dafür nötigen Definition einer »gröblichen Störung« sollte Rechtsbeistand eingeholt und mit der Polizei im Vorfeld gesprochen werden.

Hier ein Beispiel für Gesprächsregeln:
Die Veranstaltenden bitten um die Beachtung folgender Gesprächsregeln:

- Bitte stellen Sie sich vor Ihrem Beitrag namentlich vor
- Rassistische Fragen und Beiträge sind nicht erwünscht. Äußerungen, die pauschalisierend und diskriminierend sind, werden durch die Veranstaltenden unterbunden
- Bitte versuchen Sie, Ihre Redebeiträge kurz zu halten – sie sollten zwei Minuten nicht überschreiten
- Beziehen Sie sich in Ihren Fragen bitte auf die konkrete Situation und nicht auf allgemeine Probleme

negative Zuschreibungen in Bezug auf Asylsuchende, etwa Lärm und Kriminalität im Umfeld einer Geflüchtetenunterkunft, das Infragestellen der Fluchtursachen, die Kosten der Unterbringung oder der Vorwurf, zum Unterbringungsort nicht gefragt worden zu sein. Die Unterstützer/innen sollten sich darauf vorbereiten, selbst Redebeiträge zu halten, um sich gegenüber diskriminierenden Äußerungen eindeutig zu positionieren. Auf pauschalisierende oder rassistische Aussagen sollte sachlich, aber bestimmt reagiert werden. Es muss stets deutlich werden, dass das Recht auf Asyl nicht nur eine gesetzliche, sondern auch eine humanitäre Verpflichtung darstellt und als solche nicht zur Diskussion steht. Das Einrichten der Unterkunft ist nicht verhandelbar.

Die Veranstaltung soll einen geschützten Raum für ernst gemeintes Interesse und eine angemessene Diskussion und Unterstützung der Geflüchteten bereitstellen. Der Informationsbedarf der Anwohner/innen und interessierte Nachfragen müssen ernst genommen und beantwortet werden. Eine Auswertung der Veranstaltung durch die Organisator/innen ist sinnvoll, um die Erfahrungen aus Vorbereitung und Durchführung festzuhalten.

Netzwerke knüpfen

Wichtig ist, dass Vertreter/innen der Politik und der/die Betreiber/in der Unterkunft ihre Ansprechbarkeit anbieten, beispielsweise in Form einer Sprechstunde. Diese Angebote müssen vorher koordiniert werden. Gleiches gilt für den häufig geäußerten Wunsch von Anwohner/innen, den Geflüchteten zu helfen. Konkrete Unterstützungsangebote können bereits auf der Veranstaltung diskutiert werden. Auch für die Koordination der Unterstützungsangebote muss es eine zuständige Struktur geben. Hilfreich dafür ist es, wenn sich lokale Akteure aus Politik, Religionsgemeinschaften und Vereinen daran beteiligen und Ressourcen (Räume oder Personal) bereitstellen. Die Geflüchteten sollten, sobald es möglich ist, einbezogen und nach ihren Bedürfnissen gefragt werden.

Freiwillige entfernen rassistische Parolen *© Theo Schneider*

Um als neue Nachbarn ins Gespräch zu kommen und Teil des lokalen Zusammenlebens zu werden, ist für sie ein eigenständiger und gleichberechtigter Kontakt entscheidend. Eine Willkommenskultur braucht belastbare Netzwerke und eine dauerhafte Koordination der Angebote für die Geflüchteten und die Anwohner/innen. Dafür ist die Einrichtung eines Gremiums, wie etwa eines Runden Tisches, empfehlenswert.

Verwaltung als Veranstalter

Die positive Positionierung von Politik und Verwaltung hat erheblichen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung einer Flüchtlingsunterkunft. Daher ist auch eine von der Verwaltung durchgeführte Anwohner/innen-Versammlung durchaus sinnvoll. Im Gegensatz zur Zivilgesellschaft kann die Verwaltung auf Meldedaten zurückgreifen und auf diese Weise die unmittelbaren Anwohner/innen einer geplanten Unterkunft persönlich einladen. Das berechtigte Informationsbedürfnis der Bürger/innen wird so gezielt bedient. Gleichzeitig ist es für die rechtsextreme Szene nur schwer möglich, solche Veranstaltungen zu instrumentalisieren oder zu stören.

Zudem kann die Verwaltung eigene Ressourcen wie Räumlichkeiten, Technik und Personal nutzen. Auch Sicherheitspartnerschaften mit der Polizei sind leichter zu vereinbaren. Bereits bestehende verlässliche Kontakte zur Presse sollten genutzt werden, um die positive Grundhaltung zur Unterbringung der Flüchtlinge zu bekräftigen. Eine inhaltlich fundierte und menschenrechtsorientierte Stellungnahme von Verantwortlichen eines Bezirks oder einer Kommune trägt in der Bevölkerung zur Akzeptanz einer Unterkunft bei und ermutigt Unterstützer/innen im Umfeld.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

An alles gedacht?
Checkliste für öffentliche Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen

- Wählen Sie einen nicht zu großen Raum aus, um Übersichtlichkeit zu gewährleisten (maximal 500 Personen). Verzichten Sie im Sinne einer ruhigen Atmosphäre auf Stehplätze.
- Informieren Sie sich im Vorfeld zur Stimmung in der Umgebung der geplanten Unterkunft. Falls die Gefahr einer rassistischen Mobilisierung in Form von Aufmärschen oder Kundgebungen besteht, ist es ratsam, Kundgebungen zur Unterstützung der Flüchtlinge anzumelden. Dies sollte bereits vor der öffentlichen Werbung für die Veranstaltung geschehen.
- Schließen Sie Rechtsextreme bereits in der Einladung von der Teilnahme aus und vereinbaren Sie eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei.
- Verständigen Sie sich frühzeitig über den Umgang mit Medienvertreter/innen.
- Verabreden Sie im Vorfeld Gesprächsregeln. Beleidigungen, diskriminierende Äußerungen oder lange Monologe sollten unterbunden werden.
- Erstellen Sie einen detaillierten zeitlichen Ablaufplan (Gebäude-, Technik-, Ordner/inneneinweisung, Einlass). Der Unterstützer/innenkreis sollte schon frühzeitig vor Beginn der Veranstaltung vor Ort sein.
- Klären Sie im Vorfeld, wer gefährdete Personen nach der Veranstaltung nach Hause begleiten kann.
- Hängen Sie den Ausschlusssatz deutlich sichtbar am Eingang aus.
- Sorgen Sie dafür, dass ausreichend Ordner/innen im Raum sind. Zusätzlich können Sie Unterstützer/innen an strategischen Punkten positionieren (erste und letzte Reihe, Plätze an Gängen, Türen und Bühnenaufgängen).
- Führen Sie Einlasskontrollen durch und achten Sie darauf, dass kein unkontrollierter Zugang möglich ist. Stellen Sie mit Unterstützung szenekundiger Beratungsprojekte sicher, dass Rechtsextreme erkannt werden.
- Stellen Sie ein oder mehrere Saalmikrofone für Wortmeldungen auf. Bitten Sie darum, dass sich Fragesteller/innen kurz namentlich vorstellen.
- Lassen Sie die Technik von jemandem bedienen, der im Fall einer rassistischen oder diskriminierenden Äußerung das Mikrofon ausschalten kann. Diese Maßnahme muss anschließend von der Moderation begründet werden.
- Untersagen Sie private Foto- und Filmaufnahmen.
- Sprechen Sie rechtsextremen Besucher/innen ein Hausverbot aus. Dies kann nur durch die Person, die das Hausrecht besitzt, geschehen.
- Weisen Sie zu Beginn der Veranstaltung auf die Gesprächsregeln und auf die Sanktionierung im Fall eines Verstoßes hin. Hängen Sie die Regeln für alle sichtbar im Raum auf.

Der Text ist in dem Faltblatt »Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen« der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) erschienen. Die Publikation kann auf der MBR-Webseite kostenlos bestellt und auch als PDF heruntergeladen werden: www.mbr-berlin.de

Bewohner/innen der Gemeinschaftsunterkunft Wandlitz signalisieren vom Fenster aus ihre Zustimmung mit den Protesten gegen die NPD. *© Gemeinde Wandlitz*

In einer Umgebung, die mit allen Mitteln das Gegenteil signalisiert, fällt es schwer, sich Willkommen zu fühlen.
© Chris Grodotzki

Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegentreten!

Wir fordern eine Politik, die Flüchtlinge schützt und nicht zur Zielscheibe rassistischer Hetze werden lässt: Für ein Recht auf dezentrale Unterbringung, Bewegungsfreiheit und gleichrangigen Zugang zu Beschäftigung!

Seit Wochen gehören aggressive Proteste mit Slogans wie »Nein zum Heim« vor Flüchtlingsunterkünften quer durch Deutschland zum Alltag. Täglich werden in Deutschland zwei bis drei politisch rechts und rassistisch motivierte Gewalttaten verübt. Die Opfer sind insbesondere Flüchtlinge, Asylsuchende und Migrantinnen und Migranten. So wurde beispielsweise am 20. August 2013 ein Asylsuchender aus Pakistan auf dem Weg in die Flüchtlingsunterkunft in Schmiedeberg (Sachsen) von einer Gruppe junger Männer rassistisch beschimpft und zusammengeschlagen. Andernorts fliegen Brandflaschen auf Flüchtlingsunterkünfte, werden neonazistische Parolen skandiert und Menschen bedroht, die in Deutschland Schutz vor Gewalt und Verfolgung suchen.

Die Täterinnen und Täter dürfen nicht durch populistische Äußerungen in der politischen Mitte ermutigt werden. Wir sind besorgt darüber, dass verantwortliche Politiker Flüchtlinge als »nicht anpassungsfähig« abwerten, die Notwendigkeit eines Krisengipfels oder eine »Grenze der Belastbarkeit« behaupten und die Flüchtlingszahlen in Deutschland als »alarmierend« bezeichnen. Wir nehmen aber auch die besonnenen Stimmen in allen demokratischen Parteien wahr und fordern eine sach- und lösungsorientierte Debatte über Einwanderung und Flüchtlingsschutz. Populistische Slogans gehören nicht in den Wahlkampf von Demokratinnen und Demokraten. Alle müssen Sorge dafür tragen, dass politische Debatten wie in den frühen 1990 Jahren mit »Das-Boot-ist-voll«- Rhetorik und einer Welle rassistischer und neonazistischer Gewalt nicht wiederkehren. In Folge dieser Gewaltwelle und Debatten wurden über 150 Menschen getötet und circa zehntausend Menschen zum Teil dauerhaft verletzt. Vergleichen wir die aktuellen Flüchtlingszahlen in Deutschland mit den mehreren Millionen Flüchtlingen, die beispielsweise in den Nachbarländern Syriens Zuflucht erhalten haben, ist die geringe Anzahl der in Deutschland aufgenommenen Menschen in Not kein Grund für Sorge und Panik. Sie ist vielmehr dringender Anlass, mehr als bisher für den Flüchtlingsschutz zu tun.

Wir fordern: Die Ausgrenzung von Flüchtlingen und Asylsuchenden muss beendet werden. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima des Willkommens schaffen, anstatt Flüchtlinge und Asylsuchende zum Problem zu erklären und rassistische Kampagnen auf dem Rücken von Schutzsuchenden zu führen. Von Politikerinnen und Politikern aller demokratischen Parteien erwarten wir, dass sie sich für faire und zügige Asylverfahren, den Zugang von Asylsuchenden zu Deutsch- und Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt einsetzen, statt rassistischen Vorurteilen oder rechtspopulistischen Kampagnen Vorschub zu leisten. Ziel muss es sein, die Betroffenen zu integrieren statt auszugrenzen. Das bedeutet konkret:

- Wir fordern ein Recht auf dezentrale Unterbringung für Asylsuchende in menschenwürdigen Wohnungen statt Massenunterkünften in Baracken und Containern.
- Wir fordern die Abschaffung der Residenzpflicht und ein Recht auf Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden in Deutschland.
- Wir fordern: Keine Benachteiligungen für Asylsuchende beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Sozialleistungen. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus muss Asylsuchenden schnellstmöglich ein gleichrangiger Zugang zu beruflicher Ausbildung und Beschäftigung gewährt werden. Das sog. Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden.

Den Aufruf haben verfasst:
Amadeu Antonio Stiftung, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., PRO ASYL

Über 180 prominente Vertreter/innen aus Religionsgemeinschaften, Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben den Aufruf vom 13. September 2013 unterzeichnet.
Sie können ihn weiterverbreiten oder ihn als Vorlage verwenden, um einen ähnlichen Aufruf für Ihren Ort oder Ihre Region zu verfassen.

Links und Adressen

I. Bundesweit

PRO ASYL
Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.
Telefon 069. 24 23 14 10
proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

Informationsverbund Asyl und Migration e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Fax: 030. 46 79 33 29
kontakt@asyl.net
www.asyl.net

Bundesarbeitsgemeinschaft »Asyl in der Kirche«
Kirche Zum Heiligen Kreuz
Zossener Straße 65
10961 Berlin
Telefon: 030. 25 89 88 91
Fax: 030. 69 04 10 18
info@kirchenasyl.de
www.kirchenasyl.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Auguststraße 80
10117 Berlin
Telefon: 030. 28 395 – 184
Fax: 030. 28 395 – 135
post@bagkr.de

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.
Nymphenburger Straße 47
80335 München
Telefon: 089. 20 24 40 13
Fax: 089. 20 24 40 15
info@b-umf.de
www.b-umf.de

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen
Haus Bethanien – Südflügel
Mariannenplatz 2
10997 Berlin
Telefon: 0170. 87 88 124
http://thecaravan.org/

Flüchtlingscamp Oranienplatz
asylstrikeberlin@gmail.com
asylstrikeberlin.wordpress.com

Otto Benecke Stiftung e.V.
Förderung für Aussiedler/innen, Kontingentflüchtlinge und Asylberechtigte, die eine Hochschulausbildung beginnen oder fortsetzen möchten oder als Hochschulabsolvent/innen eine adäquate Beschäftigung anstreben
Postfach 260154
53153 Bonn
Telefon: 0228. 81 63 0
Fax: 0228. 81 63 300
post@obs-ev.de
www.obs-ev.de

IPPNW e.V. – Ärzte in sozialer Verantwortung
Körtestrasse 10
10967 Berlin
Telefon: 030. 698 074 0
Fax: 030. 693 81 66
kontakt@ippnw.de
www.ippnw.de

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.
PaulsenStraße 55-56
12163 Berlin
Telefon: 030. 31 01 24 63
Fax: 030. 32 48 575
info@baff-zentren.org
www.baff-zentren.org
www.baff-forum.org

Amnesty International
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
Telefon: 030. 420 24 80
Fax: 030. 420 24 84 88
info@amnesty.de
www.amnesty.de

Herkunftsländerinformationssystem des Österreichischen Roten Kreuzes (ECOI)
Informationen zu Herkunftsländern Geflüchteter
http://www.ecoi.net/

II. Länderspezifisch

Liste der Flüchtlingsräte und Beratungsstellen nach Bundesländern
bei PRO ASYL: http://7.ly/dnAB
beim Berliner Flüchtlingsrat: http://7.ly/dnAR

Listen von Opferberatungsstellen/Mobilen Beratungsteams (MBTs)/Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus (MBRs):
Bei mut-gegen-rechte-gewalt.de
http://l.hh.de/opferberatung

Leitfaden zum Asylverfahren beim Flüchtlingsrat Niedersachsen:
www.nds-fluerat.org/leitfaden/

Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB) – Dachverband von über siebzig »Migrant_innen«-Selbstorganisationen
Oranienstraße 34
10999 Berlin
Telefon: 030.61 65 87 55
Fax: 030.61 65 87 56
info@mrbb.de
www.mrbb.de/

Refugee Protest in Bitterfeld
http://refugeeprotestbtf.blogsport.de/

Flüchtlingsselbstorganisation, Computerkurse Brandenburg (v.a. Potsdam)
www.refugeesemancipation.com

Stop It! Kampagne Mecklenburg-Vorpommern
http://stopitkampagne.blogsport.de/

Flüchtlingsbewegung Sachsen-Anhalt
http://refugeeinitiativewittenberg.blogspot.de/

LesMigraS
Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Beratung Lesbischer/bisexueller Migrant_innen und Schwarzer Lesben und Trans*Menschen Berlin
Kulmer Straße 20a
10783 Berlin
Telefon: 030. 21 91 50 90
Fax: 030. 21 91 70 09
info@lesmigras.de

Gladt e.V.
Unabhängige Selbstorganisation mit Erstberatungsstelle zu den Themen Coming Out, Familie, Ausländer_innen- und Lebenspartnerschaftsrecht etc.
Kluckstraße 11
10785 Berlin
Telefon: 030. 26 55 66 33
info@gladt.de, beratung@gladt.de

Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e.V. (ZBBS)
Sophienblatt 64a
24114 Kiel
Telefon: 0431. 200 11 50
Fax: 0431. 200 11 54
info@zbbs-sh.de
www.zbbs-sh.de

Ökumenische Kontaktgruppe Asyl (ÖKA, Dresden):
http://kontaktgruppeasyl.blogsport.de/

Weitere Links und Adressen unter:

Informationsverbund Asyl und Migration e.V.
http://7.ly/dnBt

Flüchtlingsrat Berlin:
http://7.ly/dnAH

Zum Weiterlesen:

Mediendienst Integration: Informationen und Daten zum Thema Flucht und Asyl
http://7.ly/dnAU

Informationen und Erklärungen zu Wegen im Asylverfahren
www.eingeschlossen-ausgeschlossen.de

Fotos in Solidarität mit Refugees – Photographers in Solidarity
www.photographers-in-solidarity.de

Beratungsheft für die ehrenamtliche Arbeit der ÖKA
http://kontaktgruppeasyl.blogsport.de/beratungsheft/

Gemeinsame Erklärung »Nächstenliebe und Gastfreundschaft« aller christlicher Kirchen im Freistaat Sachsen vom 14.11.2013
http://7.ly/dnAY

Ausführliche Handreichung »Nächstenliebe verlangt Klarheit« zum kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus der AG Kirche für Demokratie
http://7.ly/dnBa

Handlungsempfehlungen zu Rechtsextremismus im ländlichen Raum vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit:
http://7.ly/dnBd

Fabrizio Gatti: Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa. Antje Kunstmann Verlag, 2010.

Miltiadis Oulios: Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären. Suhrkamp, 2013.

MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft engagieren und die für demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. In den letzten 15 Jahren hat die Stiftung bundesweit über 750 lokale Initiativen gefördert. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Engagierten dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen, und sie zu vernetzen.

Wir sind den Spendern und Stiftern der Stiftung dafür sehr dankbar, dass sie uns eine Förderung dieses Engagements ermöglichen. Beispielsweise haben wir ein Projekt des Flüchtlingsrats NRW unterstützt, das den Alltag von Flüchtlingen in einer Ausstellung darstellen will. Diese erzählt persönliche Schicksale von Flucht, Asyl und Abschiebung. Während Nazis ihre Parolen skandieren und die Politik zögerlich auf die Entwicklungen reagiert, kommen die Betroffenen selbst selten zu Wort. Deswegen hat die Stiftung mehrfach die Dokumentartheateraufführungen der »Asyl-Monologe« gefördert. Der CVJM in Hoyerswerda konnte ein Projekt mit Flüchtlingskindern aus dem nahegelegenen Kamenz ins Leben rufen. Kinder mit und ohne Einwanderungshintergrund treffen sich an Freizeitorten zu gemeinsamen Aktivitäten. Der Flüchtlingsrat Wiesbaden unterstützt Flüchtlinge im Alltag. Um die Engagierten vorzubereiten und ihnen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, hat die Stiftung eine Fortbildung zur Unterstützung von Flüchtlingen ermöglichen können.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

KONTAKT
Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22

Wir sind Mitglied im
Bundesverband Deutscher Stiftungen

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.facebook/AmadeuAntonioStiftung
www.twitter.com/AmadeuAntonio

BANKVERBINDUNG
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67
Konto-Nr. 600 500 0000
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE32 4306 0967 6005 0000 00
Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

PRO ASYL ist eine unabhängige Stimme, die für schutzsuchende Menschen eintritt.

Millionen Menschen leiden unter Krieg, Verfolgung und Folter. Wir können Kriege, Übergriffe und Diskriminierungen mit unserem Engagement nicht ungeschehen machen. Aber wir können dafür sorgen, dass die betroffenen Menschen Schutz und eine humane Lebensperspektive finden. PRO ASYL setzt sich für Flüchtlinge ein. In Deutschland, in Europa sowie an besonders gefährlichen Brennpunkten.

Unterstützen Sie uns dabei. Werden Sie Mitglied im Förderverein PRO ASYL, spenden Sie, engagieren Sie sich.

Spendenkonto-Nr.: 8047300 | Bank für Sozialwirtschaft Köln | BLZ: 370 205 00
IBAN: DE62 3702 0500 0008 0473 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Weitere Materialien

Liken. Teilen. Hetzen. Neonazi. Kampagnen in Sozialen Netzwerken
Schon lange haben Neonazis die Sozialen Netzwerke als ideale Plattformen zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Propaganda für sich entdeckt. Mal mehr, mal minder subtil versuchen sie, nicht-rechte Userinnen und User anzusprechen und das mittels immer professionellerer Strategien. Die Broschüre »Liken. Teilen. Hetzen« von »no-nazi.net«, die sich direkt an Jugendliche wendet, klärt auf und gibt Gegenstrategien an die Hand.
http://7.ly/dnBM

Viraler Hass. Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0
Sie tarnen sich als besorgte Bürger/innen, werfen mit pseudowissenschaftlichen Argumenten um sich, posten offen rassistische Parolen oder verstecken ihre Hetze unter dem Deckmantel des Humors: Neonazis versuchen mithilfe ganz bestimmter Kommunikationsstrategien im Internet zu mobilisieren, zu rekrutieren und ihren Hass zu verbreiten. Umso wichtiger ist es, diese Taktiken zu (er-)kennen, die richtigen Gegenstrategien anzuwenden – und einen deutlichen Kontrapunkt gegen die rechtsextreme Propaganda zu setzen.
http://7.ly/dnBS